

- **Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023.** Prognose für 2023 und 2024
- **Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten.** Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027
- **Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022
- **Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA • **Technische
Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2023

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



96. Jahrgang, Heft 4/2023

219-232 ■ **Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023.** Prognose für 2023 und 2024

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

Der internationale Konjunkturabschwung, der im 2. Halbjahr 2022 eingesetzt hatte und auch die österreichische Wirtschaft erfasst hat, dämpft auch noch im 1. Halbjahr 2023 das BIP-Wachstum. Um die Jahresmitte sollte die Wirtschaft sowohl im Euro-Raum als auch in Österreich wieder Fahrt aufnehmen. Für das Gesamtjahr erwartet das WIFO ein schwaches Wirtschaftswachstum von nur 0,3%. 2024 beschleunigt es sich auf 1,8%. Durch die deutliche Entspannung auf den Energiemärkten hat sich die Stimmung der Unternehmen und privaten Haushalte etwas aufgehellt. Die heimischen Tarife für Haushaltsenergie und damit die Inflation werden jedoch erst mit einiger Verzögerung nachgeben.

Economic Recovery from the Second Half of 2023. Economic Outlook for 2023 and 2024

233 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

235-248 ■ **Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten.** Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz

Getragen von der internationalen Entwicklung erholt sich die österreichische Wirtschaft nach der Stagflation im Jahr 2023 zügig. Für 2025 wird bereits ein reales Wirtschaftswachstum von 2,1% erwartet. Für 2023/2027 rechnet das WIFO mit einem durchschnittlichen BIP-Zuwachs von 1,6% p. a. (Ø 2010/2019 +1,5% p. a.). Der demografische Wandel verstärkt im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Dies bewirkt einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote unterschritt bereits 2022 das Vorkrisenniveau von 2019 und liegt 2027 bei voraussichtlich 5,2%. Der bereits ab Ende 2020 beobachtete kräftige Preisauftrieb auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten mündete im Jahr 2022 in der höchsten Inflationsrate seit den 1970er-Jahren (8,6%). 2023 bleibt die Inflation noch hoch (7,1%), nähert sich jedoch bis 2027 allmählich an den 2%-EZB-Zielwert an. Die für 2023 prognostizierte Defizitquote von 1,8% des nominellen BIP sinkt bis 2025 auf 0,4% und steigt bis zum Ende der Prognoseperiode auf 0,8% des BIP.

Decline in Energy Prices Improves Growth Prospects. Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2023 to 2027

249-267 ■ **Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller

Geopolitische Veränderungen und die Energiekrise prägten 2022 die Entwicklung der Weltwirtschaft. Regional verlief die Konjunktur heterogen, wobei die steigende Unsicherheit und Angebotsverknappungen in vielen Ländern hohe Preissteigerungen zur Folge hatten. Österreichs Wirtschaft expandierte im 1. Halbjahr 2022 noch kräftig, im weiteren Jahresverlauf dämpfte jedoch die hohe Teuerung die Konsum- und Investitionsnachfrage. Die Verbraucherpreisinflation stieg im Herbst 2022 auf einen Spitzenwert von 11%, was u. a. zu Reallohnverlusten der unselbständigen Beschäftigten führte. Die österreichische Bundesregierung setzte umfangreiche temporäre und permanente Entlastungsmaßnahmen, um die sozialen und ökonomischen Auswirkungen von Inflation und Energiekrise auf Unternehmen und private Haushalte abzufedern.

Geopolitical Tension, Energy Crisis and Inflation Shape Economic Activity. The Austrian Economy in 2022

269-281 ■ **Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik**

Thomas Url

Die Zentralbanken der USA und des Euro-Raums beendeten 2022 ihre Wertpapierankaufprogramme und begannen im März bzw. Juli mit der Anhebung ihrer Leitzinssätze. Sie reagierten damit auf den Inflationsanstieg, der im Jahresverlauf auch zu einer Beschleunigung der Kerninflation führte. Das Kreditvolumen legte im 1. Halbjahr 2022 noch deutlich zu, die Eintrübung der Konjunkturaussichten, der abflauende Lageraufbau nach der Wiederherstellung der Lieferketten und der scharfe Zinsanstieg dämpften jedoch gegen Jahresende die Kreditnachfrage. Gleichzeitig verschärften die Kreditinstitute ihre Vergaberichtlinien. Sie entsprachen damit auch den strengeren makroprudenziellen Anforderungen für die Neuvergabe von Immobiliendarlehen, die die Finanzmarktaufsicht ab August 2022 verordnet hatte. Der Jahresüberschuss der Kreditwirtschaft schrumpfte 2022 wegen höherer Vorsorgen für Kreditrisiken und Wertberichtigungen für Wertpapiere und Beteiligungen. Ausgeprägte Kursverluste an den Börsen dämpften nicht nur das Provisionsergebnis der Kreditinstitute, sondern auch die Marktkapitalisierung der Wiener Börse (2022: 26% des BIP). Kursverluste des Euro gegenüber dem Dollar, den daran gebundenen Währungen sowie dem Rubel führten zu einer nominell-effektiven Abwertung um 1,5%. Die im Vergleich zu den Handelspartnern niedrigere Inflationsrate in Österreich verstärkte die Abwertung auf 2%.

High Inflation Rates Trigger Monetary Policy Turnaround

283-295 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

Redaktionsschluss für das vorliegende Heft: 27. 4. 2023 • Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

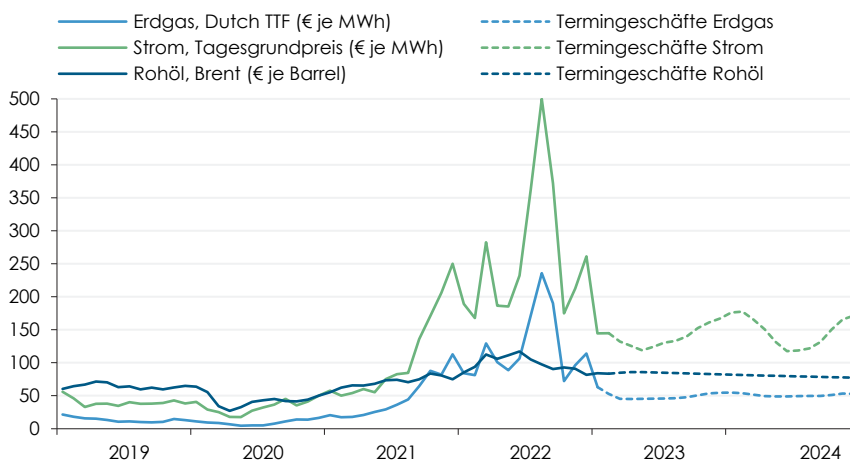
Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023

Prognose für 2023 und 2024

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

- Im 2. Halbjahr 2022 dämpfte die Eintrübung der internationalen Konjunktur das heimische Wirtschaftswachstum. Dieser dämpfende Effekt hält auch im 1. Halbjahr 2023 an.
- In Österreich nimmt die Konjunktur erst ab Mitte 2023 wieder Fahrt auf, wodurch der BIP-Zuwachs zunächst verhalten bleibt (2023 +0,3%, real). Für 2024 rechnet das WIFO mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8%.
- Trotz der Entspannung auf den Energiemärkten überschreitet die Inflationsrate in Österreich im Jänner 2023 den bisherigen Höchststand von 11%. Der Preisauftrieb verlangsamt sich zwar schrittweise, bleibt jedoch 2023 noch hoch (7,1%). 2024 dürfte die Inflationsrate dann auf 3,8% sinken.
- Die schwache Konjunktur zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Für 2023 sind vorübergehend ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Abschwächung des Beschäftigungswachstums zu erwarten. 2024 verleiht die bessere Konjunktur auch dem Arbeitsmarkt erneut Schwung.
- Wegen der hohen Inflation wachsen die Steuereinnahmen 2023 ähnlich kräftig wie das nominelle BIP. Da die Staatsausgaben nicht im gleichen Ausmaß zulegen, sinkt die Defizitquote 2023 deutlich auf 1,8% des BIP (2024 -0,4% des BIP).

Entwicklung der Energiepreise



"Während die Entspannung auf den Energiemärkten die Konjunktur begünstigt, bleibt die Kerninflation hartnäckiger als erwartet. Dies veranlasst die Notenbanken zu einer deutlicheren Straffung der Geldpolitik, wodurch der bevorstehende Konjunkturaufschwung verhalten ausfällt."

Seit der letzten Prognose vom Dezember 2022 sind die Weltmarktpreise für Energieträger abermals kräftig gesunken (Q: Barchart, Internationaler Währungsfonds, Intercontinental Exchange, European Energy Exchange, HWWI, WIFO).

Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023

Prognose für 2023 und 2024

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023. Prognose für 2023 und 2024

Der internationale Konjunkturabschwung, der im 2. Halbjahr 2022 eingesetzt hatte und auch die österreichische Wirtschaft erfasst hat, dämpft auch noch im 1. Halbjahr 2023 das BIP-Wachstum. Um die Jahresmitte sollte die Wirtschaft sowohl im Euro-Raum als auch in Österreich wieder Fahrt aufnehmen. Für das Gesamtjahr erwartet das WIFO ein schwaches Wirtschaftswachstum von nur 0,3%. 2024 beschleunigt es sich auf 1,8%. Durch die deutliche Entspannung auf den Energiemärkten hat sich die Stimmung der Unternehmen und privaten Haushalte etwas aufgehellt. Die heimischen Tarife für Haushaltsenergie und damit die Inflation werden jedoch erst mit einiger Verzögerung nachgeben.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 28. 3. 2023

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at), Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Economic Recovery from the Second Half of 2023. Economic Outlook for 2023 and 2024

The international economic downturn, which unfolded in the second half of 2022 and has also affected the Austrian economy, will continue to dampen GDP growth in the first half of 2023. Around the middle of the year, the economy is forecasted to regain momentum, both in the euro area and in Austria. For the year as a whole, WIFO expects weak real GDP growth of a mere 0.3 percent. In 2024 it is projected to accelerate to 1.8 percent. Due to the significant easing of prices on the energy markets, business and household sentiment has brightened somewhat. However, domestic tariffs for household energy and thus inflation will abate with some delay.

1. Einleitung

Die internationale Konjunktur hat seit der letzten WIFO-Prognose vom Dezember 2022 nicht an Schwung gewonnen. Im Euro-Raum hielt der bereits im 2. Halbjahr 2022 beobachtete Abschwung auch nach dem Jahreswechsel an. Während die Weltmarktpreise von Energieträgern sinken, dämpfen die deutlich höheren Zinssätze als Folge einer restriktiveren Geldpolitik die Konjunkturerwartungen.

Untypisch für die derzeitige Konjunkturphase ist die Robustheit der Arbeitsmärkte in den USA und in Europa. In beiden Regionen hat trotz der schwächeren Wirtschaftsleistung die Beschäftigungsdynamik nur wenig nachgelassen, wodurch die Arbeitslosigkeit bislang auf niedrigem Niveau verblieben ist. Dies deutet ebenso wie das allmählich wiederkehrende Vertrauen der Unternehmen und privaten Haushalte auf eine Belebung der internationalen Konjunktur ab der Jahresmitte 2023 hin. In der Industrie haben sich die Auftragsbestände in einigen Ländern

zuletzt wieder stabilisiert, sodass vor allem die Industrieproduktion wieder Fahrt aufnimmt.

In diesem Umfeld wird es auch der heimischen Wirtschaft gelingen, ab dem 2. Halbjahr wieder Tritt zu fassen und die Produktion auszuweiten. Für das Gesamtjahr 2023 ist allerdings nur mit einem schwachen BIP-Zuwachs von real 0,3% zu rechnen. Erst 2024 beschleunigt sich das Wachstum auf 1,8%.

Ausgehend von der Exportwirtschaft wird die Konjunkturbelebung in weiterer Folge in vielen Bereichen der heimischen Wirtschaft zu spüren sein. Die Bauwirtschaft kann hingegen nicht von dieser positiven Entwicklung profitieren. Dort lassen hohe Preissteigerungen und das schwierigere Finanzierungsumfeld die Nachfrage weiter schrumpfen, insbesondere im Wohnbau. Das WIFO erwartet daher für 2023 einen weiteren Rückgang der Bauinvestitionen (-0,8%, real), der sich 2024 sogar noch etwas beschleunigt (-1,4%).

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8	
Herstellung von Waren	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,5	- 1,9	+ 1,6	
Handel	+ 3,0	- 5,9	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,7	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 4,1	+ 1,3	+ 2,0	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	- 2,2	+ 4,4	- 3,9	+ 3,0	+ 2,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	- 0,9	+ 0,0	+ 1,0	
Ausrüstungen ²⁾	+ 5,3	- 7,0	+ 11,3	- 0,8	+ 0,8	+ 3,2	
Bauten	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	- 1,0	- 0,8	- 1,4	
Exporte, real	+ 4,0	- 10,7	+ 9,6	+ 11,1	+ 2,0	+ 3,3	
Warenexporte, fob	+ 3,5	- 7,3	+ 12,9	+ 7,5	+ 0,3	+ 3,5	
Importe, real	+ 2,1	- 9,2	+ 13,7	+ 5,7	+ 2,1	+ 3,2	
Warenimporte, fob	+ 0,3	- 6,2	+ 14,2	+ 2,8	+ 0,3	+ 3,0	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,1	- 4,1	+ 6,6	+ 10,2	+ 7,4	+ 6,1	
	Mrd. €	397,17	381,04	406,15	447,65	480,63	509,89
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,4	3,0	0,4	0,5	1,6	2,1
Verbraucherpreise		+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,1	+ 3,8
BIP-Deflator ³⁾		+ 1,5	+ 2,6	+ 1,9	+ 5,0	+ 7,1	+ 4,2
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,4	- 0,4	- 0,5	0,3	3,9	4,7
Sekundärmarkttrendite ⁴⁾	in %	0,1	- 0,2	- 0,1	1,7	4,1	6,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,6	- 8,0	- 5,9	- 2,5	- 1,8	- 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁵⁾		+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,3
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁶⁾		4,8	6,0	6,2	4,8	4,7	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,4	9,9	8,0	6,3	6,4	6,1
Treibhausgasemissionen ⁷⁾		+ 1,5	- 7,7	+ 4,8	- 4,8	- 0,7	- 0,0
	Mio. t CO ₂ -Äquivalent	79,74	73,59	77,14	73,44	72,92	72,92

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Misst den rein inländischen Preisauftrieb. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁶⁾ Labour Force Survey. – ⁷⁾ 2021: Schätzung gemäß Umweltbundesamt. Ab 2022: Prognose.

Der Tourismus, der besonders unter der COVID-19-Pandemie gelitten hatte, erholte sich 2022 deutlich. 2023 hält die Erholung zwar an, schwächt sich jedoch ab. Stützend sollte vor allem die Nachfrage aus dem Ausland wirken, während jene aus dem Inland wegen der hohen Inflation, die die real verfügbaren Haushaltseinkommen belastet, leicht sinken dürfte. Für 2024 rechnet das WIFO mit einer weiteren Belebung der Tourismusnachfrage. Während die Nachfrage aus dem Ausland 2024 kaum mehr zulegt, sollte die inländische Nachfrage aufgrund der nachlassenden Inflation wieder kräftiger expandieren.

Trotz des deutlichen Rückgangs der Importpreise für Energieträger steigen die Verbraucherpreise 2023 abermals stark – getrieben durch die Kerninflation. Für das Gesamtjahr erwartet das WIFO einen Anstieg des VPI um 7,1%. Da die Preise für Konsumgüter üblicherweise verzögert reagieren, wird mit einer spürbaren Abschwächung des allgemeinen Preisauftriebs ab der zweiten Jahreshälfte

2023 gerechnet. 2024 beträgt die Verbraucherpreis-inflation voraussichtlich 3,8%.

Im Einklang mit der Konjunktur wird für 2023 ein Beschäftigungszuwachs von nur 0,8% erwartet (2024 +1,3%). Die Arbeitslosigkeit dürfte 2023 zunächst um 6.000 Personen steigen und erst 2024 weiter sinken (-10.000 Personen). Die Arbeitslosenquote (laut nationaler Berechnung) steigt dementsprechend von 6,3% (2022) auf 6,4% (2023) und geht 2024 auf voraussichtlich 6,1% zurück. Damit läge sie auf dem niedrigsten Stand seit 2008.

Die anhaltend hohe Inflation führt 2023 neuerlich zu einem deutlichen Anstieg der Steuereinnahmen, insbesondere aus der Mehrwertsteuer. Die gesamten Staatseinnahmen wachsen in der Folge fast so kräftig wie das nominelle BIP, womit die Einnahmenquote nur leicht sinkt. Die Ausgaben steigen jedoch nicht in gleichem Ausmaß. In der Folge verringert sich das Budgetdefizit 2023 auf 1,8% des nominellen BIP (2022 -2,5%). Für 2024 wird ein weiterer Rückgang auf 0,4% des BIP prognostiziert.

Österreichs Handelspartner verzeichnen 2023 nur ein schwaches Wirtschaftswachstum.

2. Entwicklung der Weltwirtschaft

2.1 Geldpolitik dämpft die Konjunkturerwartungen

Seit der letzten WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2022 haben sich international gehandelte Energieträger weiter verbilligt. Für 2023 und 2024 erwartet das WIFO nur mehr halb so hohe Großhandelspreise für Gas und Strom wie in seiner letzten Prognose. Die Prognosewerte für den Rohölpreis wurden zwar mit 84 \$ bzw. 80 \$ je Barrel im Wesentlichen unverändert belassen, allerdings reduziert die prognostizierte Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar den Preis in Euro.

Trotz des Rückgangs der Energiepreise, deren Verteuerung für den weltweiten Inflationsanstieg und die schwache Konjunktur verantwortlich war, behält das WIFO auch

seine Annahmen zum internationalen Umfeld weitgehend bei. Für das Wirtschaftswachstum in den USA, in China, der EU und dem Euro-Raum wurden nur kleine Anpassungen um höchstens 0,1 Prozentpunkt für die Jahre 2023 und 2024 vorgenommen. Damit wird nach wie vor eine sehr schwache Entwicklung der Handelspartner unterstellt. Während die Energiepreise als Triebkraft der Inflation an Bedeutung verloren haben, hat sich die Kerninflation merklich beschleunigt. Die Energiepreise werden schneller und stärker auf andere Güter und Dienstleistungen überwälzt als in der letzten Prognose angenommen. Dies veranlasst die Notenbanken zu einer kräftigeren Anhebung ihrer Leitzinssätze, was die Konjunktur dämpft. Neben den Investitionen belastet die Straffung der Geldpolitik auch die Nachfrage nach Konsumgütern.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2021 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2019	2020	2021	2022	2023	2024
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	68,1	14,8	+ 1,8	- 5,6	+ 5,4	+ 3,5	+ 0,6	+ 1,8
Euro-Raum	51,9	10,5	+ 1,6	- 6,1	+ 5,4	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,6
Deutschland	30,2	3,3	+ 1,1	- 3,7	+ 2,6	+ 1,8	- 0,1	+ 1,7
Italien	6,8	1,9	+ 0,5	- 9,0	+ 7,0	+ 3,7	+ 0,6	+ 1,0
Frankreich	3,8	2,3	+ 1,8	- 7,8	+ 6,8	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,4
MOEL 5 ³⁾	15,3	2,2	+ 4,0	- 3,3	+ 6,0	+ 4,1	- 0,3	+ 2,7
Ungarn	3,7	0,2	+ 4,9	- 4,5	+ 7,1	+ 4,6	- 0,5	+ 2,9
Tschechien	3,6	0,3	+ 3,0	- 5,5	+ 3,6	+ 2,4	- 0,5	+ 2,7
Polen	4,0	1,0	+ 4,4	- 2,0	+ 6,8	+ 4,9	- 0,4	+ 2,7
USA	6,7	15,7	+ 2,3	- 2,8	+ 5,9	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,5
Schweiz	5,2	0,5	+ 1,1	- 2,4	+ 4,2	+ 2,1	+ 0,6	+ 2,0
Vereinigtes Königreich	2,7	2,3	+ 1,6	- 11,0	+ 7,6	+ 4,0	- 0,5	+ 1,2
China	2,9	18,6	+ 6,0	+ 2,2	+ 8,4	+ 3,0	+ 4,3	+ 5,0
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 3,4	- 2,2	+ 6,7	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,8
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 1,9	- 5,1	+ 5,6	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,9
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 1,7	- 6,1	+ 10,8	+ 5,6	+ 0,6	+ 3,7
Annahmen zur Prognose								
Rohölpreis								
Brent, \$ je Barrel			64,1	43,3	70,7	98,7	84	80
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			13,6	9,5	45,9	121,5	50	51
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			40,1	33,2	107,2	261,6	140	148
Peak, € je MWh			43,1	36,0	116,8	275,5	160	177
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,120	1,141	1,184	1,054	1,09	1,20
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,0	0,0	0,0	0,6	4,0	4,5
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 0,4	1,1	3,5

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2021. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2021. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

2.2 Konjunkturschwäche hält im 1. Halbjahr 2023 noch an

Seit dem 2. Halbjahr 2022 hat die Wirtschaftsleistung in vielen Wirtschaftsräumen kaum mehr zugenommen oder ist sogar zurückgegangen. Im Euro-Raum stagnierte das BIP im IV. Quartal 2022 weitgehend. Sowohl die Konsumausgaben der privaten Haushalte als auch die Bruttoanlageinvestitionen gaben deutlich nach. Die Energiekrise und die damit einhergehende hohe Inflation dämpften die Konsumentenstimmung ab dem Frühjahr 2022 spürbar, weshalb die privaten Haushalte ihre Ausgaben einschränkten. Steigende Zinsen führten zu einem kräftigen Rückgang der Bauinvestitionen, insbesondere im Wohnbau. Auch die Exportdynamik schwächte sich markant ab. In Deutschland war die gesamtwirtschaftliche Produktion im IV. Quartal rückläufig.

In den USA nahm die Wirtschaftsleistung im 2. Halbjahr 2022 hingegen weiter zu, im IV. Quartal stieg das BIP neuerlich kräftig. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte verloren zwar etwas an Schwung, trugen jedoch weiterhin zum Wirtschaftswachstum bei, wogegen der Export und die Investitionen zurückgingen. Insbesondere die Bauwirtschaft schrumpfte im 2. Halbjahr 2022 deutlich. Ähnlich wie im Euro-Raum dämpften auch in den USA die höheren Zinsen die Wohnbauinvestitionen. Dass das BIP im IV. Quartal dennoch zulegen konnte, ist auch einem hohen Lageraufbau und dem starken Rückgang der Importe zuzuschreiben, die die Schwäche anderer Nachfragekomponenten abfederten. Die vorlaufenden Indikatoren deuten jedoch auf eine bevorstehende Schwächephase hin.

In China war die Wirtschaft 2022 weiterhin stark von der COVID-19-Pandemie beeinflusst. Nach einem kräftigen Wachstum im Sommer, das von Erholungseffekten nach den Einschränkungen im Frühjahr geprägt war, stagnierte das BIP im IV. Quartal. Die Null-COVID-Politik der chinesischen Regierung führte auch im Oktober und November noch zu weitläufigen Einschränkungen der Mobilität und zu Produktionsunterbrechungen. Erst gegen Jahresende änderte sie ihren Kurs und hob die Restriktionen weitgehend auf. Infolgedessen stiegen die Infektionszahlen im Dezember 2022 drastisch, auch weil der Impfschutz der chinesischen Bevölkerung gering war. Dies zog neuerlich Produktionsausfälle nach sich und trug zur Stagnation der Wirtschaftsleistung im IV. Quartal bei.

Die Abschwächung der weltweiten Konjunktur und insbesondere die Stagnation in China hatten eine markante Verlangsamung des Welthandels im 2. Halbjahr 2022 zur Folge. Im IV. Quartal schrumpfte der internationale Warenhandel laut Central

Planbureau (CPB) sogar deutlich. Die weltweite Industrieproduktion ging ebenfalls zurück, jedoch weniger stark als der Welthandel. Die Lieferkettenprobleme, die 2020 und 2021 die Weltwirtschaft gehemmt hatten, lösten sich in der zweiten Jahreshälfte 2022 weitgehend auf, und auch die Logistikkosten sanken beinahe auf das Niveau von 2019. Das erlaubt es den Unternehmen, ihre nach wie vor hohen Auftragsbestände nunmehr abzubauen.

2.3 Sinkende Energiepreise und schwache Konjunktur bremsen die Inflation

Die Weltmarktpreise für Energie und Rohstoffe (laut HWWI), die ab dem II. Quartal 2021 markant gestiegen waren, gingen ab Herbst 2022 wieder kräftig zurück. So sanken insbesondere die Erdgaspreise, die infolge des Ukraine-Krieges stark geschwankt hatten, zuletzt wieder auf ein ähnliches Niveau wie im Sommer 2021. Zur Verbilligung trug maßgeblich der geringe Erdgasverbrauch der letzten Monate aufgrund des milden Winters bei, wodurch die Speicher für das Frühjahr noch ungewöhnlich gut gefüllt waren. Zudem blieben die Erdgaslieferungen aus Russland über die Ukraine aufrecht, während einige Länder alternative Bezugsquellen für Erdgas erschlossen haben. Auch Rohöl sowie Nahrungs- und Industrierohstoffe haben sich seit dem Sommer 2022 wieder etwas verbilligt. Darin dürfte sich die geringere weltweite Nachfrage nach Rohstoffen infolge der Konjunkturschwäche niederschlagen.

Die hohen Energiepreise trieben auch die Verbraucherpreisinflation im Euro-Raum. Sie beschleunigte sich ab dem Sommer 2021 deutlich und erreichte im Oktober 2022 ihren vorläufigen Höchstwert von 10,6%. Seither ging sie bis Februar 2023 wieder um rund 2 Prozentpunkte zurück. Durch die Verbilligung von Rohstoffen und Energieträgern verringerte sich der Beitrag der Energiekomponenten zur Verbraucherpreisinflation kontinuierlich. Dagegen hat sich der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln, Industriegütern und Dienstleistungen merklich beschleunigt, wodurch die Kerninflation im Euro-Raum weiter auf zuletzt 5,6% zugelegt hat.

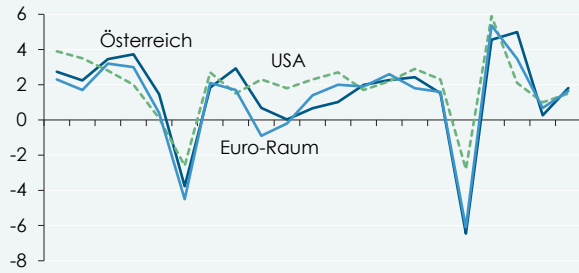
In den USA hatte der Anstieg der Inflation hingegen bereits im Frühjahr 2021 eingesetzt und war vor allem durch die Preise von Industriegütern und Dienstleistungen getrieben. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere die starke Nachfrage nach Konsumgütern während der COVID-19-Pandemie. Den Höhepunkt hatte die Inflation in den USA bereits im Juni 2022 erreicht; seither verlangsamte sich der Verbraucherpreisauftrieb um etwa 2½ Prozentpunkte. Die Kerninflation sinkt hingegen seit dem Sommer 2022 nur langsam und lag im Februar 2023 bei 5,5%.

Die vorlaufenden Indikatoren deuten für die USA auf eine bevorstehende Schwächephase hin.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

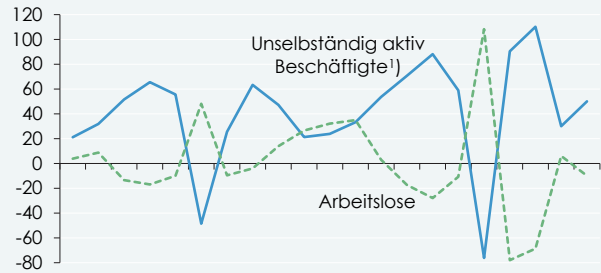
Wirtschaftswachstum

In %



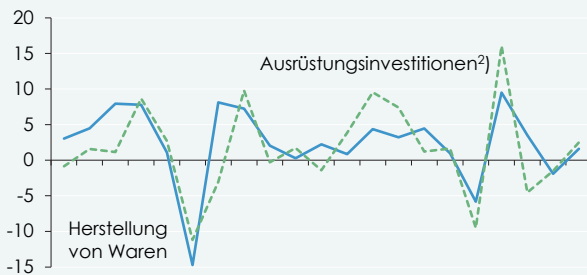
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



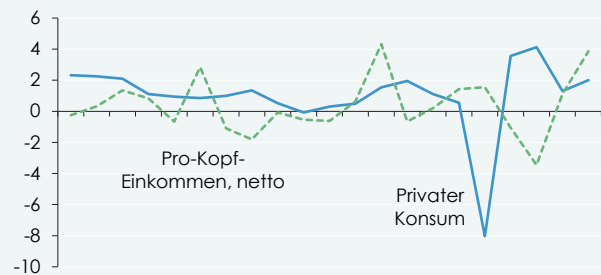
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



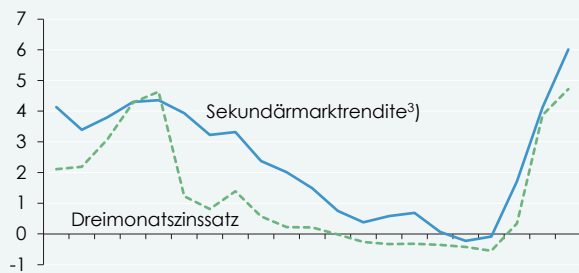
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



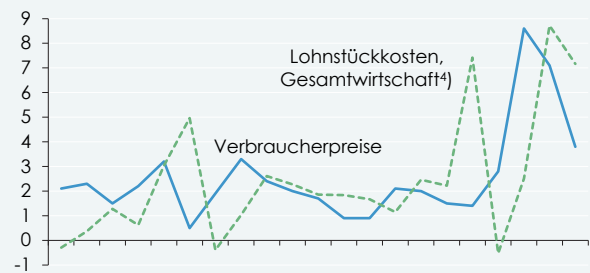
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



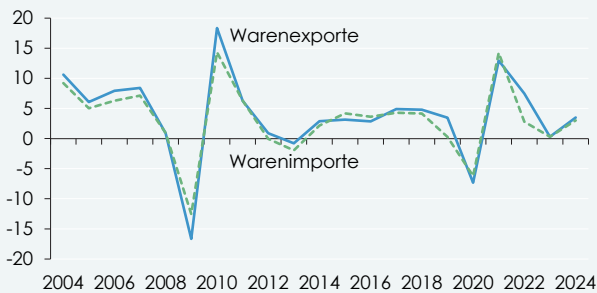
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



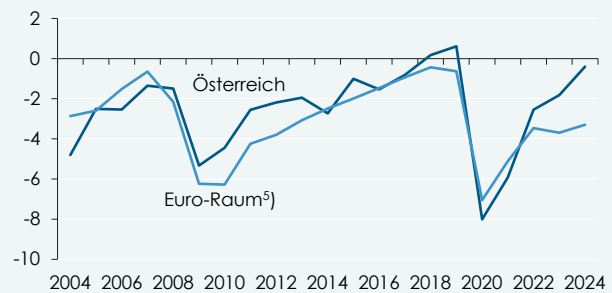
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁵⁾ Prognose: Europäische Kommission.

Auf den Terminmärkten für Rohstoffe und Energie haben die Preise seit dem Sommer 2022 markant nachgegeben. So liegen die Futures-Preise für Erdgas (Title Transfer Facility – TTF) für den Zeitraum März 2023 bis Ende 2024 bei etwa 50 € je MWh, jene für Rohöl (Brent) bei unter 80 \$ je Barrel. Die Großhandelspreise für Strom auf dem europäischen Markt, die im Gleichschritt mit den Erdgaspreisen gestiegen waren, sind seit Herbst 2022 ebenfalls deutlich gesunken. Dies dämpft die Verbraucherpreisinflation im Prognosezeitraum.

2.4 Starker Anstieg der Zinsen in den Industrieländern

Aufgrund der hohen Inflation strafften die Zentralbanken in den Industrieländern 2022 deutlich die geldpolitischen Zügel. In den USA wurde der Leitzinssatz bereits Anfang März 2022 angehoben und stieg seither um 4,75 Prozentpunkte. Die Europäische Zentralbank erhöhte ihren Hauptrefinanzierungssatz erst im Juli 2022. Im September, November und Dezember 2022 sowie im Februar und März 2023 folgten weitere Zinsschritte von jeweils 0,5 bzw. 0,75 Prozentpunkten auf zuletzt 3,5%. Zudem beschloss die EZB, die Wertpapierbestände des Eurosystems im Rahmen ihrer Wertpapierankaufprogramme zu verringern. Die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wurden bereits Ende April 2022 eingestellt.

Die Anhebung der Leitzinsen zog einen Anstieg der Sekundärmarktrenditen im Euro-Raum nach sich. Zudem vergrößerten sich die Zinsabstände zwischen den Ländern der Währungsunion bis zum Sommer 2022 merklich. In der zweiten Jahreshälfte schrumpften sie jedoch wieder und sind seither weitgehend stabil. Dies dürfte u. a. am neu eingeführten Instrument zur Absicherung der Transmission (Transmission Protection Instrument – TPI) liegen, das seit Juli 2022 zur Vermeidung einer ungerechtfertigten und ungeordneten Marktdynamik zur Verfügung steht. Es zielt darauf ab, allzu große Zinsdifferenziale zwischen den Euro-Ländern, wie sie etwa 2010 bis 2012 im Gefolge der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise aufgetreten waren, zu verhindern. Bislang wurden im Rahmen des TPI allerdings keine Ankäufe von Wertpapieren getätigt, vielmehr dürfte bereits seine Ankündigung für eine Beruhigung der Märkte gesorgt haben.

Der jüngsten geldpolitischen Entscheidung der Europäischen Zentralbank liegt zwar die Erwartung zugrunde, dass die Inflation im Euro-Raum aufgrund sinkender Energiepreise im Verlauf des Jahres 2023 spürbar zurückgeht. Es ist jedoch zu erwarten, dass die EZB die Leitzinssätze im Frühjahr und Sommer 2023 neuerlich anhebt. Auch die Zentralbank der USA dürfte 2023 noch zumindest

einen weiteren Zinsschritt setzen. Der nur langsame Rückgang der Inflation, insbesondere der Kerninflation, dürfte erst Ende 2024 wieder Spielräume für eine Senkung der Leitzinsen eröffnen.

2.5 Besserung der internationalen Konjunktur ab Mitte 2023

Die Stimmung der privaten Haushalte und Unternehmen, die sich ab dem Frühjahr 2022 dramatisch verschlechtert hatte, hellte sich zu Jahresende etwas auf, da sich die Wirtschaft vielerorts besser entwickelte als erwartet. In den europäischen Ländern dürften zudem die Versorgungssicherheit mit Erdgas und das Ausbleiben von Energierationierungen eine Rolle gespielt haben.

Die Arbeitsmärkte zeigen sich trotz der schwachen Konjunktur seit dem 2. Halbjahr 2022 robust. So sind die Arbeitslosenquoten, die nach Überwindung der COVID-19-Pandemie gesunken waren, in den meisten Euro-Ländern bisher nicht wieder angestiegen. Dies könnte darauf hinweisen, dass die aktuelle Konjunkturschwäche als vorübergehend angesehen wird. Die Unternehmen versuchen, ihre Arbeitskräfte so lang wie möglich zu halten, um nicht anschließend in einem Umfeld fortgesetzter Arbeitskräfteknappheit erneut nach Personal suchen zu müssen.

In vielen Euro-Ländern dürfte die Wirtschaft auch im I. Quartal 2023 kaum gewachsen oder sogar geschrumpft sein. Die Inflation wird sich zwar weiter verlangsamen, da die deutliche Verbilligung von Energie 2023 und 2024 den Anstieg der Verbraucherpreise bremst. Die Zinssätze werden aber länger hoch bleiben. Zudem dürften Energieträger bis zum Ende des Prognosezeitraums teurer bleiben als in den Jahren vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

Da die Arbeitsmärkte robust sind und das Vertrauen der Unternehmen und privaten Haushalte allmählich wieder erstarbt, sollte sich die Konjunktur ab der Jahresmitte 2023 beleben. Insbesondere in der Industrie haben sich die Auftragsbestände in einigen Ländern zuletzt wieder stabilisiert, wodurch auch dieser Sektor wieder Fahrt aufnimmt.

Auch die USA sollten die für das 1. Halbjahr 2023 erwartete Schwächephase ab der Jahresmitte überwinden. Dies wird jedoch entscheidend von der dortigen Geldpolitik und somit von der Kerninflation abhängen. Diese hat sich zwar seit dem Höchststand im September 2022 deutlich zurückgebildet, allerdings war der Rückgang im Jänner und Februar 2023 nur mehr bescheiden. Wegen des hohen Zinsniveaus dürfte die Konjunkturbelebung nur schwach ausfallen. Für die USA erwartet das WIFO 2023 ein Wirtschaftswachstum von 1%, womit es kaum stärker wäre als im Euro-Raum (+0,7%). 2024 sollten die

Die Zinssätze werden mittelfristig hoch bleiben.

beiden Wirtschaftsräume etwa gleich stark expandieren (USA +1,5%, Euro-Raum +1,6%).

In China dürfte die Wirtschaft nach Aufhebung der letzten COVID-19-Maßnahmen

und dem Abflauen der Infektionswelle ab diesem Frühjahr wieder spürbar an Fahrt gewinnen. Der globale Warenhandel beschleunigt sich, unterstützt durch die Auflösung der Lieferkettenprobleme.

3. Österreichische Konjunktur

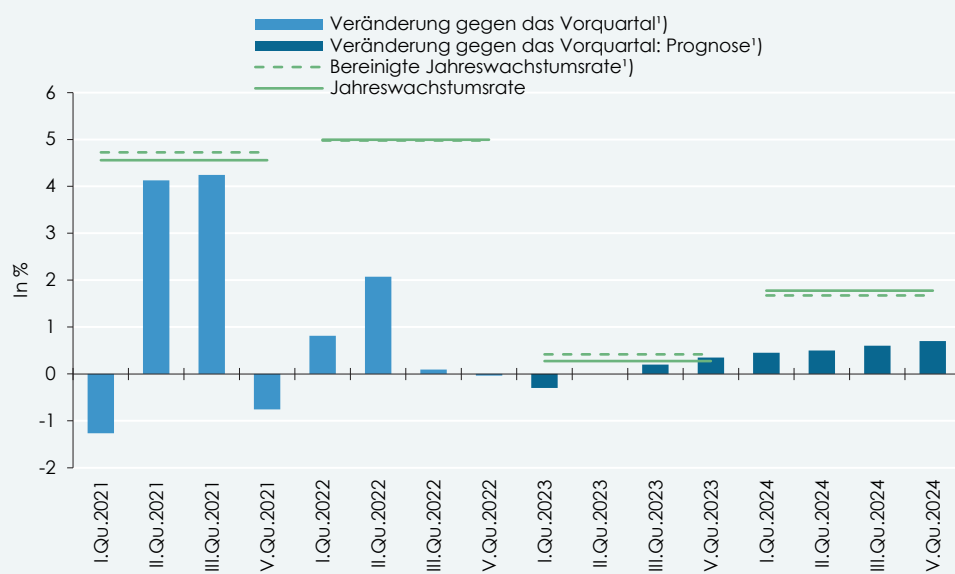
Nach zwei Jahren überaus kräftigen Wachstums expandiert die heimische Wirtschaft 2023 nur schwach.

Nach Überwindung der COVID-19-Krise expandierte Österreichs Wirtschaft auch 2022 überaus kräftig. Im Gesamtjahr stieg das BIP um 5% (real) und damit sogar etwas stärker als 2021 (+4,6%). Die heimische Produktion konnte bis zur Jahresmitte noch stark zulegen, litt allerdings im weiteren Verlauf unter dem Abschwung der Weltkonjunktur infolge der hochschnellenden Inflation und des Ukraine-Krieges.

Österreichs BIP, das im II. Quartal 2022 gegenüber der Vorperiode noch um 2,1% gewachsen war, legte daher im III. Quartal kaum mehr zu (+0,1%) und stagnierte im IV. Quartal (0,0%). Wenngleich sich die Vorlaufindikatoren zuletzt leicht verbessert haben, dürfte die heimische Wirtschaft zu Jahresbeginn 2023 geschrumpft sein. Im II. Quartal sollte sich die Konjunktur allerdings stabilisieren und eine schrittweise Belebung einsetzen.

Abbildung 2: **Konjunktur­bild Österreich**

BIP, real



Q: WIFO. – ¹) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2021	2022	2023	2024
Wachstumsüberhang¹)	Prozentpunkte	+ 0,9	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,4
Jahresverlaufsrate²)	in %	+ 6,4	+ 3,0	+ 0,2	+ 2,3
Jahreswachstumsrate	in %	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8
Bereinigte Jahreswachstumsrate³)	in %	+ 4,7	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,7
Kalendereffekt⁴)	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1

Q: WIFO. 2023 und 2024: Prognose. – ¹) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ²) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ³) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Übersicht 4: Revision der Wachstumsprognose

BIP, real

		2022	2023	2024
WIFO-Konjunkturprognose Dezember 2022	in %	+ 4,7	+ 0,5	+ 1,7
Datenrevision ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,1	- 0,0	± 0,0
Prognosefehler für das IV. Quartal 2022 ²⁾	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,6	± 0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	.	- 0,6	+ 0,0
WIFO-Konjunkturprognose März 2023	in %	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,7

Q: WIFO. Auf Basis saison- und arbeitsstagsbereinigter Werte gemäß Eurostat. – 1) Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2022 herangezogen wurde. – 2) Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2022 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

3.1 Erste Anzeichen einer Belebung der Exportkonjunktur

Die deutliche Verlangsamung der Weltkonjunktur belastete 2022 die Exportnachfrage und damit die heimische Warenproduktion. Der Einbruch der Stimmung spiegelt sich allerdings nur eingeschränkt in den Produktionsdaten. Die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren war im III. Quartal zwar um 1% geringer als in der Vorperiode, stabilisierte sich jedoch im IV. Quartal wieder.

Im WIFO-Konjunkturtest vom März 2023 zeigte sich zwar eine leichte Verschlechterung der Lageeinschätzungen in der Sach-

gütererzeugung, womit der entsprechende Index bereits seit November 2022 tendenziell stagniert, jedoch haben sich die Erwartungen abermals aufgehellt. Dieser Trend dürfte anhalten. Daher rechnet das WIFO mit einer Belebung der Produktion ab der Jahresmitte 2023.

Angesichts des schwierigen Umfelds dürfte der Warenexport 2023 nur um 0,3% wachsen (real). 2024 beschleunigt sich das Exportwachstum auf 3,5%. Dementsprechend sinkt die Wertschöpfung der Warenproduktion 2023 um real 1,9% und steigt 2024 wieder um 1,6%.

Die internationale Konjunkturerholung stimuliert 2024 das Wirtschaftswachstum in Österreich.

Übersicht 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,29	4,49	4,56	4,56	+ 4,5	+ 4,7	+ 1,5	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	68,46	71,06	69,71	70,83	+ 9,6	+ 3,8	- 1,9	+ 1,6
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,83	10,22	10,14	10,26	- 2,4	+ 4,0	- 0,8	+ 1,2
Bauwirtschaft	19,80	20,08	19,88	19,58	+ 2,6	+ 1,4	- 1,0	- 1,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,44	40,38	41,35	42,47	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,7
Verkehr	17,02	18,86	17,35	17,70	+ 2,5	+ 10,8	- 8,0	+ 2,0
Beherbergung und Gastronomie	8,89	13,38	13,66	14,20	- 13,2	+ 50,5	+ 2,1	+ 4,0
Information und Kommunikation	13,37	14,06	14,13	14,25	+ 3,5	+ 5,2	+ 0,5	+ 0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,21	15,51	15,89	16,46	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,35	32,04	32,36	32,52	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	33,46	35,74	36,10	37,11	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 2,8
Öffentliche Verwaltung ²⁾	56,78	57,99	58,86	59,45	+ 5,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,56	8,03	8,15	8,21	+ 2,4	+ 6,1	+ 1,5	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	324,35	341,52	342,07	346,34	+ 4,0	+ 5,3	+ 0,2	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	365,16	383,40	384,40	390,47	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8

Q: WIFO, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – 1) Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – 2) Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – 3) Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – 4) Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

3.2 Anhaltende Verschlechterung der Baukonjunktur

Die Nachfrage nach Bauinvestitionen hatte ab 2017 kräftig expandiert. 2020 wurde der Aufschwung im Bauwesen nur kurzzeitig

durch die COVID-19-Krise unterbrochen, 2022 dürfte er jedoch geendet haben. Während im I. Quartal noch ein Zuwachs verzeichnet wurde, ließ die Nachfrage im weiteren Jahresverlauf deutlich nach. Für das Gesamtjahr 2022 ergab sich in realer

Die hohen Zinssätze belasten die heimische Baunachfrage.

Rechnung ein Rückgang von 1%. Laut WIFO-Konjunkturtest beurteilen die Bauunternehmen ihre aktuelle Geschäftslage bereits seit dem Frühjahr 2022 zunehmend pessimistisch. In der Umfrage von März 2023 verschlechterten sich die Einschätzungen abermals. Auch bei den Erwartungen zeigt sich eine deutliche Eintrübung. Die Baukonjunktur dürfte sich daher weiter verschlechtern. Belastend wirkt dabei vor allem die Schwäche im Wohnbau.

Einerseits dämpft der angebotsseitige kräftige Anstieg der Baupreise die Nachfrage. Andererseits haben sich die Finanzierungsbedingungen aufgrund der gestiegenen Zinssätze und der seit August 2022 aufrechten Kreditvergabeverordnung (KIM-VO) merklich verschlechtert. Das WIFO erwartet daher für 2023 einen weiteren Rückgang der realen Bauinvestitionen um 0,8%, der sich 2024 sogar noch etwas beschleunigt (-1,4%).

Übersicht 6: Produktivität

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 1,6	- 8,7	+ 4,8	+ 2,9	+ 0,4	+ 1,0
Stundenproduktivität ²⁾	- 0,1	+ 2,5	- 0,2	+ 2,0	- 0,1	+ 0,8
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,3	- 1,9	+ 2,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 1,2
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,5	- 1,9	+ 1,6
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 0,9	- 6,3	+ 5,1	+ 2,2	- 1,1	+ 0,6
Stundenproduktivität ²⁾	+ 0,0	+ 0,5	+ 4,2	+ 1,3	- 0,8	+ 1,0
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 1,7	- 1,4	+ 0,4	+ 2,2	± 0,0	+ 0,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktionswert, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Übersicht 7: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	258,78	268,52	271,16	275,49	+ 4,8	+ 3,8	+ 1,0	+ 1,6
Private Haushalte ¹⁾	181,82	189,33	191,79	195,62	+ 3,6	+ 4,1	+ 1,3	+ 2,0
Staat	76,86	79,11	79,26	79,74	+ 7,8	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,6
Bruttoinvestitionen	99,91	97,87	96,36	98,33	+ 11,4	- 2,0	- 1,5	+ 2,0
Bruttoanlageinvestitionen	95,38	94,53	94,57	95,48	+ 8,7	- 0,9	+ 0,0	+ 1,0
Ausrüstungen ²⁾	31,79	30,35	29,90	30,64	+ 16,0	- 4,5	- 1,5	+ 2,5
Bauten	41,97	41,55	41,22	40,64	+ 5,8	- 1,0	- 0,8	- 1,4
Sonstige Anlagen ³⁾	21,66	22,64	23,55	24,49	+ 5,1	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,0
Inländische Verwendung	358,97	366,03	367,17	373,49	+ 6,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,7
Exporte	211,50	234,99	239,66	247,48	+ 9,6	+ 11,1	+ 2,0	+ 3,3
Reiseverkehr	6,32	11,81	13,07	13,10	- 32,5	+ 86,9	+ 10,7	+ 0,2
Minus Importe	205,92	217,71	222,31	229,34	+ 13,7	+ 5,7	+ 2,1	+ 3,2
Reiseverkehr	5,34	7,72	7,77	7,88	+ 60,0	+ 44,6	+ 0,5	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt	365,16	383,40	384,40	391,34	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8
Nominell	406,15	447,65	480,63	509,89	+ 6,6	+ 10,2	+ 7,4	+ 6,1

Q: WIFO, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

3.3 Schleppender Rückgang der Inflationsrate

Die Inflationsrate erreichte in Österreich im Oktober 2022 einen neuen Höchstwert von 11%, sank in den beiden folgenden Monaten dem internationalen Trend entsprechend, schnellte jedoch im Jänner 2023 erneut auf 11,2% hoch. Im Februar folgte ein leichter Rückgang auf 10,9%.

Einer der Hauptpreistreiber ist laut Statistik Austria trotz nachlassenden Preisdrucks die Haushaltsenergie; sie war im Februar um gut 37% teurer als im Vorjahr (Jänner +51,9%). Vor allem für Gas musste deutlich mehr bezahlt werden (+63,5%); der Preis für Heizöl stieg im Jahresabstand um knapp 30%. Bei Strom verringerten sich die Preiszuwächse aufgrund der Strompreisbremse kräftiger auf

3,1%, nachdem der Anstieg im Jänner noch über 13½% betragen hatte.

Neben Haushaltsenergie haben sich auch Lebensmittel erheblich verteuert. Im Februar betrug der Preisanstieg im Vorjahresvergleich 16,5%. Deutlich teurer waren auch Restaurants und Hotels (+13,4%) sowie der Verkehr (+10,9%). Treibstoffe kosteten im Februar 2023 um gut 13%, Flugtickets um fast 60% mehr als ein Jahr zuvor.

Bisher erhöhte der Preisdruck aus dem Ausland die Inflation. Dies wird sich jedoch im laufenden Jahr umkehren. Die Großhandelspreise für Gas und Strom dürften, anders als in der WIFO-Prognose vom Dezember 2022 angenommen, im Jahresdurchschnitt 2023 bereits um rund 50% unter dem Vorjahresniveau liegen. Der Rohölpreis bleibt auf Dollarbasis zwar ähnlich hoch wie noch im Dezember unterstellt, jedoch führt die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar zu einer Preisreduktion. Insgesamt dürften die Importpreise für Waren 2023 wieder um 2½% sinken und auch noch 2024 rückläufig sein

(–1%). Die Warenexportpreise werden zwar ebenfalls zurückgehen, jedoch in geringerm Ausmaß, wodurch sich die Terms-of-Trade wieder verbessern.

Nach dem Höhepunkt zu Jahresbeginn (rund 11%) sinkt die Inflationsrate im weiteren Jahresverlauf 2023, wobei sich der Rückgang im 2. Halbjahr verstärkt. Mineralölprodukte dürften bereits ab März einen negativen Inflationsbeitrag liefern. Bei Nahrungsmitteln und Waren sollte der Preisauftrieb ab der Jahresmitte nachlassen, da die Erzeugerpreise für Konsumgüter bereits seit Ende 2022 rückläufig sind. Die Tarife für Haushaltsenergie dürften ab Mitte 2023 spürbar gesenkt werden. Für Dienstleistungen wird ein vergleichsweise stabiler Inflationsbeitrag prognostiziert. Zu Jahresende 2023 liegt die Inflationsrate annahmegemäß zwischen 4% und 5%. Für das Gesamtjahr 2023 rechnet das WIFO mit einem Anstieg des VPI um 7,1%. Dies bedeutet im Vergleich zu 2022 (+8,6%) zunächst eine geringe Entspannung. Erst 2024 dürfte die Inflationsrate dann deutlicher auf 3,8% sinken.

Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 0,5	– 8,0	+ 3,6	+ 4,1	+ 1,3	+ 2,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	– 2,2	+ 4,4	– 3,9	+ 3,0	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,6	– 8,6	+ 3,5	+ 5,0	+ 1,1	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,6	– 2,9	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,2	+ 3,5
In % des verfügbaren Einkommens						
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,6	13,3	12,0	8,9	8,0	9,3
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,0	12,8	11,4	8,4	7,4	8,8
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 4,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 5,0	+ 5,2	+ 4,7
Verbraucherpreise						
National	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,1	+ 3,8
Harmonisiert	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,3	+ 3,5
Kerninflation ²⁾	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 5,1	+ 6,7	+ 5,0

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

3.4 Erholung im Tourismus setzt sich fort

Der Tourismus, der besonders hart von der COVID-19-Pandemie getroffen wurde, erholte sich 2022 spürbar. Nachdem die reale Wertschöpfung in der Beherbergung und Gastronomie in den Jahren 2020 und 2021 eingebrochen war, folgte 2022 ein Anstieg um über 50%. 2023 dürfte die Erholung anhalten, jedoch weit schwächer ausfallen (+2,1%). Stützend sollte vor allem die Nach-

frage aus dem Ausland wirken, die 2023 in realer Rechnung um über 10% zunehmen dürfte. Die inländische Nachfrage hatte sich bereits 2021 zu erholen begonnen. 2023 wird die Entwicklung der real verfügbaren Haushaltseinkommen jedoch durch die hohe Inflation belastet. Dies spiegelt sich auch im schwachen Wachstum der Tourismusimporte (+0,5%, real).

Für 2024 geht das WIFO von einer weiteren Steigerung der Tourismuskonsumnachfrage aus. Während die ausländische Nachfrage real kaum mehr zulegt, sollte jene aus dem Inland aufgrund der schwächeren Inflation wieder expandieren. Beherbergung und Gastronomie dürften ihre Wertschöpfung 2024 um real 4% steigern.

3.5 Weiterer Anstieg der Beschäftigung bei leicht steigender Arbeitslosigkeit

Die aktive unselbständige Beschäftigung wuchs 2022 kräftig (+3,0%). Im Tourismus, der in der Wintersaison 2020/21 fast komplett ausgefallen war und auch in der Saison 2021/22 noch unter der COVID-19-Krise gelitten hatte, lag die Beschäftigung im Februar 2023 bereits wieder über dem Niveau von Februar 2019 und nur mehr knapp unter dem Vorkrisenniveau von Februar 2020.

Die ersten Folgewirkungen der Konjunkturabschwächung auf dem Arbeitsmarkt zeigten sich in der Bauwirtschaft und der Arbeitskräfteüberlassung. Im Bauwesen büßte das

Beschäftigungswachstum zu Jahresende 2022 deutlich an Dynamik ein. Im Februar 2023 war die Beschäftigung im Vorjahresvergleich bereits um 0,3% rückläufig. Die Arbeitskräfteüberlassung verzeichnet dagegen bereits seit November 2022 Beschäftigungsrückgänge, die von Monat zu Monat kräftiger werden (Februar 2023 -6,0%).

Im Einklang mit der Konjunktur wird für 2023 ein im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächter gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungszuwachs erwartet. Angesichts eines hohen Übertrags aus 2022¹⁾ und der guten Entwicklung zu Jahresbeginn wird er allerdings kräftiger ausfallen als das reale BIP-Wachstum.

Unterjährig dürfte die Beschäftigung zunächst konjunkturbedingt schrumpfen, sich im III. Quartal stabilisieren und im IV. Quartal 2023 wachsen (saisonbereinigt). Im Jahresdurchschnitt ergibt sich daraus eine Beschäftigungsausweitung um 0,8% gegenüber dem Vorjahr. 2024 beträgt der Zuwachs aufgrund der Besserung der Konjunktur 1,3%.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 61,4	- 76,6	+ 96,6	+ 115,9	+ 31,0	+ 53,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 30,0	+ 50,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 12,3	- 53,9	+ 28,1	+ 22,9	+ 3,0	+ 8,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,6	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 27,0	+ 42,0
Selbständige ²⁾	+ 2,5	- 0,5	+ 6,2	+ 5,7	+ 1,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 11,4	+ 9,9	+ 5,4	+ 31,4	+ 13,1	+ 2,6
Erwerbspersonen ³⁾	+ 50,6	+ 31,7	+ 18,7	+ 47,3	+ 37,0	+ 43,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 10,8	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	+ 6,0	- 10,0
Personen in Schulung	- 6,8	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	- 1,0	- 3,0
	In%					
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	4,8	6,0	6,2	4,8	4,7	4,5
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,6	8,9	7,2	5,6	5,7	5,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,4	9,9	8,0	6,3	6,4	6,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,3
Arbeitslose (laut AMS)	- 3,5	+ 35,9	- 19,0	- 20,7	+ 2,3	- 3,7
Stand in 1.000	301,3	409,6	331,7	263,1	269,1	259,1

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

¹⁾ Selbst wenn die Beschäftigung 2023 in sämtlichen Monaten stagniert (saisonbereinigt), so würde sie im

Jahresdurchschnitt dennoch um knapp 1% über dem Vorjahr liegen.

Die Arbeitslosigkeit wird 2023 vorübergehend leicht steigen.

Übersicht 10: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,4	+ 8,1	+ 7,7
Real ²⁾						
Brutto	+ 1,3	+ 0,8	- 0,3	- 3,9	+ 0,9	+ 3,8
Netto	+ 1,4	+ 1,6	- 1,1	- 3,4	+ 1,1	+ 3,9
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 0,9	+ 9,4	- 4,1	- 3,2	+ 1,6	+ 4,1
	In%					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	69,2	68,9	68,6	69,1	68,7	71,8
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten⁵⁾, nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 7,4	- 0,5	+ 2,5	+ 8,7	+ 7,2
Herstellung von Waren	+ 3,2	+ 4,6	- 5,6	+ 5,0	+ 10,9	+ 5,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren⁶⁾						
Nominell	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	+ 2,0	+ 1,2
Real	- 1,1	+ 1,7	+ 0,2	- 1,7	+ 3,6	+ 2,8

Q: WIFO, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Die vorübergehende Schwäche der Wirtschaft brems nicht nur das Beschäftigungswachstum, sondern auch den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt 2022 sank die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich noch um 20,7% (-68.600 Personen). Auf Basis saisonbereinigter Daten stagniert der Abbau jedoch bereits seit April 2022 tendenziell. Ab März 2023 ist saisonbereinigt sogar wieder mit einem Anstieg zu rechnen. Das WIFO erwartet für 2023 eine vorübergehende Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit um 6.000 Personen. 2024 dürfte die Arbeitslosigkeit jedoch wieder um 10.000 Personen sinken. Dementsprechend steigt die Arbeitslosenquote (laut nationaler Berechnung) zunächst leicht von 6,3% (2022) auf 6,4% (2023) und geht 2024 auf 6,1%

zurück. Damit läge sie auf dem niedrigsten Stand seit 2008.

3.6 Hohe Inflation lässt Staatseinnahmen deutlich steigen

Die anhaltend hohe Inflation führt 2023 erneut zu einem deutlichen Anstieg der Steuereinnahmen, insbesondere aus der Mehrwertsteuer. Zudem erhöhen die im Vergleich zur letzten Prognose kräftigeren Lohnsteigerungen die Einnahmen aus der Lohnsteuer, obwohl das Lohnsteueraufkommen durch die Abschaffung der Kalten Progression schrumpft. Die gesamten Staatseinnahmen steigen in der Folge fast so stark wie das nominelle BIP, womit die Einnahmenquote nur leicht sinkt.

Übersicht 11: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	0,6	- 8,0	- 5,9	- 2,5	- 1,8	- 0,4
Primärsaldo des Staates	2,0	- 6,7	- 4,8	- 1,5	- 0,8	0,8
Staatseinnahmen	49,2	48,7	50,0	49,8	49,3	49,1
Staatsausgaben	48,6	56,7	56,0	52,3	51,2	49,5
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	0,3	3,9	4,7
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,1	- 0,2	- 0,1	1,7	4,1	6,0

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die Treibhausgasemissionen sinken langsamer, als es für die Erreichung der Klimaziele nötig wäre.

Die Ausgaben erhöhen sich ebenfalls, jedoch nicht in gleichem Ausmaß. Den Mehrausgaben durch die hohen Energiepreise steht das Auslaufen der COVID-19-Hilfsmaßnahmen im Jahr 2022 gegenüber. Der Rückgang der Ausgabenquote ist jedoch nicht zuletzt durch den starken Anstieg des nominalen BIP bedingt.

In der Folge sinkt das Budgetdefizit von 2,5% des nominalen BIP im Jahr 2022 auf 1,8% 2023. Für 2024 wird ein weiterer Rückgang auf 0,4% prognostiziert.

3.7 Treibhausgasemissionen sinken konjunkturbedingt, Auslandskaufkraft des BIP steigt wieder

Die schwächere Konjunktur verringert 2023 auch die in der Produktion freigesetzten Treibhausgasemissionen. Für 2023 wird daher eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 0,7% erwartet. Obwohl sich dieser Effekt im kommenden Jahr abschwächt, wird der CO₂-Ausstoß 2024 nicht steigen – auch aufgrund des zuletzt starken Ausbaus erneuerbarer Energieträger. Die prognostizierte Stagnation

reicht allerdings nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen.

Wegen der kräftigen Verteuerung von Energie legten die Preise für importierte Güter 2022 stärker zu als die Exportpreise. Der Erwerb der gleichen Menge an Energierohstoffen aus dem Ausland erforderte 2022 somit ein höheres Arbeitsvolumen im Inland. Der daraus resultierende Abfluss an Kaufkraft ins Ausland verringerte den Wohlstand in Österreich. Die Politik versuchte, die Last dieser Verschlechterung der Austauschrelationen im Außenhandel (Terms-of-Trade) mittels Transfers an Unternehmen und private Haushalte in die Zukunft zu verschieben. Eine solche Stabilisierungsstrategie macht dann Sinn, wenn es gelingt, die Überschüsse aus einer künftigen Verbesserung der Terms-of-Trade steuerlich abzuschöpfen.

2023 dürften sich die Terms-of-Trade erstmals wieder verbessern. Der deutliche Rückgang der Energiepreise lässt den Deflator der Importe stärker schrumpfen als den Exportdeflator. 2024 sollte diese positive Entwicklung abgeschwächt anhalten.

4. Prognoserisiken

Die Prognoserisiken sind hinsichtlich der üblicherweise zu erwartenden Schwankungen ausgewogen. Allerdings könnten bestimmte Entwicklungen, die aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich sind, im Falle ihres Eintritts große Wirkungen entfalten. Sollte der Ukraine-Krieg eskalieren, so hätte dies bisher nicht abschätzbare Folgen für die heimische Wirtschaft. Umgekehrt wären mit einer raschen Beilegung der Kampfhandlungen positive Effekte verbunden.

Zweitens stellen die jüngsten Verwerfungen im Bankenbereich in den USA und der Schweiz ein nicht zu unterschätzendes Abwärtsrisiko dar. Die Erfahrungen aus der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 belegen, wie rasch und nachhaltig derartige Probleme auf die Realwirtschaft

übergreifen können. Allerdings schätzt das WIFO auch dieses Risiko aus heutiger Sicht als gering ein.

Drittens könnten sich die Zentralbanken angesichts der hartnäckig hohen Kerninflation veranlasst sehen, die Leitzinssätze stärker anzuheben und längere Zeit auf hohem Niveau zu halten als in dieser Prognose unterstellt. Zwar haben sich Energieträger seit der letzten Prognose deutlich verbilligt, jedoch scheinen die Energiepreise schneller und in höherem Maß auf andere Güter überwältigt zu werden als vielfach erwartet. Falls die Geldpolitik daher deutlich stärker gestrafft wird als in dieser Prognose angenommen, könnte dies den internationalen Konjunkturaufschwung abwürgen.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung in den nächsten Monaten. Ziel ist es, mit möglichst geringem Aufwand für die Befragten die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu erfassen. Die Ergebnisse werden zwölfmal pro Jahr jeweils vor dem Ende des Monats der Erhebung veröffentlicht. Sie liegen damit wesentlich früher vor als Daten der amtlichen Konjunkturstatistik. So sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für einen bestimmten Monat rund zwei Monate vor der Veröffentlichung des vorläufigen Wertes und rund drei Monate vor der Publikation des ersten Wertes des Produktionsindex verfügbar. Pro Monat nehmen rund 1.600 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten freiwillig am WIFO-Konjunkturtest teil. An dieser Stelle sei den Unternehmen gedankt, ohne ihre Mitwirkung wäre der WIFO-Konjunkturtest nicht möglich.

4/2023 Konjunkturerwartungen verbessern sich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom April 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen im April eine Verbesserung der Konjunkturbeurteilungen der österreichischen Unternehmen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte mit 11,0 Punkten (saisonbereinigt) 6,3 Punkte über dem Wert des Vormonats (4,8 Punkte). Zu diesem Anstieg trugen insbesondere die Dienstleistungsbranchen bei. Die Lagebeurteilungen stiegen in allen Sektoren an, mit Ausnahme der konjunkturell bedeutenden Sachgütererzeugung. Auch die Konjunkturerwartungen verbesserten sich über alle Sektoren hinweg recht deutlich. Allerdings blieben die Konjunkturerwartungen in den stark energieintensiven Branchen weiterhin skeptisch. Insgesamt lassen die Ergebnisse eine Verbesserung der Konjunkturlage in den nächsten Monaten erwarten, auch wenn die unternehmerische Unsicherheit im April weiter überdurchschnittlich blieb. <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70739>

Frühere Ausgaben

3/2023 Konjunkturbeurteilungen entwickeln sich uneinheitlich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom März 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70708>

2/2023 Weiterhin gedämpfte Konjunkturerwartungen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70662>

1/2023 Vorsichtige Verbesserung der Konjunkturbeurteilungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70600>

12/2022 Konjunkturbeurteilungen stabilisieren sich zu Jahresende. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2022

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70477>

Sonderausgabe 3/2022 Auswirkungen von Energiepreisschocks auf Produktion und Preise. Ergebnisse der Sonderbefragung zur Energiepreisentwicklung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom November 2022

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70472>

<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/wifo-konjunkturtest>

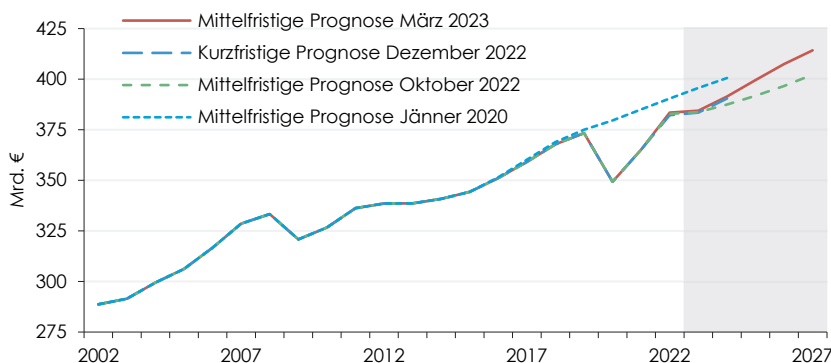
Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten

Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz

- Österreichs Volkswirtschaft dürfte 2023 lediglich um 0,3% wachsen. Der internationalen Entwicklung folgend beschleunigt sich das BIP-Wachstum bis 2025 auf gut 2%. 2027 liegt es mit 1,7% noch leicht über dem Trendwachstum.
- Infolge der zunehmenden Arbeitskräfteknappheit sinkt die Arbeitslosenquote bis 2027 auf voraussichtlich 5,2%. Dies wäre ein langjähriger Tiefstwert.
- Die Inflationsrate lag 2022 bei 8,6% und sinkt 2023 zunächst nur leicht (+7,1%). In den Folgejahren verlangsamt sich die Inflation weiter, liegt jedoch auch 2027 noch über dem 2%-Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB).
- Das Budgetdefizit verringert sich durch das Auslaufen der COVID-19- und der Anti-Teuerungsmaßnahmen bis 2024 auf 0,4% des BIP (2023: 1,8%) und steigt bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf 0,8% an.
- Die Staatsverschuldung nimmt bis 2027 um rund 20 Mrd. € zu. Da das nominelle BIP mit +5,5% p. a. deutlich kräftiger wächst als die Staatsschuld (+1,1% p. a.), sinkt die Schuldenquote bis 2027 um 14,8 Prozentpunkte auf 63,3% des BIP.

Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



"Österreichs Wirtschaft dürfte im Zeitraum 2023/2027 um zumindest ½ Prozentpunkt pro Jahr rascher wachsen als noch im Oktober 2022 angenommen. Der Hauptgrund für diese Aufwärtsrevision ist ein über den Prognosezeitraum deutlich niedrigeres erwartetes Preisniveau für die wichtigsten Energieträger."

Österreichs Wirtschaft verzeichnete 2020 die schwerste Rezession seit der Nachkriegszeit (-6,5%). Der Rebound (2021 +4,6%; 2022 +5,0%) wird durch die Folgen des Ukraine-Krieges und die europäische Energiekrise deutlich gedämpft (2023 +0,3%). In den Folgejahren beschleunigt sich das BIP-Wachstum (2023/2027 +1,6% p. a.; Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen).

Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten

Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz

Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027

Getragen von der internationalen Entwicklung erholt sich die österreichische Wirtschaft nach der Stagflation im Jahr 2023 zügig. Für 2025 wird bereits ein reales Wirtschaftswachstum von 2,1% erwartet. Für 2023/2027 rechnet das WIFO mit einem durchschnittlichen BIP-Zuwachs von 1,6% p. a. (Ø 2010/2019 +1,5% p. a.). Der demografische Wandel verstärkt im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Dies bewirkt einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote unterschritt bereits 2022 das Vorkrisenniveau von 2019 und liegt 2027 bei voraussichtlich 5,2%. Der bereits ab Ende 2020 beobachtete kräftige Preisauftrieb auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten mündete im Jahr 2022 in der höchsten Inflationsrate seit den 1970er-Jahren (8,6%). 2023 bleibt die Inflation noch hoch (7,1%), nähert sich jedoch bis 2027 allmählich an den 2%-EZB-Zielwert an. Die für 2023 prognostizierte Defizitquote von 1,8% des nominellen BIP sinkt bis 2025 auf 0,4% und steigt bis zum Ende der Prognoseperiode auf 0,8% des BIP.

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag setzt auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom März 2023 für die Jahre 2023 und 2024 auf (Scheiblecker & Ederer, 2023, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 13. März 2023 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 24. März 2023 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwwdocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Hans Pitlik, Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at) • Berechnungen abgeschlossen am 24. 3. 2023, Text abgeschlossen am 27. 4. 2023

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at)

Decline in Energy Prices Improves Growth Prospects. Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2023 to 2027

Driven by global factors, the Austrian economy will recover rapidly from the stagflation in 2023. Real economic growth of 2,1 percent is expected for 2025. For 2023-2027, WIFO expects an average GDP growth of 1.6 percent p.a. (Ø 2010-2019 +1.5 percent p.a.). Demographic change will intensify the labour shortage over the forecast period. This results in a noticeable drop in unemployment: the unemployment rate already fell below the pre-crisis level of 2019 in 2022 and is expected to reach 5.2 percent in 2027. The strong upward price pressure on the international energy and commodity markets observed from the end of 2020 onwards culminated in 2022 in the highest inflation rate since the 1970s (8.6 percent). In 2023, inflation initially remains elevated (7.1 percent) although gradually approaching the 2 percent ECB target by 2027. The projected deficit ratio of 1.8 percent of nominal GDP for 2023 declines to 0.4 percent by 2025 but rises to 0.8 percent of GDP by the end of the forecast period.

1. Überblick und grundlegende Annahmen

Durch die Entspannung auf den Energiemärkten und den deutlichen Rückgang der Energiepreiserwartungen haben sich die mittelfristigen Wachstumsaussichten für die europäischen Volkswirtschaften verbessert.

Durch den deutlichen Rückgang der europäischen Großhandelspreise für Energie haben sich die Aussichten für die europäische und die österreichische Wirtschaft seit der letzten mittelfristigen WIFO-Prognose vom Oktober 2022 (Baumgartner et al., 2022) verbessert. Andererseits verstärkt die demografische Entwicklung den Arbeitskräftemangel, wodurch es großen Anstrengungen bedürfen wird, um erst teilweise genutzte Arbeitsangebotspotenziale – etwa unter Arbeitslosen, Frauen, Älteren und Ausländer:innen – aus-

zuschöpfen. Aufgrund des Ukraine-Krieges und der Sanktionen gegen Russland wird das heimische Wirtschaftswachstum 2023 stagnieren, insbesondere in der Sachgütererzeugung, und die Inflation weiterhin hoch bleiben. Für die europäische Geldpolitik wird eine weitere Straffung erwartet.

Vor diesem Hintergrund rechnet das WIFO für den Zeitraum 2023 bis 2027 mit einem durchschnittlichen realen BIP-Wachstum von 1,6% pro Jahr.

2. Internationale Rahmenbedingungen

2.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Prognosen der Wirtschaftsentwicklung sind derzeit stark von den Annahmen zum weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges und zur Entwicklung der europäischen Energieimporte aus Russland abhängig. In der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose 2023/2024 vom März 2023 (Scheiblecker & Ederer, 2023) wurde unterstellt, dass Russland weiterhin Erdgas in die EU liefert¹⁾. Aus Konsistenzgründen wurde diese Annahme auch für die Fortschreibung der Prognose für den Zeitraum 2025/2027 beibehalten, obgleich angenommen wurde, dass der Anteil russischen Erdgases im importierten Energiemix

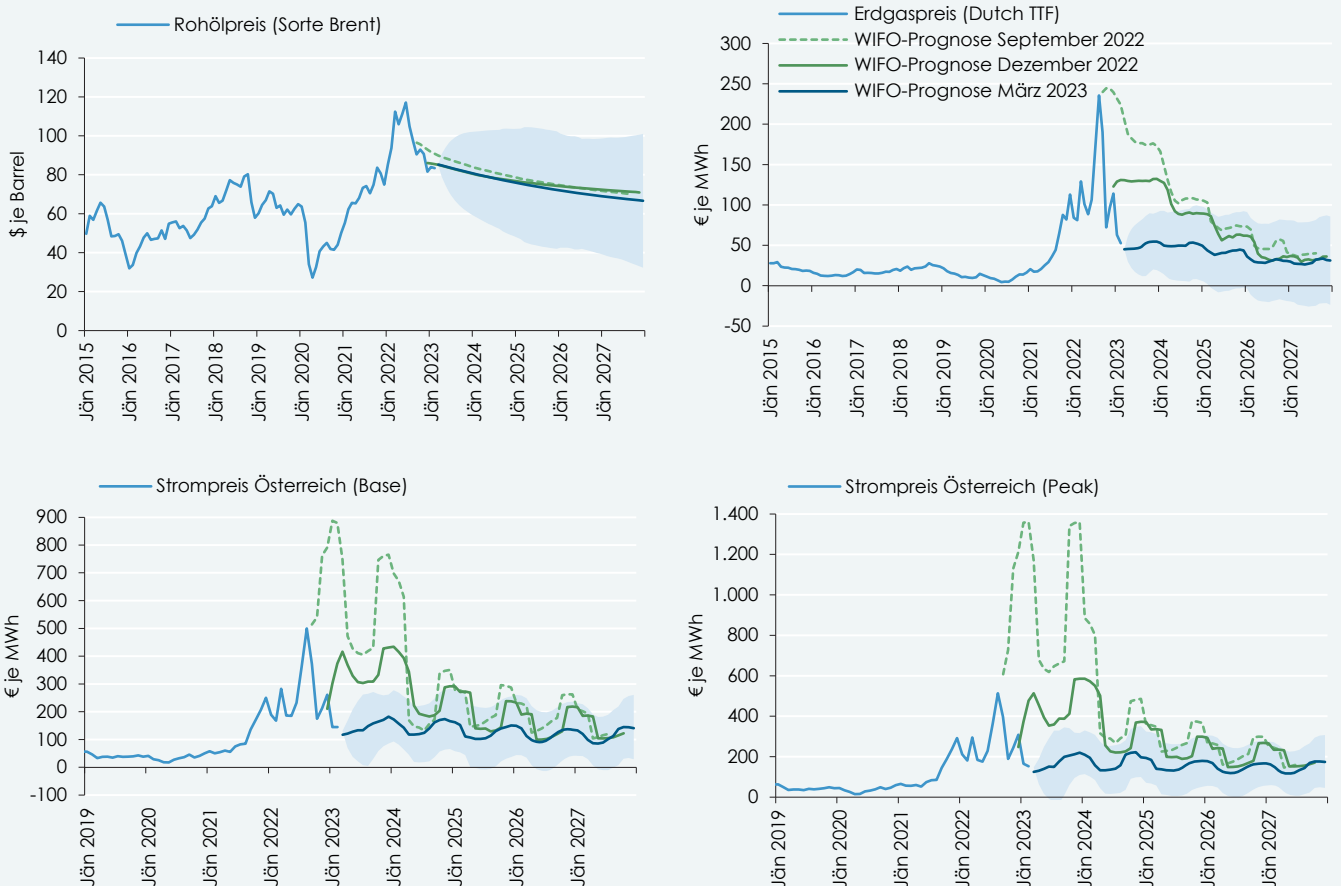
bis 2027 stark zurückgeht (Austria Energieagentur, 2022).

Der Ausblick für die europäische und die österreichische Wirtschaft hat sich seit der letzten mittelfristigen WIFO-Prognose vom Oktober 2022 (Baumgartner et al., 2022) durch den deutlichen Rückgang der europäischen Großhandelspreise für Energie aufgehellt. Abbildung 1 vergleicht die damals unterstellte Preisentwicklung für Rohöl, Erdgas und Strom mit den Preispfaden, die der vorliegenden Prognose zugrunde liegen. Sie basieren auf den (durchschnittlichen) Markterwartungen, wie sie in den Notierungen der Futures-Kontrakte abgebildet werden²⁾.

Gegenüber der mittelfristigen Prognose vom Oktober 2022 unterstellt die vorliegende Prognose für den Zeitraum 2023/2027 deutlich niedrigere Großhandelspreise für Erdgas und Strom.

Abbildung 1: **Energiepreise**

Monatliche Entwicklung internationaler Notierungen



Q: HWWI, IWF, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, Macrobond. Hellblauer Bereich ... ± Standardabweichung, berechnet aus vergangenen Abweichungen zwischen den Spotpreisen und den Futures-Werten.

Bei **Rohöl** entsprach die Preisentwicklung seit Oktober 2022 weitgehend den Erwartungen, wodurch sich auch die Prognoseannahmen

auf Basis der Futures-Notierungen für die Jahre 2023 bis 2027 kaum geändert haben. Das WIFO unterstellt für 2023 einen Rohöl-

¹⁾ In der ersten Jahreshälfte 2021 importierte die EU wöchentlich noch rund 3.000 Mio. m³ russisches Erdgas, im I. Quartal 2023 waren es nur mehr rund 500 Mio. m³ pro Woche (Zachmann, 2023).

²⁾ Für die mittelfristige Prognose vom Oktober 2022 wurden die Annahmen zur internationalen Energiepreisentwicklung bereits Anfang September getroffen; für das vorliegende Update wurden sie am 13. März 2023 festgelegt.

preis von 84 \$ je Barrel (Sorte Brent). Im Jahresdurchschnitt 2027 kostet Rohöl annahmegemäß 68,5 \$ je Barrel (-30½% gegenüber 2022; auf Eurobasis -42%).

Demgegenüber sind die Großhandelspreise für **Erdgas und Strom** seit Oktober 2022 drastisch gesunken³⁾. Auch die Erwartungen zur mittelfristigen Preisentwicklung haben inzwischen deutlich nachgegeben⁴⁾. Auf der Basis der Futures-Notierungen wird für Erdgas und Strom im Prognosezeitraum eine relativ stabile, leicht rückläufige Entwicklung der Großhandelspreise unterstellt. Trotz der nun deutlich niedrigeren Preisannahmen bleibt Energie mittelfristig teurer als vor dem Energiepreisschock 2021/22: Erdgas dürfte 2027 doppelt so viel, Strom rund 3½-mal so viel kosten wie im Durchschnitt der Jahre 2018/2020.

Der rezente Verfall der Erdgas- und Strompreise hat mehrere Ursachen: zum einen war der enorme Preisanstieg im Sommer 2022 neben einer weiteren Drosselung der russischen Gaslieferungen nach Europa auch der wetterbedingt geringeren Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen geschuldet. Zum anderen konnte durch die hohen Erdgaspreise und die hohe Zahlungsbereitschaft der europäischen Energieversorger

und Länder (Notreserven) das Angebot aus nicht-russischen Quellen erhöht (Mehrproduktion) oder nach Europa umgelenkt werden. Dadurch waren die europäischen Gaslager bereits vor Beginn der Heizsaison vollständig gefüllt. Zusätzlich war der Gasverbrauch durch einen überdurchschnittlich warmen Herbst und Winter gering.

2.2 Annahmen zur internationalen Konjunktur

In den Jahren 2021 und 2022 erlebte die Weltwirtschaft im Zuge der Erholung von der COVID-19-Krise einen kräftigen Aufschwung, da sich der private Konsum deutlich zu Gunsten des Güterkonsums verschob und die Bautätigkeit stark ausgeweitet wurde. In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Länder(-gruppen)** wuchs das reale BIP 2021 um 5,6% und 2022 um 3,3% (Ø 2010/2019 +2,1% p. a.). In der zweiten Jahreshälfte 2022 und im 1. Halbjahr 2023 trübte sich die Weltkonjunktur infolge des Ukraine-Krieges vorübergehend ein (Ø 2023 +0,7%)⁵⁾. Da der Preisauftrieb allmählich nachlässt, beschleunigt sich das Wachstum der Weltwirtschaft bis 2025 auf 2½%, um sich dann der Entwicklung des Trendoutputs anzunähern.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur

		Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum		+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 5,4	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,6
MOEL 5 ¹⁾		+ 3,2	+ 3,1	+ 2,3	+ 6,0	+ 4,1	- 0,3	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,7
USA		+ 2,3	+ 2,1	+ 1,7	+ 5,9	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
Schweiz		+ 1,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 4,2	+ 2,1	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7
China		+ 7,7	+ 5,2	+ 4,9	+ 8,4	+ 3,0	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,3	+ 5,0	+ 4,6
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾		+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 5,6	+ 3,3	+ 0,7	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9
Annahmen zur Prognose											
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	70	76	71	99	84	80	75	71	69
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	.	43	42	46	121	50	51	44	33	31
Strompreis Österreich											
Base	€ je MWh	.	98	131	107	262	140	148	130	120	118
Peak	€ je MWh	.	105	159	117	276	160	177	161	149	148
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,14	1,21	1,18	1,05	1,09	1,20	1,24	1,26	1,26
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	- 0,3	4,0	- 0,5	0,3	3,9	4,7	4,7	3,7	2,9
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	0,1	4,5	- 0,4	1,1	3,5	5,6	5,2	4,4	3,7

Q: WIFO-Berechnungen. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 2) Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

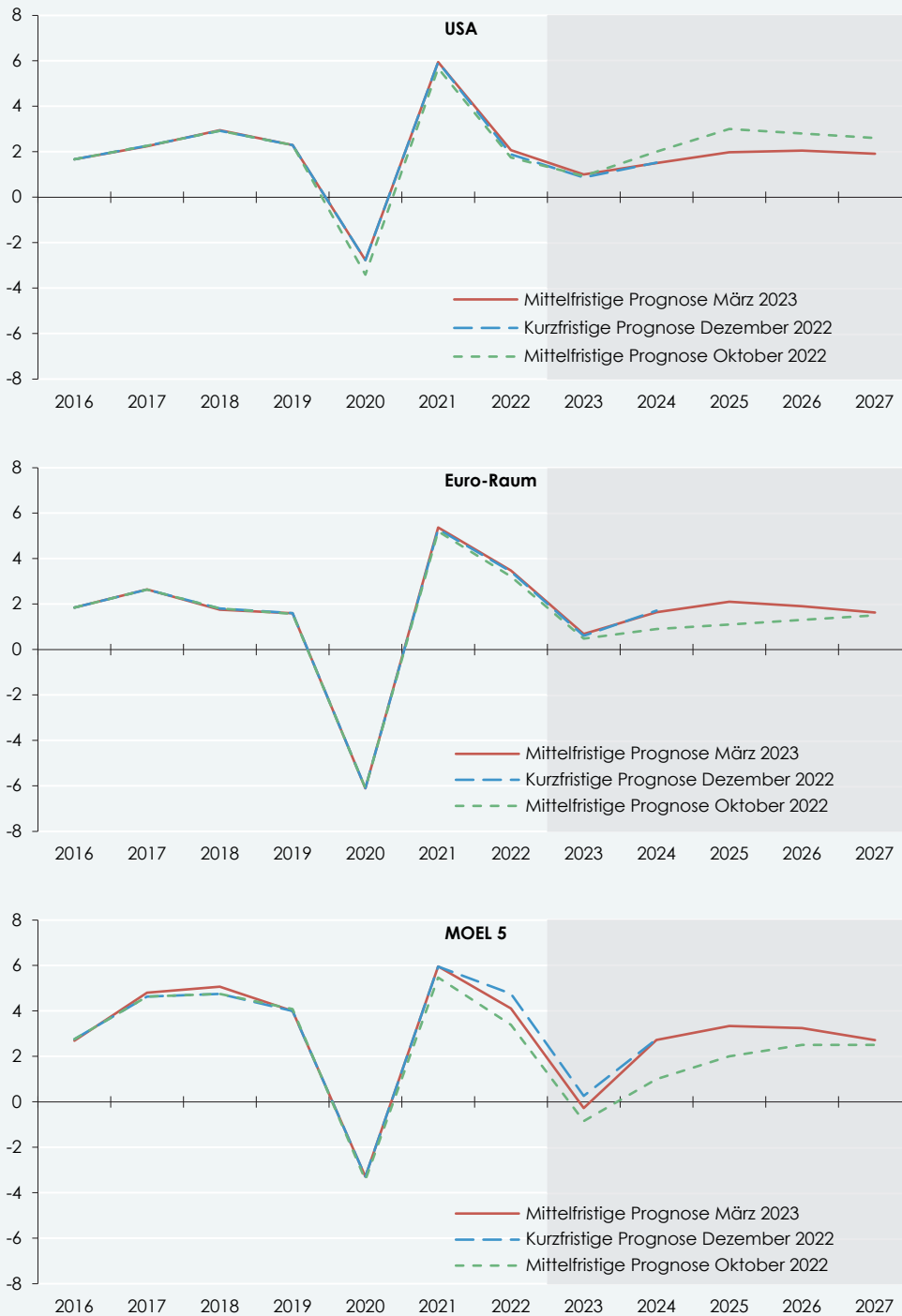
³⁾ Im September 2022 waren die Erdgaspreise über 4-mal und die Strompreise fast 3-mal so hoch wie im März 2023.

⁴⁾ Im September 2022 waren die Preiserwartungen für Erdgas und Strom für 2023 4- bis 5-mal, für 2024 2¼- bis 2¾-mal, für 2025 1¼- bis 2-mal und für 2026 1½- bis 1¾-mal so hoch wie in der vorliegenden Prognose.

⁵⁾ Für die Jahre 2023/24 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Scheiblecker und Ederer (2023) übernommen. Für die Periode 2025 bis 2027 basieren sie auf einer durch das WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 13. März 2023.

Abbildung 2: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics; IWF, World Economic Outlook. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Für den **Euro-Raum** wird für 2023 ein Wirtschaftswachstum von 0,7% erwartet, das bis 2025 auf 2,1% zunimmt und sich bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf das Trendwachstum von 1½% p. a. abschwächt. In den **MOEL 5**, die aufgrund ihrer Verflechtung mit dem russischen Erdöl- und Erdgaspipelinennetz besonders stark von russischen Ener-

gierstoffen abhängen, schrumpft das BIP 2023 um 0,3%. Für die Folgejahre werden eine Erholung und eine Wachstumsbeschleunigung unterstellt (2025/2026 +3¼%; Abbildung 2).

Chinas Wirtschaft gewinnt zunächst weiter an Fahrt (2023 +4¼%, 2025 +5¼%). Bis 2027

Das Marktwachstum der für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländer nimmt von 0,7% 2023 auf 2½% 2025 zu und schwächt sich in der Folge konjunkturbedingt etwas ab.

Die Geldpolitik der EZB wird 2023/24 weiter gestrafft, wodurch der Dreimonatssinnsatz 2024/25 auf 4¾% ansteigt.

Das Wachstum des privaten Konsums nimmt nach einer Schwächephase 2023 (+1,3%) mit der Verbesserung der Konjunktur bis 2025 auf 2½% zu. Bis 2027 schwächt es sich auf 2% ab.

wird sich der Zuwachs dann wieder leicht auf 4½% abschwächen. Die Wirtschaft der **USA** hängt nur in geringem Ausmaß von russischer Energie ab. Daher fallen die Abwärtsrevisionen durch den Ukraine-Krieg für die USA schwächer aus. Zudem profitieren die USA weiterhin von der Verlagerung der europäischen Energienachfrage aus Russland nach Übersee (Flüssigerdgas – LNG). Für 2023 wird für die USA ein Wirtschaftswachstum von 1% erwartet, das sich 2025/2027 bei 2% p. a. stabilisiert.

Rund vier Fünftel der österreichischen Exporte gehen in die EU, die USA und nach China. Gewichtet mit den heimischen Exportanteilen (Marktwachstum) nimmt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in dieser Ländergruppe 2023 um rund 0,7% zu. Bis 2025 beschleunigt sich das Marktwachstum dann auf rund 2½% und schwächt sich in den Folgejahren etwas ab.

3. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

3.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Aufbauend auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2023 und 2024 (Scheiblecker & Ederer, 2023, in diesem Heft) und auf Grundlage der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 2) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (Kapitel 3.5) für die Jahre 2025 bis 2027 wird die wirtschaftliche Entwicklung bis 2027 prognostiziert. Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme⁶⁾.

Die **Nettoreallöhne** pro Kopf steigen **2023** und **2024** um 1,1% bzw. 3,9%. Getragen wird dieser Zuwachs zum einen durch kräftige Lohnerhöhungen und zum anderen durch die ab 1. Jänner 2023 bzw. 1. Jänner 2024 wirksamen fiskalischen Maßnahmen (Ausgleich der kalten Progression, Senkung der 2. und 3. Tarifstufe der Einkommensteuersätze im Rahmen der ökosozialen Steuerreform 2022/2024). Die Entwicklung der Nettolöhne, die Maßnahmen zur Abfederung der Teuerung für Haushalte mit niedrigem Einkommen (Indexierung von Sozialleistungen, Heiz- und Wohnkostenzuschüsse) und die Inflation bestimmen die Entwicklung des **real verfügbaren Haushaltseinkommens**. Durch den Weg-

⁶⁾ Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse,

2.3 Annahmen zur Geldpolitik

Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** werden 2023 und 2024 weitere Anhebungen der Leitzinsen (Federal Funds Rate) erwartet, wodurch der Dreimonatssinnsatz auf 5¼% bzw. 5¾% steigt. Für die Folgejahre wird auf Basis eines adaptierten Taylor-Regel-Modells ein Rückgang der Leitzinsen unterstellt. Die **europäische Geldpolitik** wird ebenfalls weiter gestrafft. Für die Jahre 2023 bis 2025 unterstellt das WIFO weitere Erhöhungen des Refinanzierungssatzes und einen Anstieg des Dreimonatsgeldmarktsatzes auf 4¾% (2025). Die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen steigt 2023 auf 3½% und 2024 auf 5½%, sinkt aber in den Folgejahren wieder.

Der **Wechselkurs des Dollars** gegenüber dem **Euro** klettert auf Basis der beschriebenen Wachstums- und Zinsentwicklung in den USA und im Euro-Raum bis 2027 von 1,09 \$ auf 1,26 \$ je Euro.

fall des erhöhten Klimabonus und des Teuerungsausgleichs, die 2022 wirksam waren, und den weiterhin kräftigen Preisauftrieb (siehe Abschnitt 3.4) stagnieren die realen Haushaltseinkommen **2023 (+0,2%)**. In den **Folgejahren** entwickeln sie sich durch den Rückgang der Inflation mit **durchschnittlich +2½% p. a.** (2025/2027) deutlich günstiger, wodurch sich auch der **private Konsum** belebt (**2023/2027 +2% p. a.**). Die Sparquote sinkt 2023 auf 8%, da der Dienstleistungskonsum nach Überwindung der COVID-19-Pandemie wieder erstarbt, und stabilisiert sich in den Folgejahren bei rund 9¼%.

Die **Warenexporte** entwickeln sich üblicherweise im Gleichschritt mit der internationalen Konjunktur. Für 2023 wird für die wichtigsten Zielregionen eine Abschwächung des Marktwachstums auf ¾% unterstellt. Die **Exporte i. w. S.** legen 2023 um 2% zu (Übersicht 3). Dies liegt vor allem an den Reiseverkehrsexporten (+10,7%). In den Folgejahren beschleunigt sich das Exportwachstum, dem internationalen Konjunkturbild entsprechend, zunächst auf 3,4% (2025) und verlangsamt sich bis 2027 leicht auf 2,9%. Die **Importe i. w. S.** entwickeln sich in Abhängigkeit von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern. In den Jahren 2023 bis 2027 beträgt das Importwachstum 3% p. a. Der Überschuss im Außenbeitrag

wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zweitens, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan und auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

sinkt leicht von 2,9% (2025) auf 2,4% des nominellen BIP (2027).

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) werden 2023 aufgrund der Konjunkturschwäche und der hohen Zinssätze nur um ¼% ausgeweitet. Mit der Konjunkturerholung, der Senkung des Körperschaftsteuersatzes sowie der Einführung eines (Öko-)Investitionsfreibetrages sollten die Ausrüstungsinvestitionen dann wie-

der kräftiger zunehmen (2025 +3½%). Der Umstieg auf eine CO₂-ärmere Produktionsweise erfordert zwar höhere Investitionen in die Energiewende, die gestiegene Unsicherheit infolge des Ukraine-Krieges und der Anstieg der Lohnstückkosten (siehe Kapitel 3.4) dürften jedoch insbesondere in der Industrie zu einer Zurückhaltung bei Kapazitätsausweitungen führen, da sich die mittelfristige Wettbewerbssituation im derzeitigen Umfeld verschlechtert.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung in % p. a.									
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7
Nominell	+ 3,3	+ 3,9	+ 5,5	+ 6,6	+10,2	+ 7,4	+ 6,1	+ 5,2	+ 4,7	+ 4,0
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 3,2	+ 3,7	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,1	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,8	+ 1,9	+ 5,0	+ 7,1	+ 4,2	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,3
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,5	+ 4,3	+ 6,5	+ 4,8	+ 7,7	+ 9,0	+ 9,1	+ 5,6	+ 4,6	+ 4,1
Pro Kopf, real ²⁾	+ 0,2	- 0,3	+ 1,7	- 0,3	- 3,9	+ 0,9	+ 3,8	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9
	In %									
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,6	5,4	4,4	6,2	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,9	5,7	8,0	6,3	6,4	6,1	5,6	5,4	5,2
	In % des BIP									
Außenbeitrag	3,3	2,3	2,6	0,6	1,4	2,4	2,7	2,9	2,7	2,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,6	- 3,1	- 0,8	- 5,9	- 2,5	- 1,8	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,8
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,6	- 2,8	- 0,9	- 4,6	- 3,2	- 1,9	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,8
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,7	- 3,1	- 1,2	- 4,8	- 3,2	- 1,8	- 0,5	- 0,8	- 1,3	- 1,6
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,3	- 2,8	- 0,9	- 4,6	- 3,2	- 1,9	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,8
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,4	- 3,1	- 1,2	- 4,8	- 3,2	- 1,8	- 0,5	- 0,8	- 1,3	- 1,6
Staatsschuld	80,3	77,6	68,1	82,3	78,1	74,4	70,5	67,4	64,9	63,3
	In % des verfügbaren Einkommens									
Sparquote der privaten Haushalte	7,9	10,1	9,0	12,0	8,9	8,0	9,3	9,3	9,3	9,2
	Veränderung in % p. a.									
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6
	In % des Trendoutputs									
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,0	- 0,5	+ 0,2	- 2,3	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	- 2,0	+ 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,4

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2023, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2022. – ⁷⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2023 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Abschwächung der Baukonjunktur, die schon in der zweiten Jahreshälfte 2022 eingesetzt hatte, hält 2023 und 2024 an (**Bau-**

investitionen -0,8% bzw. -1,4%). Sie betrifft im Besonderen den Wohnbau: durch die hohe Teuerung stagnieren 2023 die real verfüg-

baren Haushaltseinkommen, während die verschärften Kreditvergaberegeln und die gestiegenen Kreditzinssätze die Finanzierung von Wohnraum über den gesamten Prognosezeitraum deutlich erschweren. Beides dämpft die Wohnbaunachfrage (Baumgartner et al., 2023). Für die zweite Hälfte der Prognoseperiode erwartet das WIFO eine leichte Erholung (Ø 2025/2027 +1½% p. a.).

Sie wird zum einen von der allgemeinen Konjunkturbelebung und zum anderen von Nachholeffekten durch die schwache Investitionstätigkeit in den Vorjahren getragen. Im privaten Bereich handelt es sich bei Investitionen in die Energiewende größtenteils um Bauinvestitionen. Entsprechende Ausgaben dürften die Baunachfrage etwas stabilisieren.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben										
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,9	+ 0,2	+ 2,0	+ 3,6	+ 4,1	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0
Staat	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,0	+ 7,8	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,5	+ 8,7	- 0,9	+ 0,0	+ 1,0	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,7
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,9	+ 2,3	+ 2,5	+ 11,3	- 0,8	+ 0,8	+ 3,2	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,1
Bauten	+ 1,1	+ 2,1	+ 0,4	+ 5,8	- 1,0	- 0,8	- 1,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,3
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 6,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9
Exporte	+ 4,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 9,6	+ 11,1	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,9
Importe	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,0	+ 13,7	+ 5,7	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Auf die Stagnation der Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 (BIP real +0,3%) folgt eine Konjunkturerholung (2025 +2,1%). In den Folgejahren lässt das Wachstum im Einklang mit der internationalen Entwicklung etwas nach (2027 +1,7%).

Auf Grundlage der dargestellten Entwicklung der Nachfragekomponenten wird für die Gesamtwirtschaft **2023** mit einer **Stagnation des realen BIP** gerechnet (+0,3%). In den Folgejahren beschleunigt sich das **Wirtschaftswachstum** zunächst auf **2,1% (2025)** und verlangsamt sich dann im Einklang mit der internationalen Konjunktur bis **zum Ende des Prognosezeitraumes** auf **1,7%**.

Wegen der unterstellten günstigeren Entwicklung der europäischen Energiepreise erwartet das WIFO nunmehr ein um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte p. a. höheres BIP-Wachstum als in seiner letzten mittelfristigen Prognose vom Oktober 2022.

3.2 Trendoutput und Outputlücke

Ein Indikator für die gesamtwirtschaftliche Auslastung und die Konjunkturlage einer Volkswirtschaft ist die Outputlücke als relative Abweichung des realen BIP vom geschätzten Produktionspotenzial (Trendoutput). Bei stabiler Inflation und Vollbeschäftigung entspricht das Wachstum des Produktionspotenzials dem mittelfristigen Wachstumstrend. Das reale BIP kann konjunktur- oder krisenbedingt vom Trendwachstum ab-

weichen, sollte sich diesem aber mittelfristig annähern.

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der konjunkturelle Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014)⁷⁾. Die Methode der Europäischen Kommission basiert auf Schätzungen einer strukturellen Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU) und des Wachstums der Gesamtfaktorproduktivität (TFP). Die NAWRU-Schätzung beruht auf einer Reihe von konjunkturellen, strukturellen und institutionellen Bestimmungsfaktoren der Lohn- und Preissetzung (Hristov et al., 2017). Das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität (TFP) entspricht jenem Beitrag zum Trendwachstum, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach konjunktureller Bereinigung nicht erklärt werden kann. Aufgrund der COVID-19-Pandemie kam es zu einem deutlichen Anstieg der Kurzarbeit als Maßnahme zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Arbeitseinkommen (Huemer et al., 2021). Dies führte zu einer starken Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit und damit des Arbeitsvolumens. Die aktuelle Methode der Europäischen Kommission berücksichtigt

Die Outputlücke ist ein Indikator der gesamtwirtschaftlichen Auslastung und der Konjunkturlage.

⁷⁾ Die Outputlücke ist ein wichtiger Indikator für die Geld- und Fiskalpolitik. Eine positive Outputlücke weist auf eine überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung und einen Anstieg der Preise hin. Ein Vergleich mit der Veränderung des primären Haushaltssaldos zeigt, ob die Fiskalpolitik pro- oder antizyklisch ausgerichtet ist. Der aktuelle institutionelle Rahmen der EU sieht die

Einbeziehung der Outputlücke in die Haushaltsplanung vor. Die Rolle der Outputlücke in der konjunkturellen Bereinigung der Finanzierungssalden wird im Rahmen der European Governance Review diskutiert, mit dem Ziel, sich auf einen gemeinsamen Zugang zur Bewertung der Budgetpfade zu einigen.

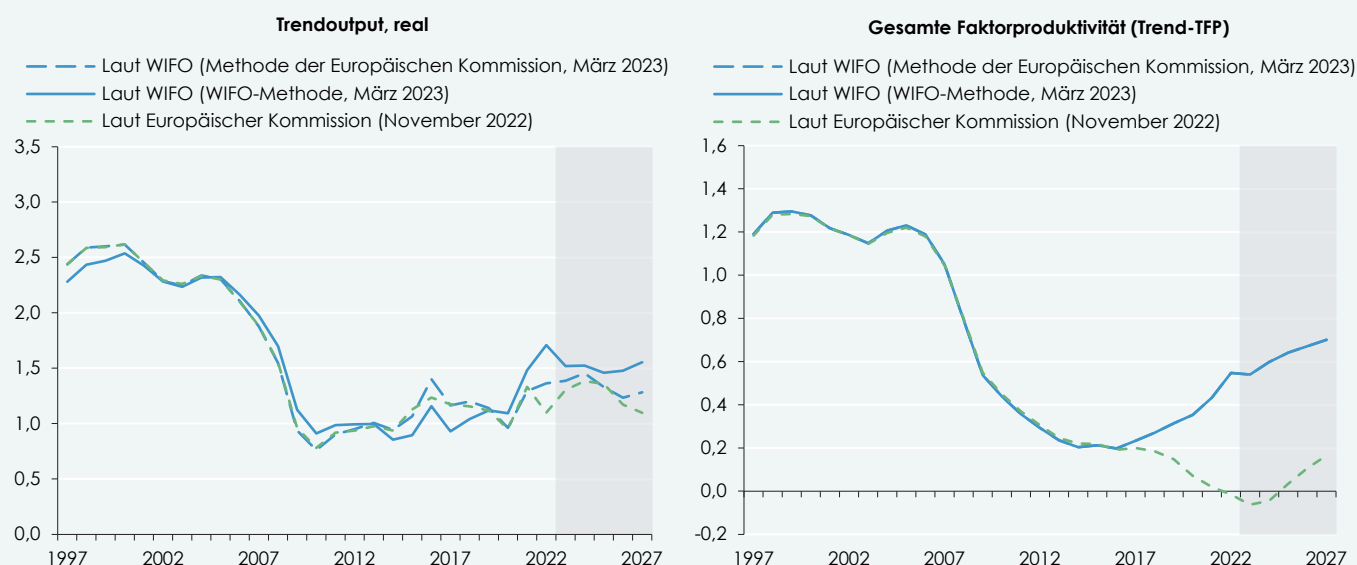
den Effekt der Kurzarbeit auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen durch die Verwendung eines Labour-Hoarding-Indikators. Ansonsten würde der durch die Kurzarbeit verursachte Rückgang des Arbeitsvolumens einen deutlichen Rückgang des geschätzten Produktionspotenzials bewirken, obwohl die Beschäftigten zu einem beträchtlichen Teil in den Unternehmen gehalten wurden und damit potenziell weiter für die Produktion zur Verfügung standen.

Die vorliegende WIFO-Schätzung des Trendoutputs nach der Methode der Europäischen Kommission (vgl. Planas & Rossi, 2020) basiert auf historischen Daten (bis 2022) und der kurzfristigen WIFO-Prognose für 2023/24 (Scheiblecker & Ederer, 2023). Gemäß der Methode der Europäischen Kommission (und

der Modellparametrisierung aus der Prognose der EU-Kommission vom Herbst 2022) schätzt das WIFO für die Jahre 2023 bis 2027 ein durchschnittliches Trendwachstum von 1,3% p. a. (Abbildung 3). Die Outputlücke ist 2023 gleich Null, d. h. das reale BIP entspricht dem Trendoutput. Ab 2024 wächst das BIP rascher als der Trendoutput, wodurch sich eine positive Outputlücke von ¼ Prozentpunkt ergibt, bevor sich die Lücke gemäß der technischen Annahme der Europäischen Kommission 2027 wieder schließt. Gegenüber der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Oktober 2022 (Baumgartner et al., 2022) wurde das Wachstum des Trendoutputs um 0,2 Prozentpunkte nach oben revidiert. Dies ist auf den stärkeren Rückgang der Arbeitslosenquote zurückzuführen.

Abbildung 3: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2023, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2022. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2023 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Europäische Kommission schätzte in ihrer Prognose vom November 2022 das mittelfristige Trendwachstum in Österreich ebenfalls auf 1,3% p. a. (Ø 2023/2027; Europäische Kommission, 2022). Die beiden Schätzungen unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der Wachstumsbeiträge von Arbeit, Kapital und Produktivität (Übersicht 4).

Die aktuelle WIFO-Schätzung nach der Methode der Europäischen Kommission geht von einem nahezu stagnierenden Beitrag der geleisteten Arbeitsstunden zum Trendwachstum aus und setzt diesen um 0,5 Prozentpunkte p. a. niedriger an, obwohl sie zugleich eine geringere Arbeitslosenquote unterstellt (NAWRU laut Schätzung der Europäischen Kommission Ø 2023/2027 5,0%, laut

WIFO 4,8%). Der anhaltende Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung dämpft das Wachstum des Arbeitsvolumens, wodurch der Beitrag des Faktors Arbeit zum Trendoutput gering bleibt. Die Europäische Kommission erwartet hingegen, dass sich der langfristige Trend zu kürzeren durchschnittlichen Arbeitszeiten in den kommenden Jahren deutlich abschwächt.

Mit einem Beitrag von 0,5 Prozentpunkten p. a. ist die Kapitalakkumulation in beiden Schätzungen eine wichtige Triebkraft des Trendwachstums. Die Schätzung des Kapitalstocks basiert auf der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen in Bau- und andere Investitionsgüter abzüglich der Abschreibungen. Der Beitrag der Gesamtfaktorproduktivität

Das WIFO erwartet für den Prognosezeitraum ein Trendwachstum von 1,5% pro Jahr (laut WIFO-Methode). Die Outputlücke bleibt mittelfristig positiv und nimmt zu (2027: 1,4%), da das erwartete reale BIP-Wachstum bis zum Ende des Prognosehorizonts über dem Trendwachstum liegt.

zum Potenzialwachstum ist eine Restgröße, die um konjunkturelle Schwankungen in der Kapazitätsauslastung bereinigt wird. In der aktuellen WIFO-Schätzung ist der Beitrag der

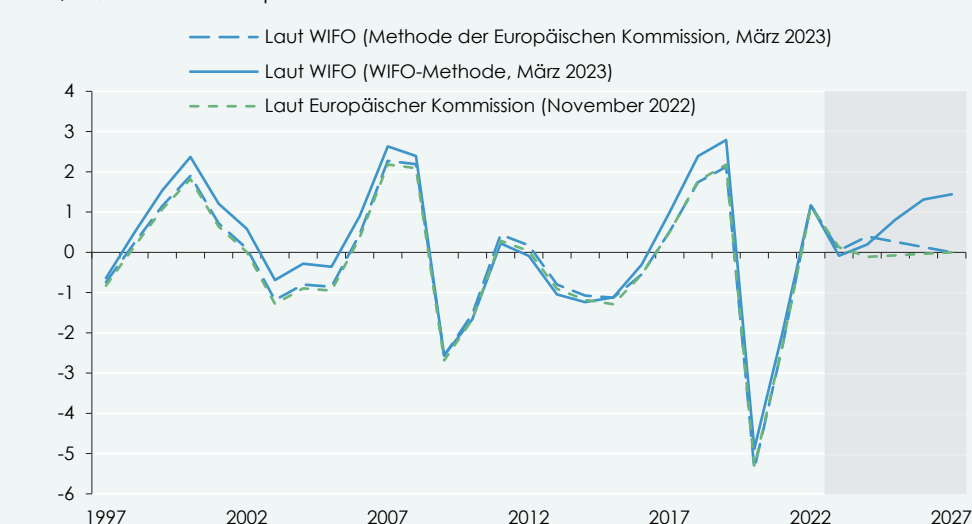
TFP um 0,6 Prozentpunkte p. a. höher als in der Schätzung der Europäischen Kommission, die für 2023/2027 von einer Stagnation ausgeht.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Methode der Europäischen Kommission¹⁾											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,0	- 0,5	+ 0,2	- 2,3	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0
WIFO-Methode²⁾											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	- 2,0	+ 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,4
Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2022)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 4,6	+ 4,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,5	- 0,0	- 2,3	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2023, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2022. – ²⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2023 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 4: Outputlücke
Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2023, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2022. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2023 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt eine Schließung der Outputlücke von $-2,3\%$ (2021) bis zum Ende des Prognosezeitraumes (Abbildung 4). In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO eine Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung **gemäß WIFO-Methode** ergibt ein etwas kräftigeres **durchschnittliches Trendwachstum von $1,5\%$ p. a.** Da das prognostizierte BIP-Wachstum über die gesamte Prognoseperiode über dem Trendwachstum liegt, vergrößert sich die **Outputlücke bis 2027 auf $1,4\%$ des Trendoutputs.**

3.3 Arbeitsmarkt

Das schwache BIP-Wachstum von $0,3\%$ im Jahr 2023 geht mit einem Anstieg der unselbstständigen **Beschäftigung** um lediglich $0,8\%$ einher. Im Zuge der Konjunkturerholung verstärkt sich der Zuwachs bis 2025 auf $1\frac{1}{4}\%$ und schwächt sich zum Ende der Prognoseperiode auf $0,9\%$ ab.

Das Arbeitskräfteangebot wird aus demografischen Gründen spürbar schwächer wachsen als im letzten Jahrzehnt. Da die geburtenstarken Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und jüngere Kohorten schwächer besetzt sind, wird der Abfluss aus Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath & Hyll et al., 2022). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung verschärft sich im Prognosezeitraum auch der qualitative Mismatch: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (z. B. Lehrabschluss und betriebliche Weiterbildung) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden jungen Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse (AHS, BHS, Fachhochschule, Universität). Insbesondere im Handwerk dürfte es damit immer schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu gewinnen (Horvath & Huber et al., 2022). Sollte der seit rund 15 Jahren beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen anhalten, würde dies das Arbeitsangebot zusätzlich verknappen (Statistik Austria, 2022).

Trotz des Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung ab dem Jahr 2025 wird das **Arbeitskräfteangebot** zwar schwächer, aber weiter wachsen (2023/2027 $+0,8\%$ p. a. bzw. $+33.100$ Personen). Neben einer weiteren

Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (u. a. durch die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024 und ein höheres Qualifikationsniveau Älterer; Horvath & Hyll et al., 2022) unterstellt die Prognose einen Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes, u. a. durch Einpendler:innen aus dem Ausland. Zudem dürfte die Integration der Vertriebenen aus der Ukraine in den österreichischen Arbeitsmarkt voranschreiten. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen noch zunehmen bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2027 auf gut 27% ansteigen (2021: $22,5\%$).

Die **Arbeitslosenquote** laut AMS sinkt nach dem COVID-19-bedingten Anstieg (2020: $9,9\%$) bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf $5,2\%$. Das Vorkrisenniveau von $7,4\%$ wurde bereits 2022 ($6,3\%$) unterschritten.

3.4 Inflation und Löhne

Nach einem Anstieg der Verbraucherpreise (gemäß VPI) um $8,6\%$ im Jahr 2022 erwartet das WIFO für **2023** abermals einen kräftigen Preisauftrieb von **$7,1\%$** . Die Triebkräfte der Inflation verschieben sich jedoch gegenüber dem Vorjahr: trugen 2022 noch die Energiepreise am stärksten zur Teuerung bei⁸⁾, so sind ab 2023 vor allem die in der Kerninflation erfassten Bereiche, im Besonderen die Dienstleistungen, für den Preisauftrieb verantwortlich. Nach **$3,8\%$ im Jahr 2024** schwächt sich die Inflation bis zum **Ende des Prognosezeitraums** auf **$2\frac{1}{4}\%$** ab, liegt damit jedoch auch mittelfristig über dem Inflationsziel der EZB von 2% .

Nach den empfindlichen Preisanstiegen 2021 und vor allem 2022 sind die Börsennotierungen für Rohöl, Erdgas und Strom im europäischen Großhandel ab September 2022 deutlich zurückgegangen. Auf dieser Grundlage und auf Basis der Futures werden die Preise von Haushaltsenergie 2023 und 2024 die Inflation dämpfen. Die **Strompreisbremse** (laut Stromkostenzuschussgesetz), die im Dezember 2022 in Kraft getreten ist, verringert die Inflationsrate 2023 um rund 1 Prozentpunkt. Mit ihrem Auslaufen ab Juli 2024 tragen die Strompreise in der zweiten Jahreshälfte 2024 und im 1. Halbjahr 2025 dann wieder stärker zur Teuerung bei.

Der lebhafteste Preisauftrieb bei Vorprodukten, Transport- und Energiekosten im Jahr 2022 wirkt im Folgejahr in Form höherer Konsumgüterpreise nach (Überwälzungseffekt). Die Entspannung in den Lieferketten und der Preisrückgang bei industriellen Rohstoffen dämpfen jedoch im Laufe des Jahres 2023 die Inflationsdynamik.

Die Arbeitslosenquote unterschritt mit $6,3\%$ bereits 2022 das Niveau vor der COVID-19-Krise und dürfte aufgrund der angespannten Arbeitsangebotssituation bis 2027 weiter auf $5\frac{1}{4}\%$ sinken.

Die Inflation schwächt sich im Prognosezeitraum zwar deutlich ab (von 7% auf $2\frac{1}{4}\%$), bleibt jedoch mittelfristig über dem 2% -Ziel der EZB.

⁸⁾ 2022 trug der Bereich Energie $2,8$ Prozentpunkte zur Inflationsrate (laut VPI) bei. Sein Anteil an der Gesamt-

inflation lag damit bei 33% – bei einem Gewicht im Warenkorb von lediglich $7,2\%$.

Die kräftige Teuerung im Jahr 2022 spiegelt sich auch in den Lohnabschlüssen für 2023: Für die Bruttonominallöhne pro Kopf wird ein Zuwachs von 8,1% erwartet. In arbeitsintensiven Bereichen wie dem **Dienstleistungs**sektor werden die deutlich höheren Arbeitskosten verstärkt auf die Verbraucherpreise überwälzt. In diesen Branchen sind die Gewinnmargen im Allgemeinen niedrig; wegen der praktisch vollständigen Abdeckung durch Kollektivverträge sind zudem alle Anbieter in einer Branche in ähnlichem Ausmaß von Lohnsteigerungen betroffen. Der Nominallohnanstieg von voraussichtlich 7,7% im Jahr 2024 wird Dienstleistungen daher abermals verteuern. Bei **Konsumgütern und Dienstleistungen**, die knapp drei Viertel des VPI-Warenkorbs ausmachen, liegt der Preisauftrieb (Kerninflation) auch gegen Ende der Prognoseperiode noch über 2% p. a. Daher rechnet das WIFO auch noch für die Jahre 2025 bis 2027 mit einer Gesamtinflation von 2½% p. a.

Wegen der hohen Inflation im Vorjahr legen die **Bruttoreallöhne pro Kopf 2024 um knapp 3,8% zu**. Für die Folgejahre wird ein **Reallohnzuwachs von durchschnittlich 1¼% p. a. erwartet (Ø 2010/2019 +0,2% p. a.)**.

In Österreich liegt den Tarifverhandlungen üblicherweise die Inflationsrate der letzten 12 Monate zugrunde. Daher wird für die kommenden Jahre ein deutlicher Zuwachs der **Bruttoreallöhne pro Kopf** erwartet. Nach 0,9% 2023 wird für 2024 ein Reallohnanstieg von 3,8% prognostiziert, der den Reallohnverlust des Jahres 2022 in etwa ausgleichen wird. Der anhaltende bzw. weiter zunehmende Fachkräftemangel stärkt die Position der Arbeitnehmer:innen in den Lohnverhandlungen. Für die Jahre 2025 bis 2027 erwartet das WIFO aufgrund des rückläufigen Inflationstrends Reallohnzuwächse zwischen 1% und 1½% p. a. Im Vergleich zur Periode 2010/2019, also den Jahren nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und vor der COVID-19-Krise, ist das durchschnittliche Reallohnwachstum 2025/2027 damit um 1 Prozentpunkt höher. Folglich steigen auch die Lohnstückkosten markant (2023 +8,6%, 2024 +7,1%). In den Jahren 2025 bis 2027 liegt der Anstieg zwischen 2½% und 3½% p. a. (Ø 2010/2019 +1,7% p. a.). Der Reallohnzuwachs (pro Kopf, 2023/2027 +1¼% p. a.) ist daher über den gesamten Prognosezeitraum kräftiger als der Zuwachs der Produktivität (+¾% p. a.).

3.5 Öffentlicher Sektor

Die nur kurze Abschwächung und die nachfolgende Erholung des Wirtschaftswachstums prägen in Kombination mit dem starken Preisauftrieb den Budgetpfad 2023/2027. Zum einen führt das kräftige nominelle Wachstum, trotz der Entlastungsmaßnahmen im Rahmen der ökosozialen Steuerreform und der Abschaffung der kalten Progression ab 2023, zu einem robusten Anstieg der Staatseinnahmen. Zum anderen schlägt sich die lebhaftere Inflation auch in höheren Ausgaben nieder, zunächst kurzfristig durch umfangreiche diskretionäre Maßnahmen zur Abfederung des Kaufkraftverlustes, während

Das **gesamstaatliche Defizit liegt 2023 bei 1,8% des BIP und sinkt bis 2025 auf 0,4%. Bis 2027 wird ein Anstieg der jährlichen Neuverschuldung bis auf 0,8% des BIP erwartet**.

längerfristig insbesondere die steigenden Kosten für Arbeitnehmerentgelte, monetäre Sozialleistungen und den Zinsdienst das Budget belasten.

Durch das Auslaufen zahlreicher COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen ergibt sich kurzfristig – trotz erheblicher **Mehrausgaben** für die Aufstockung des Klimabonus, den Teuerungsausgleich und den Energiekostenzuschuss – ein merklicher Rückgang des Defizits, wobei die zeitliche Zuordnung der Hilfsmaßnahmen den Defizitpfad deutlich beeinflusst.

Einerseits sind mehrere der umfangreichen diskretionären Maßnahmen, wie die Strompreisbremse oder der Energiekostenzuschuss, zeitlich befristet (bis Juli 2024). Andererseits sind die Kosten der Maßnahmen wesentlich von der Entwicklung der Energiepreise abhängig. Ausgehend von der Entspannung auf den Energiemärkten wird für die Strompreisbremse ein Volumen von 3,8 Mrd. € und für den Energiekostenzuschuss 1 und 2 ein Gesamtvolumen von 4,8 Mrd. € berücksichtigt. Dem stehen 2 Mrd. € an Einnahmen aus dem neu eingeführten **Energiekrisenbeitrag** gegenüber. Diese energiepreisabhängigen Mehrausgaben bzw. -einnahmen stellen insbesondere 2023 ein deutliches Prognoserisiko dar, fallen aber ab 2024 größtenteils weg.

Entlastend auf die öffentlichen Haushalte wirkt sich die verbesserte Arbeitsmarktlage aus. Sie dämpft die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung und führt zu robusten Einnahmen aus arbeitsbezogenen Abgaben.

Zusätzlich erzeugen die Indexierung der Sozialleistungen und der Ausgleich der kalten Progression einen kräftigen fiskalischen Impuls, der die Konsumnachfrage der privaten Haushalte und somit die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer stützt. Die Körperschaftsteuer wird stufenweise gesenkt. Damit bleibt die Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet. Insgesamt steigen somit die **Steuereinnahmen** langsamer als das nominelle BIP, was zu einem Rückgang der Staatseinnahmenquote von 49,8% (2022) auf 48,1% (2027) führt.

Die hohe Inflationsrate, die über den gesamten Prognosezeitraum über dem 2%-Ziel der EZB verharrt, schlägt sich in einer höheren Ausgabendynamik bei Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor sowie bei den an die Teuerung gekoppelten Pensionen nieder.

Die in den letzten Jahren beobachtbare Entlastung der öffentlichen Haushalte durch geringere **Zinsausgaben** war dem Niedrigzinsumfeld geschuldet und setzt sich nicht fort. Ausgehend vom niedrigen Niveau im Jahr 2022 dürften die jährlichen Zinszahlungen bis 2027 auf knapp 10 Mrd. € steigen und sich somit mehr als verdoppeln. Unter diesen

Voraussetzungen sinkt die Staatsausgabenquote nur moderat von 52,3% (2022) auf 49,0% des BIP (2027).

Nachdem in den Jahren 2020 und 2021 krisenbedingt außerordentlich hohe **Budgetdefizite** verzeichnet wurden, ist kurzfristig eine spürbare Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos zu erwarten. Mittelfristig ergibt sich aufgrund der inflationsbedingt steigenden Ausgaben für Löhne, Gehälter sowie Pensionen und des erhöhten Zinsendienstes keine weitere wesentliche

Verbesserung. Da die im Zuge der Energiekrise gesetzten diskretionären Maßnahmen wegfallen, verbessert sich der Budgetsaldo bis 2024 auf -0,4% des BIP. In den Folgejahren steigt die Neuverschuldung wieder langsam an (2027 -0,8% des BIP).

Die **Staatsschuld** steigt im Prognosezeitraum um rund 20 Mrd. € (+1,1% p. a.). Durch das deutlich stärkere Wachstum des nominellen BIP (+5,5% p. a.) verringert sich die Staatschuldenquote im Zeitraum 2023/2027 um 14,8 Prozentpunkte auf 63,3%.

4. Prognoserisiken

Die vorliegende Prognose sieht sich mit mehreren Abwärtsrisiken konfrontiert. Eine erneute Verschärfung von Lieferengpässen und starke Preisanstiege bei Energie, Getreide und Rohstoffen würden die künftige Wirtschaftsentwicklung deutlich dämpfen. Dies gilt auch für das Auftreten neuer, gefährlicherer Varianten des SARS-CoV-2-Virus, das nicht vollständig ausgeschlossen werden kann.

Die größten Abwärtsrisiken birgt der **Ukraine-Krieg**. Eine weitere Eskalation könnte u. a. eine stärkere Fluchtbewegung, Liefer einschränkungen bei Erdgas und eine Ausweitung der EU-Sanktionen auf russische Rohstoffe auslösen. Im Falle eines Erdgaslieferstopps bzw. eines Embargos könnte neben der Slowakei und Ungarn auch die österreichische Wirtschaft in eine Mangellage schlittern, da der Anteil russischen Gases nach wie vor sehr hoch ist. In einem Binnenland wie Österreich, das auf die Lieferung über Pipelines angewiesen ist, lassen sich entfallene Liefermengen schwieriger aus alternativen Quellen ersetzen als in anderen EU-Ländern. Auch eine Kompensation durch andere Energieträger gestaltet sich hierzu lande schwieriger, da der in Gaskraftwerken erzeugte Strom weder durch Kohle- noch durch Atomkraftwerke ersetzt werden kann. Ein Ausfall der Gaslieferungen aus Russland würde die heimische Industrie (Rohstoffinput und Prozesswärme) und die Stromerzeugung stark belasten. Gleichzeitig würde die Inflation höher ausfallen als in der Prognose unterstellt.

Mit einer weiteren Ausweitung bzw. Eskalation des Krieges würde die Zahl der Ukraine-Vertriebenen zunehmen. Eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU könnte auch andere **Migrationsströme** nach Europa wieder verstärken. Dies birgt neben Herausforderungen auch Chancen für eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebots.

Derzeit sind die Inflationserwartungen im Euro-Raum noch nahe des EZB-Inflationsziels von 2% verankert. Eine anhaltend hohe Teuerung und ein Vertrauensverlust in die EZB

bergen mittelfristig jedoch die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Profit- bzw. Lohn-Preis-Spirale. Dies würde eine **restriktivere Geldpolitik der EZB** nach sich ziehen und die Konjunkturaussichten trüben.

Eine Ausweitung der derzeit regional begrenzten **Bankenkrise** – bisher sind in den USA die Silicon Valley Bank, die New York Signature Bank sowie die First Republic Bank und in der Schweiz die Credit Suisse betroffen – könnte auch die Realwirtschaft beeinträchtigen. Bislang konnten die Krisenherde durch staatliche Stützungsmaßnahmen eingedämmt werden. Dennoch erzeugt der scharfe Anstieg der Zinssätze Kursverluste im Anleiheportfolio der Kreditinstitute und erhöht für private Haushalte und Unternehmen die Opportunitätskosten ungebundener Einlagen. In Kombination könnten diese beiden Effekte die Kreditvergabe oder sogar das Vertrauen in das Kreditssystem verringern. Nach der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 wurden zwar die Sicherungserfordernisse erhöht, andererseits hat die Übernahme angeschlagener Institute durch Großbanken die Konzentration im globalen Finanzsystem weiter verstärkt. Dadurch haben sich "to-big-to-fail-" und die damit verbundenen "moral hazard"-Risiken eher vergrößert als reduziert.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den USA, China und der EU hätte aufgrund der stark verzahnten Wertschöpfungsketten negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft. Andererseits könnte sie auch eine Rückverlagerung der Produktion nach Europa (Österreich) auslösen, die die Resilienz der europäischen Wirtschaft stärkt und die Krisenanfälligkeit verringert.

Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte neben geostrategischen und sicherheitspolitischen auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Industrieländer. Taiwan ist der Hauptproduzent von Highend-Computer-Chips. Daneben würde auch der Handel mit China deutlich schrumpfen. Die Versorgung der Industrieländer mit Rohstoffen und Vorprodukten wäre stark eingeschränkt,

Der Ukraine-Krieg birgt für die Prognose die bedeutendsten Abwärtsrisiken.

worunter insbesondere die globale Industrieproduktion leiden würde.

Ein **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung wären in diesem Fall schwächer und das Abgabenaufkommen

geringer, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen würden als angenommen.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose keine Hypothesen zu zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen formuliert, etwa in den Bereichen Pflege, Pensionen, Bildung, Finanzausgleich oder Klimaschutz.

5. Literaturhinweise

- Austria Energieagentur – AEA (2022). *Strategische Handlungsoptionen für eine österreichische Gasversorgung ohne Importe aus Russland*. https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:13567ab2-19e1-4a76-9794-b8fd3c9533c2/Unabhaengigkeit-von-Gas-aus-Russland_Analyse_AEA_26-04-2022_final.pdf.
- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86), (5).
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., & Loretz, S. (2022). Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten. Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027. *WIFO-Monatsberichte*, 95(10), 643-661. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69919>.
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., & Bilek-Steindl, S. (2023). Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen". *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 45-62. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70616>.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2022). European Economic Forecast. Autumn 2022. *European Economy, Institutional Papers*, (187).
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2022). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2021 bis 2028*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70720>.
- Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69701>.
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., & Rossi, A. (2017). NAWRU estimation using structural labour market indicators. *European Economy, Discussion Papers*, (69).
- Huemer, U., Kogler, M., & Mahringer, H. (2021). *Kurzarbeit als Kriseninstrument in der COVID-19-Pandemie. Kurzexpertise zum Vergleich der Modelle ausgewählter europäischer Länder*. WIFO. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/67020>.
- Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Planas, C., & Rossi, A. (2020). Program GAP. Technical Description and User Manual. *JRC Scientific Information Systems and Databases Report*, (JRC121236), Europäische Kommission.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2023). Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023. Prognose für 2023 und 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 96(4), 219-232. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70744>.
- Statistik Austria (2022). Arbeitszeit und Arbeitsvolumen. Zeitreihen von 2004 bis 2021. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/2_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeitreihen_bis2021 ods.
- Zachmann, G., Sgaravatti, G., & McWilliams, B. (2023). European natural gas imports. Breugel Data Set <https://www.bruegel.org/sites/default/files/2023-04/Gas%20tracker%20update%2019.04.23.zip> (abgerufen am 19. 4. 2023).

Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur

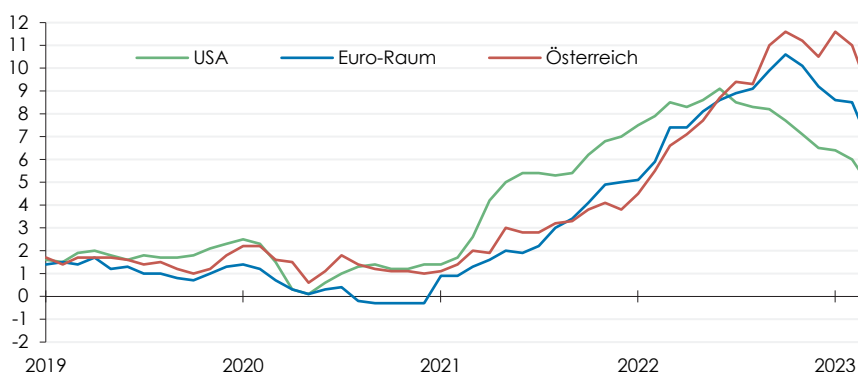
Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller

- Während die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in den meisten Ländern nachgelassen haben, prägten 2022 geopolitische Veränderungen und die Energiekrise die Weltwirtschaft.
- Durch den Anstieg der Energiepreise erreichte die Inflation vielerorts den höchsten Stand seit mehreren Jahrzehnten. Dies führte zu einer raschen Straffung der Geldpolitik.
- In Österreich stieg die Inflation im Herbst 2022 auf einen Spitzenwert von 11%.
- Die hohen Preissteigerungen belasteten die heimische Wirtschaft, wobei das BIP im 1. Halbjahr 2022 noch kräftig expandierte. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage ließen jedoch im weiteren Jahresverlauf nach.
- Die Entwicklung der Löhne und Gehälter war durch erhebliche Reallohnverluste geprägt.
- Die österreichische Bundesregierung setzte umfangreiche Entlastungsmaßnahmen, welche zum Teil bereits 2022 wirksam wurden. Dazu zählen die temporäre Energieabgabensenkung, der Energiekostenausgleich und der Anti-Teuerungsbonus.

Inflation im internationalen Vergleich

Verbraucherpreisindizes, Veränderung gegen das Vorjahr in %



"Die USA und Europa befanden sich 2022 in unterschiedlichen Stadien des Inflationszyklus. Während in den USA die Kerninflation die hauptsächliche Triebkraft der Teuerung war und die Gesamtinflation bereits ab Juli 2022 sank, waren im Euro-Raum die Energiepreise maßgeblich, und die Inflation ging erst im Laufe des IV. Quartals zurück."

Die moderate Inflation im Jahr 2019 verlangsamte sich 2020 aufgrund der Nachfrageschwäche infolge der COVID-19-Pandemie. Mit der Erholung von der Rezession setzte 2021 ein stärkerer Preisauftrieb ein, der durch die Energiekrise 2022 weiter beschleunigt wurde (Q: U.S. Bureau of Labor Statistics, Eurostat. Euro-Raum und Österreich: HVPI).

Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller

Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022

Geopolitische Veränderungen und die Energiekrise prägten 2022 die Entwicklung der Weltwirtschaft. Regional verlief die Konjunktur heterogen, wobei die steigende Unsicherheit und Angebotsverknappungen in vielen Ländern hohe Preissteigerungen zur Folge hatten. Österreichs Wirtschaft expandierte im 1. Halbjahr 2022 noch kräftig, im weiteren Jahresverlauf dämpfte jedoch die hohe Teuerung die Konsum- und Investitionsnachfrage. Die Verbraucherpreis-inflation stieg im Herbst 2022 auf einen Spitzenwert von 11%, was u. a. zu Reallohnverlusten der unselbständigen Beschäftigten führte. Die österreichische Bundesregierung setzte umfangreiche temporäre und permanente Entlastungsmaßnahmen, um die sozialen und ökonomischen Auswirkungen von Inflation und Energiekrise auf Unternehmen und private Haushalte abzufedern.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen Geld- und Finanzmärkte findet sich bei Url (2023, in diesem Heft). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2023 der WIFO-Monatsberichte.

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steinger@wifo.ac.at), Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 19. 4. 2022

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at), Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at), Christine Mayrhuber (christine.mayrhuber@wifo.ac.at), Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Geopolitical Tension, Energy Crisis and Inflation Shape Economic Activity. The Austrian Economy in 2022

Geopolitical changes and the energy crisis shaped the development of the global economy in 2022. Regionally, economic activity was heterogeneous, with rising uncertainty and supply shortages resulting in high price increases in many countries. Austria's economy continued to expand strongly in the first half of the year, but high inflation dampened consumer and investment demand as the year progressed. Consumer price inflation rose to a peak of 11 percent in the autumn of 2022, leading to, among other things, real wage losses for employees. The Austrian federal government implemented extensive temporary and permanent relief measures to cushion the social and economic impact of inflation and the energy crisis on companies and private households.

1. Weltkonjunktur 2022 im Zeichen geopolitischer Verwerfungen

Die Weltwirtschaft befand sich 2022 in einer volatilen Phase. Neben der ausklingenden COVID-19-Pandemie prägten geopolitische Veränderungen und die Energiekrise die Wirtschaftstätigkeit. Während die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in den meisten Ländern in der ersten Jahreshälfte 2022 nachließen, hielten sie in China auch im 2. Halbjahr an. Gleichzeitig erhöhten geopolitische Spannungen und der Krieg in der Ukraine die wirtschaftliche Unsicherheit, was sich insbesondere auf die Energiemärkte auswirkte. Darüber hinaus

machte sich der globale Klimawandel in Form von Hitzewellen und Dürren in Europa sowie in Zentral- und Südasien bemerkbar. Infolgedessen expandierte die Weltwirtschaft im Jahr 2022 nur schwach und die Dynamik nahm im Vergleich zum Vorjahr ab.

Unterjährig schwankte die weltweite Konjunktur deutlich – geprägt von länder- bzw. regionsspezifischen Entwicklungen. In den USA schrumpfte das BIP im I. und II. Quartal. Die Konjunkturabschwächung wird jedoch durch die rückläufige Entwicklung des Brut-

toinlandsproduktes im 1. Halbjahr 2022 erheblich überzeichnet. Zum einen legte die wirtschaftliche Aktivität im 2. Halbjahr bereits wieder deutlich zu, und zum anderen entwickelte sich der Arbeitsmarkt über das ganze Jahr hinweg günstig.

Die auf dem Verbraucherpreisindex basierende Inflation stieg in den USA im Frühjahr 2022 stark an und erreichte im Juni mit +9,1% gegenüber dem Vorjahresmonat einen Höchststand. Danach sank sie bis Dezember auf 6,5%, den niedrigsten Monatswert des Jahres 2022. Das von der Notenbank der USA bevorzugte Maß der Verbrau-

cherpreisinflation basiert auf dem Konsumdeflator (persönliche Konsumausgaben, Personal Consumption Expenditures – PCE), der im 2. Halbjahr ebenfalls zurückging. Die Federal Reserve Bank hatte bereits im Herbst 2021 durch die Beendigung des "Quantitative Easing" eine Straffung der Geldpolitik eingeleitet. Ab dem Frühjahr 2022 reagierte sie mittels kräftiger Leitzinserhöhungen auf die gestiegene Inflation. Im Zeitraum März bis Dezember 2022 wurde die Federal Funds Rate in sieben Schritten auf 4,25% bis 4,50% angehoben, wobei sich das Tempo der geldpolitischen Straffung gegen Jahresende etwas verlangsamte.

Getrieben von den Energiepreisen stieg die Inflation in vielen Ländern auf den höchsten Stand seit mehreren Jahrzehnten. Dies führte zu einer starken Straffung der Geldpolitik. Auch die Fiskalpolitik wirkte weniger expansiv.

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum der wichtigsten Handelspartner Österreichs

	Gewichte 2021 in %		2019 2020 2021 2022				
	Waren- exporte ¹⁾	BIP ²⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
EU 27	68,1	14,8	+ 1,8	- 5,6	+ 5,4	+ 3,5	
Euro-Raum	51,9	10,5	+ 1,6	- 6,1	+ 5,4	+ 3,5	
Deutschland	30,2	3,3	+ 1,1	- 3,7	+ 2,6	+ 1,8	
Italien	6,8	1,9	+ 0,5	- 9,0	+ 7,0	+ 3,7	
Frankreich	3,8	2,3	+ 1,8	- 7,8	+ 6,8	+ 2,6	
MOEL 5 ³⁾	15,3	2,2	+ 4,0	- 3,3	+ 6,0	+ 4,1	
Ungarn	3,7	0,2	+ 4,9	- 4,5	+ 7,1	+ 4,6	
Tschechien	3,6	0,3	+ 3,0	- 5,5	+ 3,6	+ 2,4	
Polen	4,0	1,0	+ 4,4	- 2,0	+ 6,8	+ 4,9	
USA	6,7	15,7	+ 2,3	- 2,8	+ 5,9	+ 2,1	
Schweiz	5,2	0,5	+ 1,1	- 2,4	+ 4,2	+ 2,1	
Vereinigtes Königreich	2,7	2,3	+ 1,6	- 11,0	+ 7,6	+ 4,0	
China	2,9	18,6	+ 6,0	+ 2,2	+ 8,4	+ 3,0	
Insgesamt							
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 3,4	- 2,2	+ 6,7	+ 2,9	
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 1,9	- 5,1	+ 5,6	+ 3,3	

Q: Eurostat, Macrobond, OECD, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Anteile an den österreichischen Warenexporten. – ²⁾ Anteile am weltweiten BIP, kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2021. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2021.

Die höheren nominellen Zinssätze dämpften zusammen mit rückläufigen Realeinkommen die Konsumnachfrage der privaten Haushalte sowie die Investitionsnachfrage der Unternehmen. Dies verhinderte eine stärkere Expansion der Gesamtwirtschaft im 2. Halbjahr 2022.

Während in den USA das Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf zunahm, verlangsamte es sich in den meisten europäischen Ländern. In den Mitgliedsländern der Europäischen Union war die Konjunktur in den ersten Monaten des Jahres 2022 noch kräftig. Dafür sind auch Basiseffekte verantwortlich, da viele Branchen Ende 2021 noch durch pandemiebedingte Einschränkungen beeinträchtigt waren. Dementsprechend verzeichneten im Frühjahr 2022 vor allem Dienstleistungsbereiche wie das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleistungen kräftige Werteschöpfungszuwächse. Der private Verbrauch wurde angesichts des Wegfalls von

Infektionsschutzmaßnahmen und der damit verbundenen Rückkehr von Konsummöglichkeiten spürbar ausgeweitet, obwohl die Realeinkommen wegen der hohen Inflation sanken. Im 2. Halbjahr ließ die Dynamik dann deutlich nach.

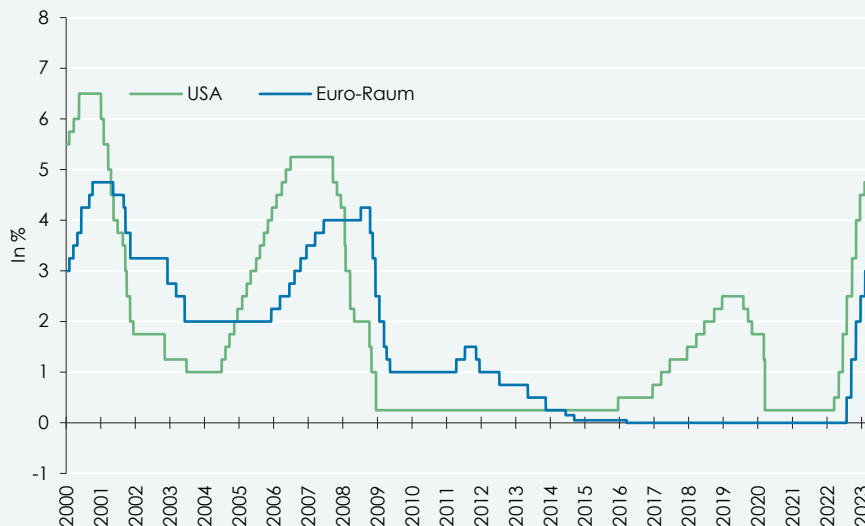
Die Arbeitsmärkte blieben in vielen EU-Ländern angespannt: Der Anteil der Unternehmen, die über einen Mangel an geeigneten Arbeitskräften als primäres Produktionshindernis berichteten, erreichte im Jahr 2022 unter Dienstleistern ebenso wie in der Industrie einen neuen Höchststand.

Die lebhaftere Inflation im Euro-Raum veranlasste die Europäische Zentralbank (EZB), ihre Nettokäufe von Wertpapieren im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) am 1. Juli 2022 zu beenden. Das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP)

war bereits im Frühjahr eingestellt worden. Wegen des deutlichen Preisauftriebs, der Aussichten, dass die Inflation für längere Zeit über dem Zielwert von 2% bleibt, und weiteren Preissteigerungsrisiken erhöhte die EZB die Leitzinsen im Juli zunächst um 50 Basis-

punkte. Weitere Zinsschritte folgten im September und Oktober (jeweils +75 Basispunkte) sowie im Dezember (+50 Basispunkte). Damit endete eine mehr als 10 Jahre dauernde Phase expansiver Geldpolitik.

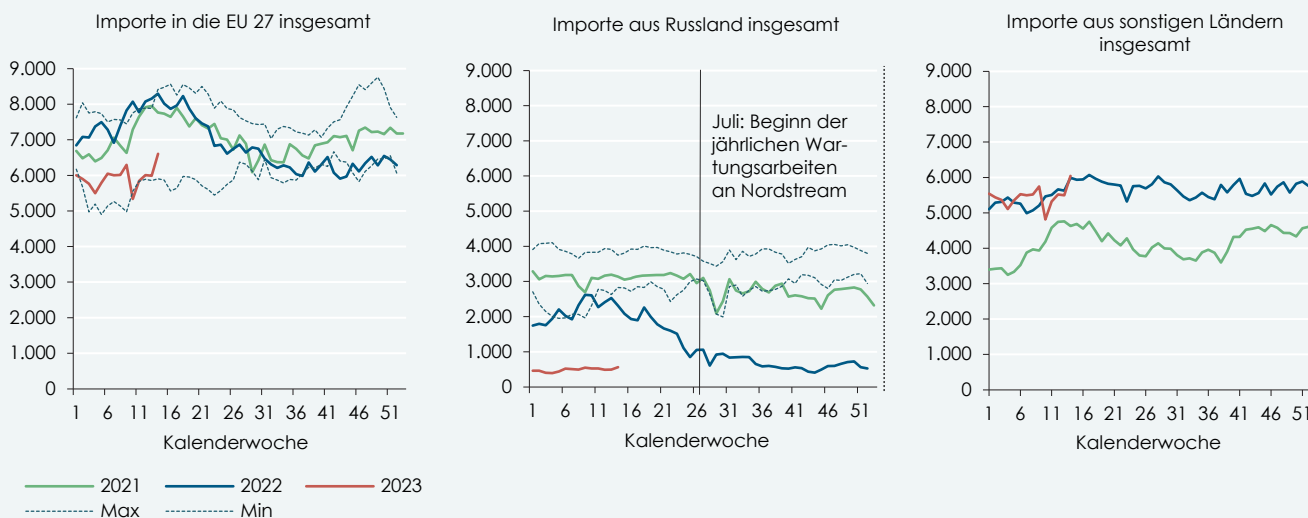
Abbildung 1: Entwicklung der Leitzinssätze in den USA und im Euro-Raum



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Bank of England.

Abbildung 2: Europäische Erdgasimporte

Mio. m³



Q: Bruegel, European Network of Transmission System Operators for Gas – ENTSOG-G (<https://transparency.entsog.eu>), WIFO-Darstellung. Minimum und Maximum: Zeitbereich 2015 bis 2020.

Im Gegensatz zu den Konjunkturverläufen in den USA und den Ländern der EU spiegelten sich in der unterjährigen Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft weiterhin die wiederholten Abriegelungs- und Öffnungsmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Zudem bremste der Immobiliensektor, der unter Preisrückgängen und einer

hohen Verschuldung litt, die gesamtwirtschaftliche Dynamik. Als Gegenreaktion wurden öffentliche Infrastrukturinvestitionen erhöht, um den Bausektor zu stabilisieren und die Konjunktur zu stützen. Außerdem beschloss die chinesische Regierung steuerliche Entlastungen sowie höhere Subventionen für bestimmte Branchen. Die Geldpolitik

wurde weiter gelockert und war 2022 damit tendenziell expansiv ausgerichtet.

Die Abschwächung der Weltkonjunktur im Jahr 2022 spiegelt sich auch in nachgebenden Notierungen von Erdöl, Industrierohstoffen und Nahrungsmitteln. Ein Sonderfall ist der Erdgaspreis: die Gasknappheit in der Europäischen Union und im Vereinigten Königreich – eine Folge der Drosselung der Liefermengen durch Russland ab dem Sommer 2021 – trieb die Großhandelspreise für Erdgas. Mit Ausbruch des Ukraine-Krieges Ende Februar 2022, der Stilllegung der Nord-Stream-I-Pipeline und einer wetterbedingten Minderproduktion in der europäischen Stromerzeugung¹⁾ stiegen die Gas- und die davon stark abhängigen Strompreise in Europa schließlich in nie dagewesene Höhen.

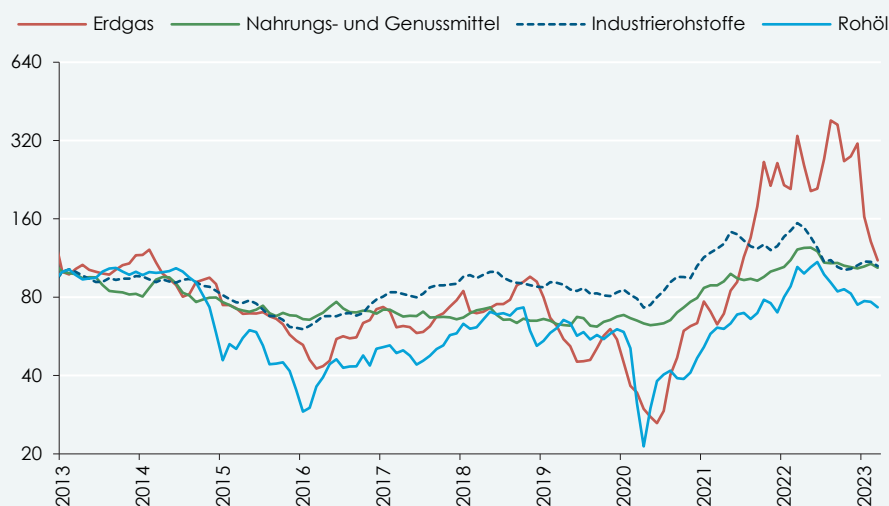
Wenngleich sie bis Jahresende 2022 wieder deutlich nachgaben²⁾, verstärkten die hohen Energiepreise den Produzenten- und Verbraucherpreisauftrieb, der bereits in der COVID-19-Pandemie eingesetzt hatte. Infolgedessen stiegen die Verbraucherpreise auf

breiter Front. Im 2. Halbjahr 2022 erreichten die Inflationsraten in vielen EU-Ländern ein Niveau, das sogar die Hochinflationsphasen der 1970er- und frühen 1980er-Jahre übertraf. Obwohl die Import- und Verbraucherpreise üblicherweise mit erheblicher Verzögerung auf die Großhandelspreise reagieren, haben die hohen Energiepreise bereits 2022 zu einem erheblichen Anstieg der Verbraucherpreis-inflation und einer Verschlechterung der Terms-of-Trade, der Handelsbilanz, und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU geführt.

Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel sind seit Ausbruch des Ukraine-Krieges ebenfalls kräftig angestiegen. Dies gilt insbesondere für Weizen und Sonnenblumenöl, da die Ukraine und Russland wichtige Exporteure dieser Güter sind. Die ukrainischen Getreideexporte blieben wegen der Blockade der Häfen zunächst stark eingeschränkt. Mit dem Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine haben seit Sommer 2022 die Ausfuhren wieder zugenommen und die Weltmarktpreise deutlich nachgegeben.

Abbildung 3: **Energie- und Rohstoffpreise**

Dollarbasis, Jänner 2013 = 100



Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Macrobond. Logarithmische Skalierung.

Der starke Anstieg der Verbraucherpreise im Euro-Raum ging mit einer enormen Ausweitung des Inflationsabstands zwischen den Euro-Ländern einher (Abbildung 4; Baum-

gartner et al., 2022). Im Vergleich zu anderen stark föderalistisch geprägten Wirtschaftsräumen, wie z. B. den USA und Kanada, war die Spreizung im Euro-Raum sehr

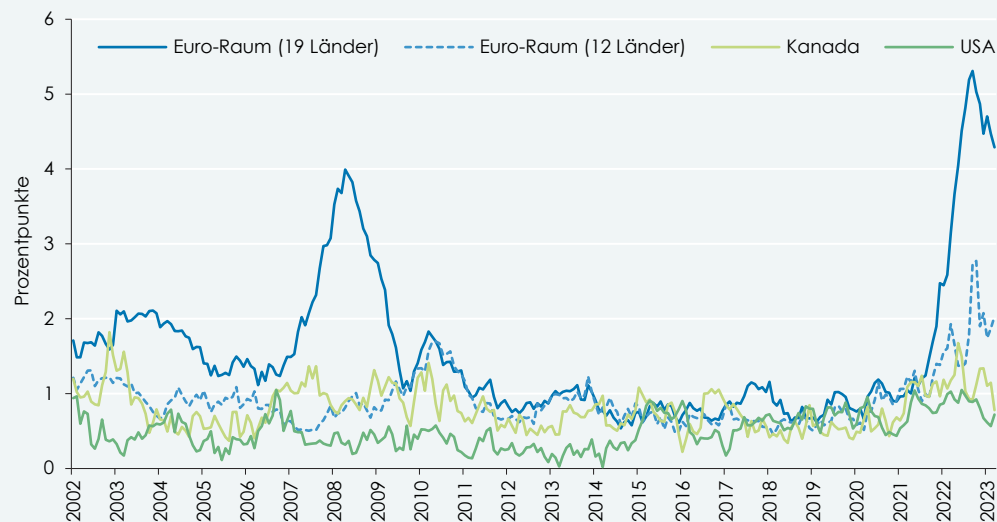
¹⁾ Ein sehr stabiles Hochdruckwetter über Nord-, West- und Mitteleuropa führte im Sommer 2022 zu einer geringeren Stromproduktion von Windkraftwerken, insbesondere in Offshore-Anlagen. Die niedrigen Wasserstände der Flüsse und höhere Wassertemperaturen belasteten zudem die Energiegewinnung in Wasser- und Kernkraftwerken. Die Ersatzproduktion durch Kohle- und Gaskraftwerke führte zu höheren Großhandelspreisen für Kohle und Erdgas. Letzteren gab die Stilllegung von Nord-Stream-I und damit eine weitere Verknappung des Angebots zusätzlichen Auftrieb.

²⁾ Zum Preisverfall trugen zum einen die vor dem Winter praktisch vollständig gefüllten europäischen Erdgasspeicher bei. Zum anderen war der Gasverbrauch durch überdurchschnittlich hohe Außentemperaturen im Herbst und Winter sowie durch Einsparungsmaßnahmen von privaten Haushalten und Industriebetrieben vergleichsweise gering. Zudem führte eine verstärkte Anlieferung von Flüssiggas (LNG) aus den USA zum Jahresende ob der vollen Lager kurzfristig zu einem Angebotsüberschuss.

viel ausgeprägter. Dies ist zum einen auf die unterschiedliche Struktur der VPI-Warenkörbe, der Bezugsquellen für Energie und vor allem des Policy-Mix zur Bekämpfung bzw. Abfederung der Teuerung zurückzuführen: In der EU – einer Gemeinschaft souveräner Länder – war der Maßnahmenmix deutlich

heterogener als in den USA und Kanada. Zudem zeigt ein Vergleich zwischen den 19 und 12 Euro-Ländern, dass die Inflationsspannen im Euro-Raum zum Großteil den sehr hohen Inflationsraten in den neuen Mitgliedsländern (insbesondere den baltischen Ländern) geschuldet sind (Abbildung 4).

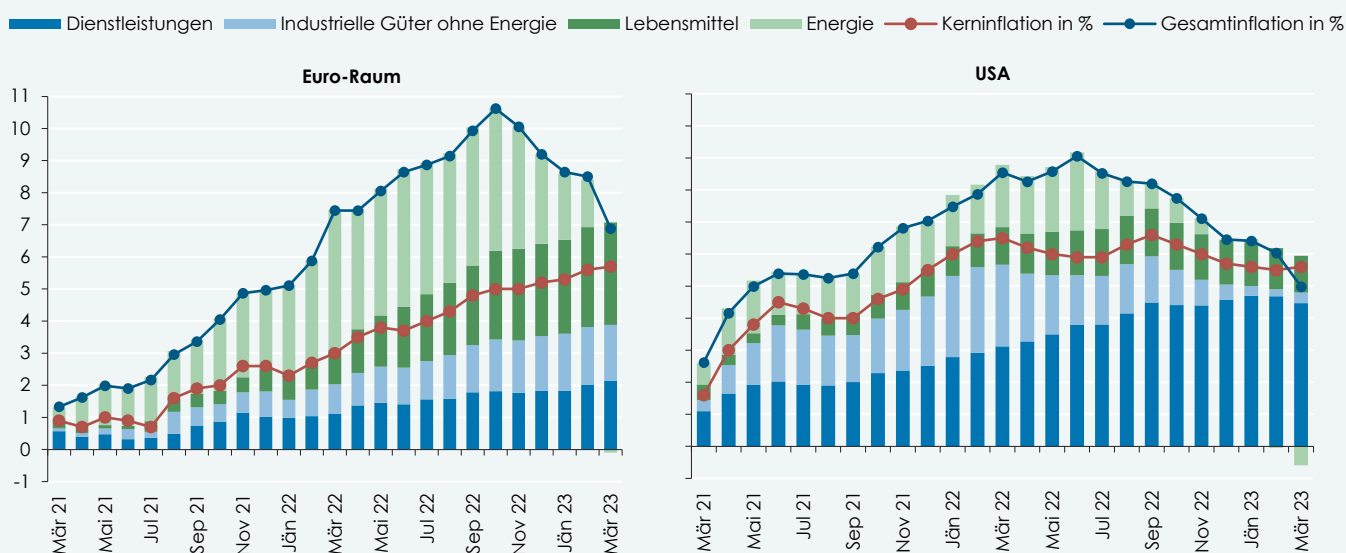
Abbildung 4: Internationaler Vergleich der Standardabweichungen für regionale Inflationsraten



Q: Eurostat, U.S. Bureau of Labor Statistics, Statistics Canada, Macrobond. Standardabweichung: Durchschnittliche Abweichung der regionalen Inflationsraten vom Mittelwert. Euro-Raum (12 Länder): Ungewichtete Standardabweichung der 12 Mitgliedsländer des Jahres 2002. Euro-Raum (19 Länder): Ungewichtete Standardabweichung der 19 Mitgliedsländer des Jahres 2015. USA: Bis 2019 Standardabweichung der 4 Regionen, danach der 9 Census Divisions. Kanada: Ungewichtete Standardabweichung der 13 Territorien.

Abbildung 5: Inflation im Euro-Raum und in den USA nach Komponenten

Beitrag zur Gesamtinflation in Prozentpunkten



Q: Eurostat, U.S. Bureau of Labor Statistics, Macrobond, WIFO-Berechnungen.

Vergleicht man die Inflationsentwicklung im Euro-Raum mit jener in den USA, so ist das Niveau der Gesamtinflation zwar ähnlich, die Ursachen der Teuerung sind aber sehr unterschiedlich. Im Euro-Raum war der Energiepreisschock (bei Erdöl, Erdgas und Strom) die initiale Hauptursache der Teuerung. Er schlug ab Mitte 2022 auch auf die Kerninflation durch. Die Kerninflation dürfte aber erst im Jahr 2023 ihren Höhepunkt erreichen, da dann auch die höheren Lohnabschlüsse und damit höheren Lohnstückkosten in allen Wirt-

schaftsbereichen, vor allem jedoch in arbeitsintensiven Dienstleistungen, auf die Konsumentenpreise überwältigt werden.

In den USA war die Gesamtinflation dagegen bereits 2021 hauptsächlich von der Kerninflation bestimmt, die die Energiepreise nicht berücksichtigt, und damit vorrangig von inländischen Entwicklungen geprägt. Allen voran trugen die Lohnanstiege und in einigen Sektoren auch die Ausweitung der Gewinnmargen maßgeblich zur Inflation bei.

2. Österreich: Hohe Preissteigerungen prägten auch die heimische Konjunktur

2.1 Robustes Wirtschaftswachstum im 1. Halbjahr 2022

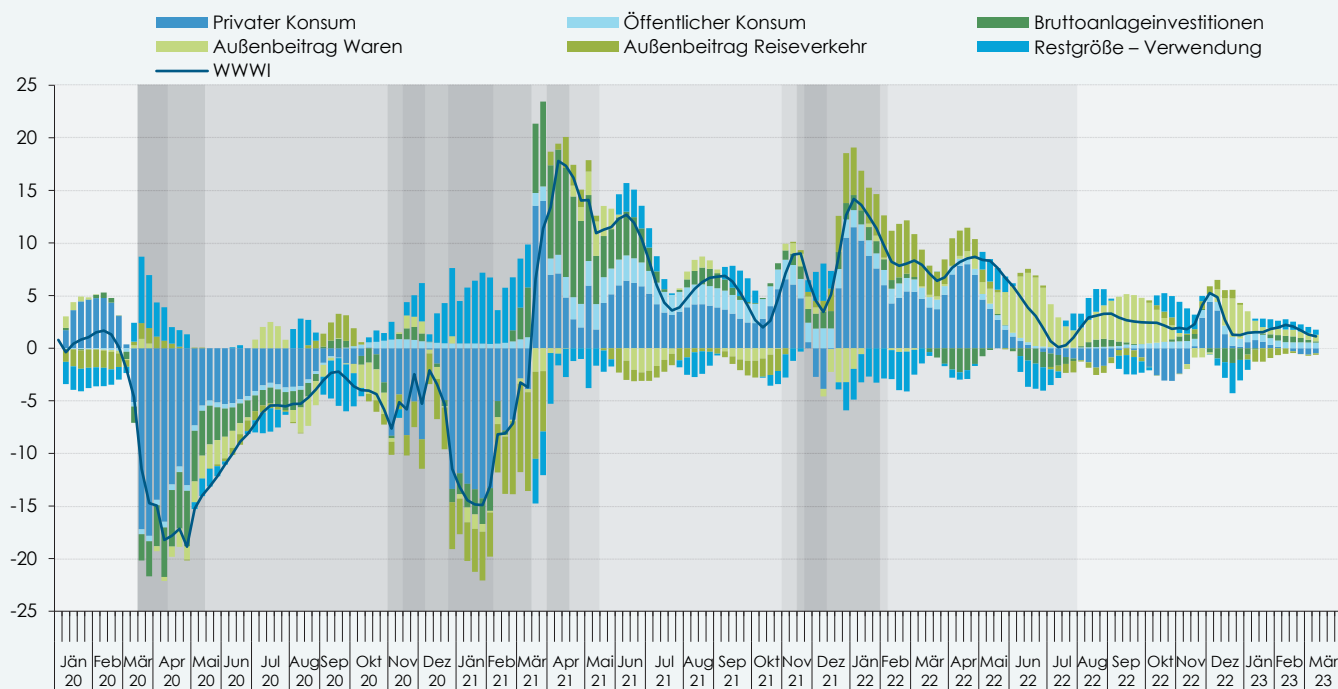
Nachdem sich die heimische Wirtschaft im Jahr 2021 rasch von der COVID-19-Krise erholt hatte, führten geopolitische Verwerfungen zu hoher Unsicherheit und einem weiteren Anstieg der Inflation. Vor diesem Hintergrund kühlte sich die Konjunktur in Österreich ab der Jahresmitte 2022 ab. Nach einer starken ersten Jahreshälfte (I. Quartal +0,8%, II. Quartal +2,1% gegenüber dem Vorquartal) stagnierte die Wirtschaftsleistung im 2. Halbjahr. Insgesamt wuchs das BIP im Jahr 2022 dennoch um 5,0% gegenüber dem Vorjahr (real, nominell +10,2%).

Das kräftige Wachstum wurde abermals von den COVID-19-Maßnahmen im Vorjahr mitbestimmt. Wie der Vorjahresvergleich auf Basis des Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) zeigt, ergaben sich durch Basiseffekte der Lockdowns im Frühjahr und Spätherbst 2021 teilweise hohe Zuwachsraten im I. und IV. Quartal 2022. Zur Jahresmitte 2022 hin verlangsamte sich die konjunkturelle Grunddynamik jedoch, sodass der gesamtwirtschaftliche Output nur mehr geringfügig über der Vorjahresperiode lag. Auch um den Jahreswechsel und im I. Quartal 2023 setzte sich die gedämpfte Aktivität der heimischen Wirtschaft fort (Abbildung 6).

Das BIP-Wachstum wurde 2022 vor allem von den Dienstleistungen getragen, die im Vorjahr noch unter der Pandemie gelitten hatten.

Abbildung 6: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Verwendungsseite**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria; University of Oxford, Blavatnik School of Government; WIFO. Die grau hinterlegten Bereiche zeigen die Intensität der in Österreich zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen laut Stringency Index der Blavatnik School of Government. Dieser Index wird in fünf Intensitätsstufen dargestellt: keine bzw. geringe Einschränkungen . . . lichtgrau: unter 20, 20 bis 40, 40 bis 60, 60 bis 80, starke Einschränkungen . . . dunkelgrau: über 80.

Übersicht 2: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 2,2	- 2,6	+ 4,5	+ 4,7
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 1,0	- 4,8	+ 7,9	+ 3,8
Herstellung von Waren	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,5
Bauwirtschaft	- 1,0	- 1,9	+ 2,6	+ 1,4
Handel	+ 3,0	- 5,9	+ 3,7	+ 2,4
Verkehr	- 0,6	- 10,7	+ 2,5	+ 10,8
Beherbergung und Gastronomie	- 0,4	- 36,6	- 13,2	+ 50,5
Information und Kommunikation	+ 5,9	- 2,0	+ 3,5	+ 5,2
Kredit- und Versicherungswesen	+ 5,1	- 2,6	+ 1,1	+ 1,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 0,4	- 0,0	+ 1,0	+ 2,2
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 3,8	- 6,5	+ 6,8	+ 6,8
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 0,9	- 4,0	+ 5,2	+ 2,1
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	+ 1,6	- 18,6	+ 2,4	+ 6,1
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	+ 1,5	- 6,5	+ 4,0	+ 5,3
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 5,0

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M und N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Insgesamt wurde die BIP-Jahreswachstumsrate 2022 vor allem von der positiven Entwicklung in den Dienstleistungen getragen. In der Sommersaison 2022 konnten touristische Aktivitäten erstmals seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie wieder uneingeschränkt stattfinden, sodass die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr trotz des hohen Preisauftriebs deutlich zunahm (Nächtigungen +17,2%; Fritz & Burton, 2022). Die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie erhöhte sich um 50,5% (2021 -13,2%); im Handel betrug der Zuwachs 2,4% (nach +3,7% 2021), im Verkehr 10,8% (nach +2,5%). Die zu Jahresbeginn noch lebhaftere Industrie- und Baukonjunktur kühlte sich zur Jahresmitte 2022 ab. Neben der internationalen wirtschaftlichen Abschwächung dämpften auch die hohen Preissteigerungen bei Energieträgern und weiteren Vorprodukten die Dynamik. Insgesamt stieg die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung 2022 um 3,5% (nach +9,5% im Jahr 2021). In der Bauwirtschaft betrug das Wachstum 1,4% (nach +2,6%).

Sorgen um eine ausreichende Gasversorgung sowie erneute Lieferengpässe erhöhten nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine die unternehmerische Unsicherheit und trübten laut WIFO-Konjunkturtest deutlich die Erwartungen der österreichischen Unternehmen. Gegen Jahresende verschlechterten sich dann auch die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage zunehmend. Der Material- und der Arbeitskräftemangel spielten als Produktionshemmnisse auch 2022 eine zentrale Rolle. In der Sachgütererzeugung entspannten sich die Material- bzw. Kapazitäts-

engpässe gegenüber dem Jahresende 2021. In der Bauwirtschaft hingegen erreichten die entsprechenden Meldungen in der ersten Jahreshälfte ein Rekordhoch. Aufgrund der schwächeren globalen Nachfrage lösten sich Lieferkettenprobleme im weiteren Jahresverlauf allmählich auf. Damit verlor auch der Mangel an Material bzw. Kapazität an Gewicht. Der Mangel an Arbeitskräften gewann hingegen weiter an Bedeutung; dies änderte sich erst mit der Verlangsamung der Konjunktur im 2. Halbjahr (Abbildung 7).

Der private Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck), der 2021 noch teilweise durch die behördlichen Pandemie-Maßnahmen beeinträchtigt war, legte 2022 um 4,1% zu. Die öffentliche Konsumnachfrage stieg um 2,9% gegenüber dem Vorjahr. Damit erhöhte sich der Konsum insgesamt um 3,8%. Unterjährig zeigte sich jedoch eine deutlich abnehmende Dynamik; ab dem II. Quartal schrumpfte die Konsumnachfrage im Vorquartalsvergleich, da die hohen Preissteigerungen die privaten Haushalte zunehmend belasteten.

Die Investitionsnachfrage blieb 2022 schwach und wurde im II. und III. Quartal im Vorquartalsvergleich ebenfalls eingeschränkt (2022 -0,9% gegenüber dem Vorjahr). Sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen gingen zurück, während die sonstigen Investitionen – überwiegend geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung sowie Computerprogramme und Urheberrechte – ausgeweitet wurden.

Verwendungsseitig trugen 2022 sowohl die inländische Verwendung als auch der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum bei.

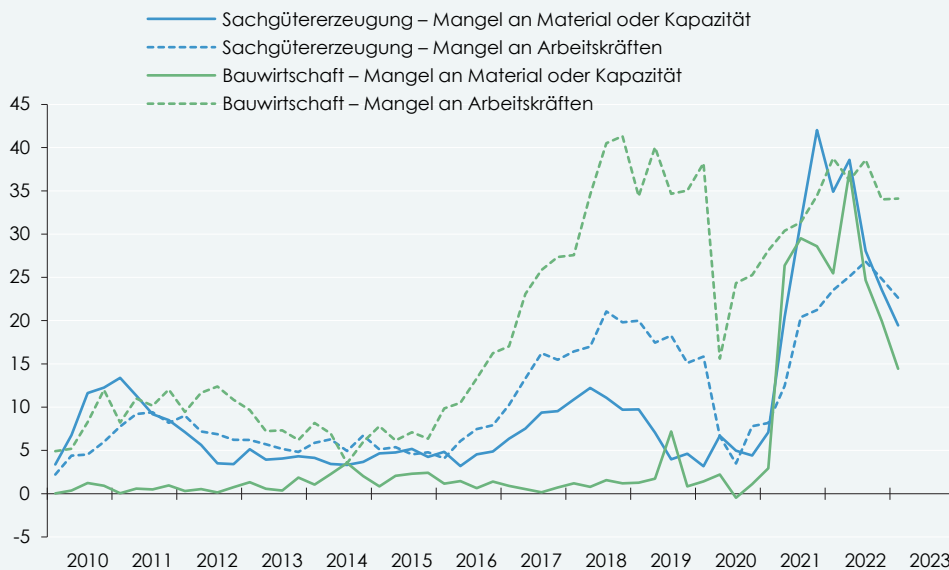
Der Außenhandel entwickelte sich 2022 dynamisch. Zum Anstieg der Ausfuhren (+11,1%) trug sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungsexport bei, wobei letzterer von der wiedererstarteten Tourismuskonsumnachfrage profitierte. Die Warenexporte sanken vor dem Hintergrund der globalen Konjunkturlinierung im IV. Quartal. Die Importe legten mit +5,7% schwächer zu als die Ex-

porte. Damit trug der Außenhandel im gesamten Jahr 2022 positiv zum BIP-Wachstum bei.

Nominell stiegen die Exporte um 19,9%, die Importe um 18,2%. Der kräftige Anstieg der Energiepreise trieb die Preise der Importe stärker als jene der Exporte, wodurch sich die Terms-of-Trade 2022 verschlechterten.

Abbildung 7: **Produktionshemmnisse in Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft**

Anteil der betroffenen Unternehmen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Um die unterjährige Vergleichbarkeit der Zeitreihen zu gewährleisten, werden saisonbereinigte Werte ausgewiesen. Negative Werte können aufgrund des Saisonbereinigungsverfahrens "Dainties" nicht ausgeschlossen werden. Es handelt sich um statistische Artefakte.

Übersicht 3: **Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage**

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,7	- 6,0	+ 4,8	+ 3,8
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 4,1
Staat	+ 1,3	- 0,5	+ 7,8	+ 2,9
Bruttoinvestitionen	- 0,7	- 4,8	+ 11,4	- 2,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	- 0,9
Ausrüstungen ²⁾	+ 1,6	- 9,5	+ 16,0	- 4,5
Bauten	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	- 1,0
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 10,8	- 3,4	+ 5,1	+ 4,5
Inländische Verwendung	+ 0,4	- 5,5	+ 6,5	+ 2,0
Exporte	+ 4,0	- 10,7	+ 9,6	+ 11,1
Importe	+ 2,1	- 9,2	+ 13,7	+ 5,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 5,0

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

2.2 Staatliche Maßnahmen zur Abfederung der hohen Inflation und der Energiepreise

Die Entlastung auf Bundes- und Landesebene beträgt 2022/2026 insgesamt 48,4 Mrd. €.

Die Maßnahmen des Bundes entlasten um 47,8 Mrd. €, wovon 46,9 Mrd. € budgetwirksam sind.

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesländer belaufen sich auf 0,6 Mrd. €, weitere Maßnahmen sind in Vorbereitung.

Das Defizit des Gesamtstaates sank 2022 auf 3,2% des BIP.

Um die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der hohen Inflation und des Energiepreisanstiegs auf private Haushalte und Unternehmen abzufedern, wurden auf Bundesebene umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Das bundesseitige Gesamtvolumen im Zeitraum 2022 bis 2026 wird mit 47,8 Mrd. € angesetzt³⁾. Österreich schnürt damit im europäischen Vergleich eines der umfangreichsten Entlastungspakete (Ederer et al., 2023). 46,9 Mrd. € sind budgetwirksam, während die Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale sowie -beitrag (insgesamt 0,9 Mrd. €) das Bundesbudget nicht belastet.

37,5 Mrd. € bzw. 78,5% der Gesamtentlastung durch den Bund⁴⁾ kommen den privaten Haushalten zugute⁵⁾, wovon 14,4 Mrd. € auf kurzfristige und 23,1 Mrd. € auf langfristige strukturelle Maßnahmen entfallen. Die budgetär umfangreichste Einzelmaßnahme ist der Ausgleich der kalten Progression ab 2023; bis 2026 werden kumulierte Einnahmeherausfälle von 18,7 Mrd. € erwartet. Gemessen am Volumen werden fast drei Viertel der kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen einkommensunabhängig gewährt, während rund ein Viertel des Entlastungsvolumens vom Einkommen abhängt. Damit ist die soziale Treffsicherheit der Maßnahmen nur eingeschränkt gegeben, wie Simulationen des Budgetdienstes (2022) sowie Maidorn und Reiss (2022) zeigen.

Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft können Entlastungsmaßnahmen von insgesamt 10,3 Mrd. € (21,5% des gesamten bundesseitigen Entlastungsvolumens) in Anspruch nehmen. Davon entfallen 8,2 Mrd. € auf kurzfristige und 2,1 Mrd. € auf langfristige strukturelle Maßnahmen.

Die Bundesländer haben für die Jahre 2022 und 2023 bisher Entlastungsmaßnahmen von insgesamt 0,6 Mrd. € verabschiedet. Weitere Maßnahmen sind in Vorbereitung, beispielsweise in Niederösterreich oder im Burgenland.

Eine Reihe der Maßnahmen sind aus ökologischer Perspektive problematisch, weil sie den Lenkungseffekt der Energiepreise beeinträchtigen und/oder nicht bzw. nicht sehr strikt an ökologische Vorgaben geknüpft

sind. Dies gilt etwa für die temporäre Senkung der Erdgas- und Stromabgabe für private Haushalte und Unternehmen, den Energiekostenzuschuss für die Unternehmen, die Strompreisbremse sowie die temporäre Ausweitung der Pendlerförderung (Kletzan-Slamanig et al., 2022; Köppl et al., 2023).

Die öffentlichen Ausgaben stiegen 2022 um 3,7% bzw. 8,3 Mrd. €, da zwar die COVID-19-Maßnahmen deutlich zurückgefahren, aber dafür umfangreiche ausgabenseitige Entlastungsmaßnahmen gesetzt wurden. Allerdings wurde der Ausgabenanstieg trotz nachlassender Konjunktur und Einnahmeherausfällen infolge der nächsten Stufe der ökosozialen Steuerreform durch einen kräftigen inflationsbedingten Anstieg der Staatseinnahmen überkompensiert: diese wuchsen um 8,6% bzw. 17,5 Mrd. €. Im Besonderen die Steuereinnahmen, aber auch die Sozialbeiträge legten kräftig zu. Das öffentliche Defizit sank 2022 auf 3,2% des BIP (nach -5,8% 2021). Die Staatsschulden stiegen erneut an und waren Ende 2022 mit 350,8 Mrd. € um 16,4 Mrd. € höher als Ende 2021. Bei steigendem nominellen BIP ging die Schuldenquote um 3,9 Prozentpunkte auf 78,4% des BIP zurück.

2.3 Schwache Reallohnentwicklung

Grundsätzlich wirkte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2022 stützend auf die Erwerbseinkommen. Zum kräftigen Wirtschaftswachstum kamen ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,3% und ein weiterer Anstieg der aktiv unselbständig Beschäftigten auf 3,84 Mio. Jedoch führten die beschriebenen Nachwirkungen der Pandemie sowie insbesondere der Krieg Russlands gegen die Ukraine zu einer merklichen Beschleunigung der Inflation im Laufe des Jahres.

In den Lohnverhandlungen dient üblicherweise die realisierte Inflation der vergangenen 12 Monate als Ausgangsbasis für die jeweilige Lohnrunde. Diese institutionelle Besonderheit führt dazu, dass in Zeiten schnell anziehender Inflationsraten, wie im Jahr 2022 mit +8,6%, die laufende Inflation deutlich über den Lohnabschlüssen liegt. Die Folge sind erhebliche Reallohnverluste, wie sie nach 2021 auch 2022 eintraten.

³⁾ Da einige umfangreiche Maßnahmen, insbesondere der Energiekostenzuschuss für Unternehmen sowie die Stromkostenbremse für private Haushalte, von der Entwicklung der Energiepreise auf den internationalen Märkten abhängen, unterliegt die Prognose ihrer budgetären Kosten großen Unsicherheiten.

⁴⁾ Unter Berücksichtigung der Maßnahmen der Bundesländer, die ausschließlich den privaten Haushalten

zukommen, verändert sich diese Quote nur unwesentlich.

⁵⁾ Mangels näherer Information konnten nicht alle Maßnahmen eindeutig zugeordnet werden; die betreffenden Maßnahmen wurden daher den privaten Haushalten zugerechnet, da auf sie jeweils der größere Teil der Entlastung entfällt.

Übersicht 4: Entlastungs- und Anti-Teuerungsmaßnahmen von Bund und Bundesländern nach Zielgruppen

	2022	2023	2024	2025	2026	2022/ 2026
	Mio. €					
Insgesamt	8.669	11.971	10.109	8.007	9.666	48.422
Bund	8.076	11.929	10.109	8.007	9.666	47.787
Private Haushalte insgesamt	6.251	8.639	6.139	7.430	9.074	37.533
Kurzfristige Maßnahmen	6.251	6.738	1.266	174	10	14.439
Einmalzahlung Teuerungsausgleich im Entlastungspaket I	227	227
Einmalzahlung Aufstockung des Teuerungsausgleichs im Entlastungspaket III	205	205
Einmalzahlung für Pensionist:innen und Ausgleichszulagenbezieher:innen	440	600	.	.	.	1.040
Einmaliger negativsteuerfähiger Teuerungsabsetzbetrag	.	1.000	.	.	.	1.000
Wohnschirm einschließlich Aufstockungen 2023	5	70	40	15	10	140
Energiekostenausgleich	628	628
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag ¹⁾	400	400
Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen	15	15
Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe	281	229	- 103	.	.	407
Preissenkungen und Angebotserweiterungen im öffentlichen Verkehr	150	153	156	159	.	618
Erhöhung von Pendlerpauschale, -euro, -absetzbetrag	120	220	80	.	.	420
Anti-Teuerungsbonus sowie Erhöhung des Klimabonus	2.800	2.800
Einmalzahlung Familienbeihilfe	330	330
Vorziehen des Familienbonus Plus und des Kindermehrbetrags	100	200	.	.	.	300
Verschiebung Einführung CO ₂ -Bepreisung von Juli auf Oktober 2022	250	250
Steuer- und abgabenfreie Teuerungsprämie für Arbeitnehmer:innen	300	300	.	.	.	600
Stromkostenzuschuss ²⁾	.	2.733	1.093	.	.	3.826
Kompensation Netzverlustkosten ³⁾	.	558	.	.	.	558
Aufstockung Heizkostenzuschüsse Bundesländer via Bund	.	450	.	.	.	450
Aufstockung Wohn- und Heizkostenbeihilfen (Einmalzahlung)	.	225	.	.	.	225
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	1.900	4.873	7.256	9.064	23.094
Abschaffung der kalten Progression ⁴⁾	.	1.480	3.850	5.900	7.500	18.730
Indexierung von Sozialleistungen ⁵⁾	.	363	815	1.079	1.287	3.544
Erhöhung Kindermehrbetrag	.	50	50	50	50	200
Steuerfreiheit E-Mobilität für Arbeitnehmer:innen ⁶⁾	.	8	8	8	8	30
Erleichterungen bei der Aliquotierung der Pensionsanpassungen ⁷⁾	.	.	150	220	220	590
Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft insgesamt	1.825	3.290	3.970	577	592	10.254
Unternehmen insgesamt	1.715	3.133	3.957	567	582	9.954
Kurzfristige Maßnahmen	1.715	2.650	3.458	55	55	7.933
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag ¹⁾	500	500
Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe ⁸⁾	325	272	- 97	.	.	500
Investitionsoffensive Energieunabhängigkeit	30	55	55	55	55	250
Unterstützung zum raschen Umstieg auf alternative dekarbonisierte Antriebsformen	60	60	.	.	.	120
Herabsetzung der Vorauszahlungen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer	350	350
Strompreiskompensation ⁹⁾ , Stromverbrauchsreduktionsgesetz	.	333	.	.	.	333
Energiekostenzuschuss 1 ¹⁰⁾	450	850	.	.	.	1.300
Verlängerung Energiekostenzuschuss 1 ⁹⁾ und Energiekostenzuschuss 2 ¹⁰⁾	.	1.000	3.500	.	.	4.500
Einmalige Krankenversicherungsbeitragsgutschrift	.	80	.	.	.	80
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	483	499	512	527	2.021
Senkung des FLAF-Beitrags	.	353	369	382	397	1.501
Senkung des Unfallversicherungsbeitragssatzes	.	130	130	130	130	520
Land- und Forstwirtschaft insgesamt	110	157	13	10	10	300
Kurzfristige Maßnahmen	110	147	3	0	0	260
Agrardiesel Kostenausgleich	.	27	3	.	.	30
Versorgungssicherungsbeitrag für die Landwirtschaft	110	110
Stromkostenzuschuss für die Land- und Forstwirtschaft	.	120	.	.	.	120
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	10	10	10	10	40
Anhebung Pauschalierungsgrenzen der Land- und Forstwirtschaft	.	10	10	10	10	40
Bundesländer¹¹⁾	593	42	.	.	.	635

Q: Pitlik & Schratzenstaller (2022), aktualisiert am 11. 4. 2023. – 1) Außerbudgetär; gemäß Budgetdienst werden 2023 die Voraussetzungen nicht erfüllt, daher nicht enthalten. – 2) Laut Bundesfinanzgesetz; eine zusätzliche Überschreitungsermächtigung von 3 Mrd. € ist hier nicht enthalten. – 3) Wurde mangels näherer Information zur Gänze den privaten Haushalten zugeordnet. – 4) Zahlungswirksamkeit des vollen Progressionsausgleichs. – 5) Familienleistungen (Familienbeihilfe, Mehrkindzuschlag, Kinderbetreuungsgeld, Familienzeitbonus), Kinderabsetzbetrag, Kranken-, Reha-, Wiedereingliederungs- und Umschulungsgeld, Studienbeihilfe. – 6) Pro Jahr 7,5 Mio. €, Rundungsdifferenzen. – 7) Gemäß Berechnungen des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; ohne Angleichung des Frauenpensionsalters; 2026 Fortschreibung. – 8) Anteil Selbständige insgesamt. – 9) 233 Mio. €; parlamentarischer Beschluss offen. – 10) Energiekostenzuschuss 1 und 2 insgesamt vorerst 5,8 Mrd. €. Erweiterung auf bis zu 7 Mrd. € möglich. – 11) Zusätzliche Maßnahmen sind in Vorbereitung (z. B. Niederösterreich, Burgenland). Nicht enthalten sind 150 Mio. € Aufstockung von "Photovoltaik fast track", da Zuordnung unklar, der Energiekostenausgleich Schienenverkehr (100 Mio. €) sowie Gasdiversifizierungsmaßnahmen (keine direkte Anti-Teuerungsmaßnahme).

Den für das Jahr 2022 relevanten Lohnabschlüssen im Herbst 2021 bzw. Jänner 2022 lagen die noch mäßigen Inflationsraten des Jahres 2021 zugrunde. Vor diesem Hintergrund einigten sich die Sozialpartner für 2022 auf Lohnsteigerungen im Bereich von rund 3% bis 3,5%. In den Fachverbänden der Metallindustrie, deren Lohnabschluss traditionell die Herbstlohnrunde einleitet, legten die Tarifpartner eine Anhebung der nominellen Ist-Löhne und Ist-Gehälter für 2022 um 3,55% fest. Damit lag der Zuwachs um rund

0,05 Prozentpunkte über den Mindestlohnerhöhungen. Im öffentlichen Dienst lag der Abschluss bei durchschnittlich 3%, im Handel bei durchschnittlich 2,8%. Die Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde, z. B. in der Bauindustrie und im Baugewerbe (+4,2%) sowie der Elektro- und Elektronikindustrie (+5,0%) zum 1. Mai 2022, waren dann bereits deutlich höher. Auf das Gesamtjahr 2022 bezogen lagen jedoch auch diese Abschlüsse spürbar unter der Inflationsrate von 8,6%.

Übersicht 5: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016 ¹⁾	
		Beschäftigte insgesamt	
		2021	2022
		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 1,7	+ 3,1
Ohne öffentlich Bedienstete	837.726	+ 1,8	+ 3,1
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 1,8	+ 3,4
Industrie	163.994	+ 1,9	+ 3,7
Handel	127.187	+ 1,5	+ 2,8
Transport und Verkehr	54.763	+ 2,2	+ 3,4
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 1,7	+ 2,9
Banken und Versicherungen	37.035	+ 1,6	+ 2,9
Information und Consulting	67.321	+ 1,5	+ 3,0
Öffentlich Bedienstete	162.274	+ 1,4	+ 3,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016. – ¹⁾ Aufgrund von Rundungen können die Wachstumsraten geringfügig von den von Statistik Austria veröffentlichten Indexwerten abweichen.

Die Nettoeinkommen sind im Jahr 2022 deutlich gesunken.

Im gewichteten Durchschnitt führten die Lohnabschlüsse zu einem Anstieg des Tariflohnindex um 3,1%; gegenüber dem Vorjahr war der Zuwachs in etwa doppelt so stark (Übersicht 5). Der öffentliche Dienst, der mit einem Gewicht von etwa einem Sechstel in den Index eingeht, verzeichnete einen Anstieg um 3,1%, in der Industrie (Gewicht ebenfalls rund ein Sechstel) waren es 3,7%. In den Dienstleistungsbereichen waren die Steigerungsraten zumeist unterdurchschnittlich, außer im Transport und Verkehr mit einem Anstieg von 3,4%. Dieser Bereich geht allerdings nur mit einem Gewicht von 5,5% in den Index ein.

Die kollektivvertraglichen Lohnvereinbarungen bestimmen die Entwicklung der Mindestlöhne, von welchen die tatsächliche Entlohnung abweichen kann. Diese sogenannte Lohndrift war nach 2021 auch 2022 deutlich positiv (Übersicht 6). Insgesamt stiegen die nominellen Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf 2022 um 4,4% und damit deutlich stärker als die tariflichen Mindestlöhne. Durch den enormen Anstieg der Verbraucherpreise ergaben sich jedoch Reallohnverluste in Höhe von 3,9%. Die Nettolöhne und -gehälter pro Kopf werden laut WIFO-Prognose vom März 2023 preisbereinigt ebenfalls deutlich schrumpfen (-3,4%), auf-

grund der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen jedoch etwas schwächer als in der Bruttobetachtung.

Positiven Einfluss auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter übte im Jahr 2022 die erneut kräftige Ausweitung der unselbstständigen Beschäftigung um 3,2% gegenüber dem Vorjahr aus. Demgegenüber veränderte sich die effektive Pro-Kopf-Arbeitszeit kaum. Über alle Branchen lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der unselbstständig Beschäftigten 2022 bei 27,6 Stunden – ein geringfügiger Rückgang von 0,3% gegenüber 2021.

Wird bei der Analyse der Einkommensentwicklung die Arbeitsstunde als Bezugspunkt gewählt, ergibt sich für 2022 sowohl in der Brutto- als auch in der Nettobetachtung mit real -3,6% bzw. -3,2% (laut WIFO-Prognose vom März 2023) nochmals ein deutlicher Rückgang der Löhne und Gehälter gegenüber der ohnehin rückläufigen Vorjahresentwicklung. Im Gegensatz zu 2021 war die Dynamik der Stundenentgelte kaum noch von der Veränderung der geleisteten Arbeitsstunden getrieben, sondern beruhte im Wesentlichen auf der starken Beschleunigung der Inflation.

Übersicht 6: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter, insgesamt			
Brutto	- 0,2	+ 4,8	+ 7,7
Netto ¹⁾	+ 0,5	+ 4,0	+ 8,2
Beschäftigte ²⁾	- 2,4	+ 2,2	+ 3,2
Löhne und Gehälter pro Kopf ³⁾			
Brutto nominell	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,4
Brutto real ⁴⁾	+ 0,8	- 0,3	- 3,9
Netto nominell ¹⁾	+ 3,0	+ 1,7	+ 4,9
Netto real ¹⁾⁴⁾	+ 1,6	- 1,1	- 3,4
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf ³⁾			
	- 7,2	+ 3,2	- 0,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+10,1	- 0,7	+ 4,6
Brutto real ⁴⁾	+ 8,6	- 3,4	- 3,6
Netto nominell ¹⁾	+11,0	- 1,5	+ 5,1
Netto real ¹⁾⁴⁾	+ 9,4	- 4,1	- 3,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ 2022: laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2023. – ²⁾ Unselbstständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ³⁾ Je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis. – ⁴⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

2.4 Konsumnachfrage erreicht fast Vorkrisenniveau – Teuerung belastet die privaten Haushalte und steigert die Unsicherheit

Nach einem starken Rebound im Jahr 2021 wurden die Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) auch 2022 kräftig ausgeweitet: nach vorläufigen Daten von Statistik Austria lagen sie real um 4,1% über dem Niveau von 2021 (Übersicht 7). Damit erreichte die private

Konsumnachfrage bereits wieder annähernd das Vorkrisenniveau (preisbereinigt -1,6 Mrd. € gegenüber 2019). Nominell stieg der private Konsum im Vorjahresvergleich um beachtliche 12,0% und war bereits um 22,1 Mrd. € höher als 2019. Die starke nominelle Ausweitung war nicht nur der soliden Nachfrage (vor allem nach Dienstleistungen) geschuldet, sondern auch den lebhaften Preisanstiegen in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens (siehe Kapitel 2.5).

Übersicht 7: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2010/2014	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,4	- 0,1	+ 0,6
Ø 2014/2018	+ 3,0	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,3	- 0,1
Ø 2018/2022	+ 3,2	- 0,1	+ 3,5	+ 0,3	- 0,3
2019	+ 2,3	+ 0,5	+ 3,4	+ 1,6	- 1,0
2020	- 6,6	- 8,0	- 1,4	- 2,9	- 5,3
2021	+ 5,9	+ 3,6	+ 4,3	+ 1,9	+ 1,6
2022	+12,0	+ 4,1	+ 8,2	+ 0,6	+ 3,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Auf Basis von Vorjahrespreisen.

Durch Entlastungs- sowie Anti-Teuerungsmaßnahmen wurde versucht, die Auswirkungen der hohen Inflation auf die heimischen Haushalte abzufedern (siehe Kapitel 2.2). Der Bund stellte 2022 im Rahmen von kurzfristigen Maßnahmen insgesamt 6,3 Mrd. € für die privaten Haushalte bereit, weitere 600 Mio. € kamen von den Ländern. Die umfangreichsten Maßnahmen des Bundes waren die Erhöhung des Klimabonus sowie des Anti-Teuerungsbonus (2,8 Mrd. €), der Ener-

giekostenausgleich (630 Mio. €), der Teuerungsausgleich (430 Mio. €) sowie Einmalzahlungen im Rahmen der Familienbeihilfe (330 Mio. €). Der Großteil der Hilfsleistungen wurde in Form von monetären Transfers gewährt, ein kleiner Teil in Form von Steuererleichterungen, wodurch die verfügbaren Haushaltseinkommen deutlich gestützt wurden. In Summe lagen die verfügbaren Einkommen 2022 um 8,2% (nominell) bzw. 0,6% (real) über dem Vorjahresniveau. Die hohen

Kurzfristig wirkende Entlastungs- sowie Anti-Teuerungsmaßnahmen von Bund und Ländern stützten 2022 die verfügbaren Haushaltseinkommen. Der hohe Preisauftrieb im Jahresverlauf dämpfte jedoch die reale Entwicklung. Die Sparquote war 2022 weiterhin hoch.

Preissteigerungen dämpften merklich das reale Einkommenswachstum. Die Sparquote der privaten Haushalte sank 2022 nach zwei Jahren im zweistelligen Bereich (2020: 13,3%, 2021: 12,0%) auf voraussichtlich 8,8%. Im Vergleich seit 2010 war sie damit weiterhin überdurchschnittlich hoch.

Betrachtet man die Entwicklung der Konsumnachfrage 2022 im Detail, so lassen sich einige Auffälligkeiten erkennen:

- Der Konsum von dauerhaften Konsumgütern (gemäß Inländerkonzept), welche typischerweise teurer sind (z. B. Fahrzeuge, Möbel oder Elektrogeräte), nahm kräftig ab (-3,9%, real). Dementsprechend sank auch die Zahl der Pkw-Neuzulassungen der privaten Haushalte abermals stark (-8,9% gegenüber dem Vorjahr).
- Die Ausgabenbereitschaft für Dienstleistungen, etwa für Erholungs- und Freizeitaktivitäten oder für Dienstleistungen der Beherbergung und Gastronomie, entwickelte sich dagegen trotz der hohen Teuerung, die auch diese Bereiche betraf,

sehr dynamisch. Im Vorjahresvergleich stieg der Dienstleistungskonsum um 15,3% (real). Nach den beiden Pandemiejahren 2020 und 2021 mit zahlreichen Einschränkungen spiegelt sich darin auch ein gewisser Nachholeffekt. Dies lässt sich auch an den hohen Wachstumsraten der Konsumausgaben von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland ablesen (2022 +44,6%). Diese Ausgaben legten nach einem starken Rebound 2021 im Jahr 2022 nochmals deutlich zu.

- Ein spürbarer Nachfragerückgang war preisbereinigt im Bereich nichtdauerhafter Konsumgüter zu beobachten (-6,6%). Hierzu zählen neben Nahrungsmitteln und Getränken auch Energie sowie Treibstoffe. Bei solchen Gütern wirkt eine hohe Teuerung unmittelbar dämpfend auf den Ausgabenspielraum der privaten Haushalte. Die einkommensstützenden Maßnahmen verhinderten in diesen Bereichen einen noch stärkeren Nachfrageeinbruch, wenngleich nicht alle Haushalte im selben Ausmaß von den Maßnahmen profitierten (Budgetdienst, 2022; Maidorn & Reiss, 2022).

Übersicht 8: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	Ø 2010/ 2014	Ø 2014/ 2018	Ø 2018/ 2022	2019	2020	2021	2022
	Veränderung in % p. a.						
Inlandskonsum	+ 0,5	+ 1,2	- 0,6	+ 0,6	- 8,9	+ 0,5	+ 6,1
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,1	+ 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 2,6	+ 4,3	- 3,8
Halbdauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 1,3	- 0,8	- 0,3	- 10,5	+ 3,3	+ 4,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 0,6	+ 1,0	- 0,9	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,5	- 6,6
Dienstleistungen	+ 1,0	+ 1,3	- 0,4	+ 0,8	- 14,3	- 1,2	+ 15,3
Konsum von Tourist:innen in Österreich	+ 0,4	+ 3,3	- 7,8	+ 2,3	- 44,0	- 32,5	+ 86,6
Konsum von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland	- 1,6	+ 4,9	- 3,8	+ 2,0	- 63,7	+ 60,0	+ 44,6
Inländerkonsum	+ 0,4	+ 1,2	- 0,1	+ 0,5	- 8,3	+ 3,6	+ 4,2
Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,6	- 1,1	+ 3,5	+ 1,7
Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 0,5	+ 1,3	- 0,1	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 4,1
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,1	+ 1,7	- 0,4	+ 0,2	- 2,2	+ 4,4	- 3,9
Inländerkonsum ohne dauerhafte Konsumgüter	+ 0,6	+ 1,2	- 0,0	+ 0,6	- 8,6	+ 3,5	+ 5,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Inländerkonsum . . . Inlandskonsum abzüglich des Konsums von Tourist:innen in Österreich zuzüglich des Konsums von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland.

Das Konsument:innenvertrauen (auf Basis des saisonbereinigten Saldos des harmonisierten EU-Konsumklimaindikatoren) hatte sich nach dem Einbruch zu Beginn der COVID-19-Pandemie bis zum Herbst 2021 verbessert, nahm jedoch in der Folge bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges wieder ab. Der Rückgang beschleunigte sich in den Monaten unmittelbar nach Kriegsausbruch, als die hohe Unsicherheit auch bei den privaten Haushalten deutlich in den Befragungen sichtbar wurde. Im Juli 2022 erreichte das Konsument:innenvertrauen in Österreich per Saldo -33,4 Punkte und damit einen neuen Tiefstwert. Im weiteren Jahresverlauf

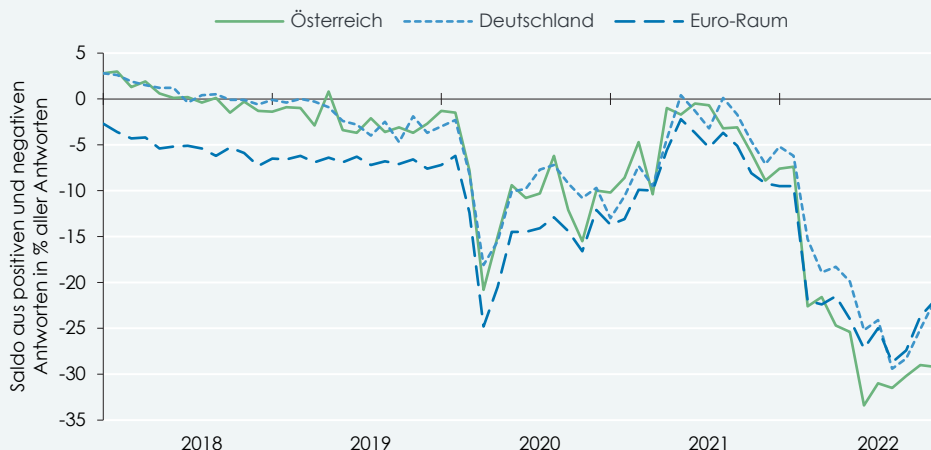
pendelten sich die Werte dann bei rund -30 Punkten ein. Dies steht etwas im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland wie auch im Euro-Raum insgesamt. Dort wurde der Tiefststand etwas später verzeichnet, während der Anstieg gegen Jahresende kräftiger ausfiel (Abbildung 8).

Die Umsätze im Handel insgesamt hatten sich 2021 trotz neuerlicher Lockdowns robust entwickelt (nominell +11,2%, real +4,7% gegenüber dem Vorjahr). Dies war in erster Linie den massiven Umsatzverlusten im Krisenjahr 2020 geschuldet. 2022 dagegen dämpften primär die hohe Teuerung wie auch die

Unsicherheit aufgrund der geopolitischen Lage das Ergebnis. Der nominelle Umsatzzuwachs war zwar weiterhin zweistellig (+11,6%), berücksichtigt man jedoch den rasanten Preisanstieg (Handel insgesamt: 2022 +13,0%, 2021 +6,1%), so ergibt sich ein realer Umsatzrückgang von 1,2%. Der hohe Preisauftrieb erfasste im Jahresverlauf alle Bereiche des Handels; am kräftigsten war er im

Großhandel (ohne Kfz-Handel) mit +15,7%. Dies ließ die nominellen Umsätze dieser Branche überdurchschnittlich stark steigen (+17%), während real nur ein Zuwachs von 1,1% verblieb. Ein schwaches Jahr verzeichnete der Kfz-Handel. Hier sanken die nominellen Umsätze um 1,5%, wodurch sich ein realer Rückgang von 10,8% ergab.

Abbildung 8: **Entwicklung des saisonbereinigten Konsumklimaindikatoren**



Q: Europäische Kommission, WIFO-Darstellung. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Tramo-Seats.

Übersicht 9: **Entwicklung im Handel**

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz-Handel)	Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Umsätze, nominell				
2020	- 5,3	- 10,7	- 7,0	+ 0,1
2021	+ 11,2	+ 12,1	+ 14,9	+ 5,1
2022	+ 11,6	- 1,5	+ 17,0	+ 8,1
Umsätze, real				
2020	- 4,8	- 12,5	- 5,3	- 0,2
2021	+ 4,7	+ 9,2	+ 4,6	+ 3,0
2022	- 1,2	- 10,8	+ 1,1	- 0,8
Preise (Ø 2015 = 100)				
2020	- 0,5	+ 2,0	- 1,8	+ 0,4
2021	+ 6,1	+ 2,7	+ 9,7	+ 1,9
2022	+ 13,0	+ 10,3	+ 15,7	+ 9,0
Beschäftigung				
2020	- 1,7	- 1,8	- 1,5	- 1,8
2021	+ 0,7	- 0,6	+ 0,4	+ 1,1
2022	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,3

Q: Statistik Austria.

Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) stiegen die Umsätze zwar nominell um 8,1%, unter Berücksichtigung der hohen Preissteigerungen sank das Absatzvolumen jedoch um

0,8%. Dieses Muster eines nominellen Zuwachses, gepaart mit einem realen Rückgang, fand sich 2022 in einigen bedeutenden Einzelhandelsbranchen.

Die Beschäftigung im Handel insgesamt entwickelte sich im Jahr 2022 sehr robust, das Wachstum war mit +1,5% doppelt so stark wie im Jahr davor. Die kräftigen Einbußen aus dem ersten Pandemiejahr 2020 (-1,7%) konnten damit kompensiert werden. Einen deutlichen Beschäftigungszuwachs verzeichnete 2022 der Großhandel (+2,2%), im Einzelhandel stieg die Beschäftigung das zweite Jahr in Folge um über 1%. Auch der Kfz-Handel weitete seinen Personalstand aus (+1,0%).

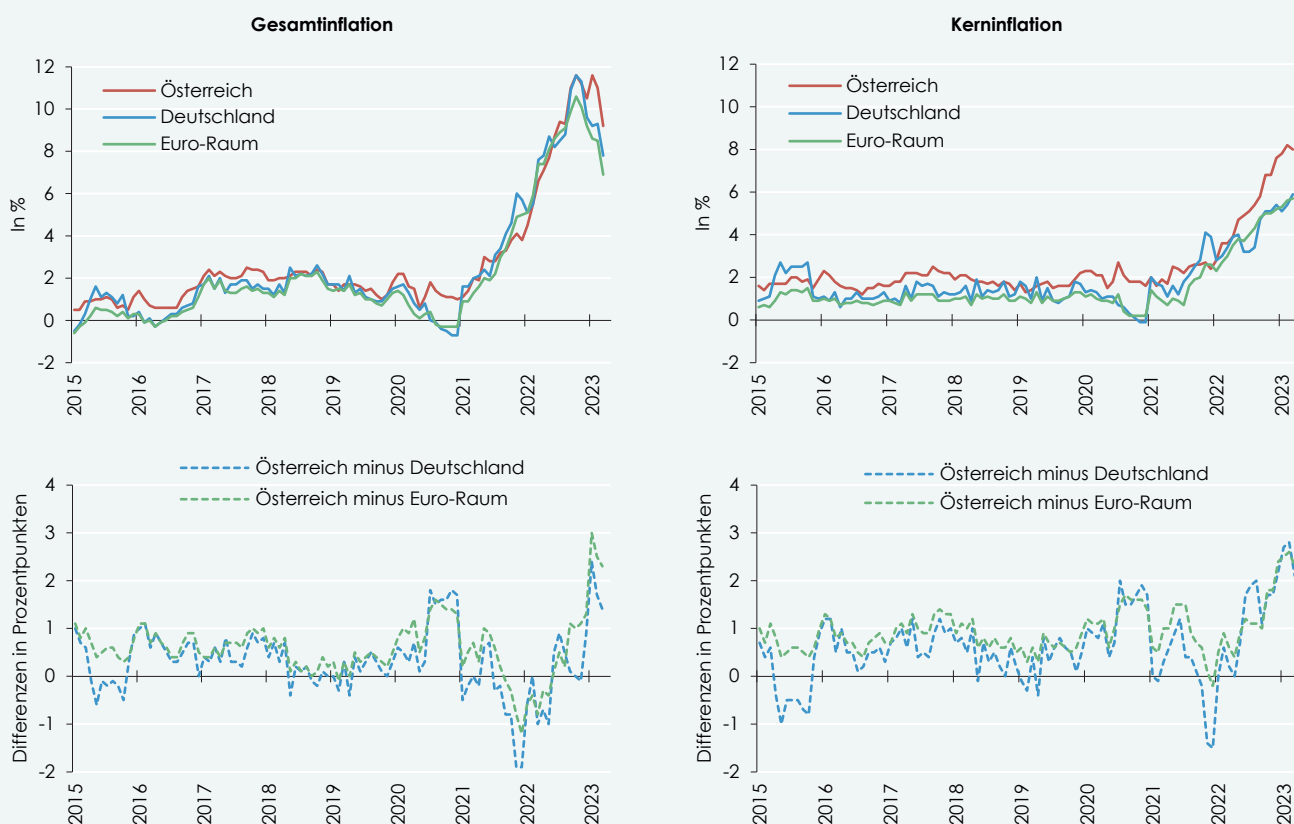
Euro-Ländern als Reaktion auf die Teuerung, dass die (Kern-)Inflation in Österreich stärker zunahm als in Deutschland bzw. im Durchschnitt des Euro-Raums (Sgaravatti et al., 2023; Arregui et al., 2022; Baumgartner et al., 2022). Während etliche Länder (insbesondere Spanien, Portugal, Frankreich) direkt in die Preisbildung vor allem der Haushaltsenergietarife eingriffen, setzte Österreich den Schwerpunkt der Maßnahmen darauf, die Auswirkungen der Teuerung auf die Kaufkraft abzufedern. In Österreich wirkten das Aussetzen des Ökostrom-Förderbeitrages (ab Jahresbeginn 2022), die Reduktion der Energieabgabe für Gas und Strom (ab dem Frühjahr) und die Strompreisbremse (ab Dezember) leicht dämpfend auf die Inflationsentwicklung (-¼ Prozentpunkt). Prammer und Reiss (2023) schätzen, dass dieser inflationsdämpfende Effekt durch den nachfragebedingt höheren Inflationsbeitrag infolge der Einkommensstützungen in etwa ausgeglichen wurde.

Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 2022 8,6%; sie stieg dabei von 5% im Jänner auf 11% im Oktober und nahm zum Jahresende wieder leicht ab. Vor allem Energie verteuerte sich mit +39,2% sehr stark.

2.5 Höchste Teuerung seit den 1970er-Jahren

Der Auftrieb der Verbraucherpreise (laut VPI) im Jahr 2022 war in Österreich wie auch in anderen europäischen Ländern bis zum Sommer vor allem auf die starke Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln zurückzuführen. Ab dem Sommer bewirkte der unterschiedliche Maßnahmenmix in den

Abbildung 9: Inflation in Österreich, Deutschland und dem Euro-Raum



Q: Macrobond, Eurostat, WIFO-Berechnungen. Kerninflation ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich Alkohol und Tabak).

Durch die Überwälzung der höheren Kosten (insbesondere für Energie) an die Endverbraucher:innen gewannen deren indirekte Effekte im Jahresverlauf immer mehr an Bedeutung, was sich in einem Anstieg der Kerninflation spiegelte. Zu Jahresende

trugen Industriegüter (3 Prozentpunkte) und Dienstleistungen (3,2 Prozentpunkte) wieder stärker zur Gesamtinflation (+10,2%) bei als die Energiepreise (2,0 Prozentpunkte), deren Auswirkung durch die ab Dezember 2022 wirksame Strompreisbremse gedämpft wird.

Übersicht 10: Entwicklung des (harmonisierten) Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2021	2022	I. Quartal 2022	II. Quartal 2022	III. Quartal 2022	IV. Quartal 2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,8	+ 7,9	+ 9,8	+ 10,6
Kerninflationsrate des VPI ¹⁾	+ 2,2	+ 5,6	+ 3,9	+ 4,8	+ 6,1	+ 7,4
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 2,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 8,9	+ 11,0	+ 14,1
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 5,7	+ 14,5	+ 10,7	+ 16,2	+ 17,0	+ 13,9
Gebühren und Tarife	+ 1,1	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 3,4
VPI-COICOP-Gruppen						
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,8	+ 10,7	+ 5,0	+ 9,6	+ 13,1	+ 15,2
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,4	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,3
Bekleidung und Schuhe	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 4,5
Wohnung, Wasser, Energie	+ 3,6	+ 12,6	+ 7,6	+ 9,7	+ 15,4	+ 17,7
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,8	+ 7,7	+ 4,3	+ 6,3	+ 8,4	+ 11,6
Gesundheitspflege	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,6
Verkehr	+ 6,6	+ 16,2	+ 12,6	+ 19,7	+ 18,7	+ 13,9
Nachrichtenübermittlung	- 2,9	- 0,6	+ 1,3	- 0,1	- 1,4	- 2,5
Freizeit und Kultur	+ 2,4	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,3
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,9
Restaurants und Hotels	+ 3,4	+ 8,9	+ 6,6	+ 7,4	+ 9,9	+ 11,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,3	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 4,9
VPI-Sondergliederung						
Unverarbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 1,5	+ 10,1	+ 4,7	+ 10,1	+ 11,6	+ 13,9
Verarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 1,0	+ 8,5	+ 4,2	+ 7,2	+ 10,5	+ 12,1
Energie	+ 12,3	+ 39,2	+ 30,0	+ 39,3	+ 47,3	+ 39,6
Industriegüter	+ 2,0	+ 7,4	+ 5,0	+ 6,5	+ 8,0	+ 9,7
Dienstleistungen	+ 2,2	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,8	+ 5,0	+ 6,0
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)						
Insgesamt						
Österreich	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+ 11,1
Deutschland	+ 3,2	+ 8,7	+ 6,1	+ 8,3	+ 9,4	+ 10,8
Euro-Raum	+ 2,6	+ 8,4	+ 6,1	+ 8,0	+ 9,3	+ 10,0
Kerninflation						
Österreich	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,3	+ 4,5	+ 5,5	+ 7,1
Deutschland	+ 2,2	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,8	+ 5,2
Euro-Raum	+ 1,5	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,7	+ 4,4	+ 5,1

Q: Macrobond, Statistik Austria, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Bei Nahrungsmitteln beschleunigte sich der Preisauftrieb durch hohe Agrar- und Energieerohstoffkosten im Jahresverlauf von +4,9% im Jänner auf +16,3% im Dezember. Im Jahresdurchschnitt 2022 zogen die Nahrungsmittelpreise um 10,7% an (2021 +0,8%).

Der BIP-Deflator als Indikator für Preisänderungen in der gesamtwirtschaftlichen Produktion stieg 2022 um voraussichtlich 5% (2021 +1,9%)⁶⁾. Rund ein Viertel dieses Preisanstiegs ist jeweils auf den Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte und der Bruttobe-

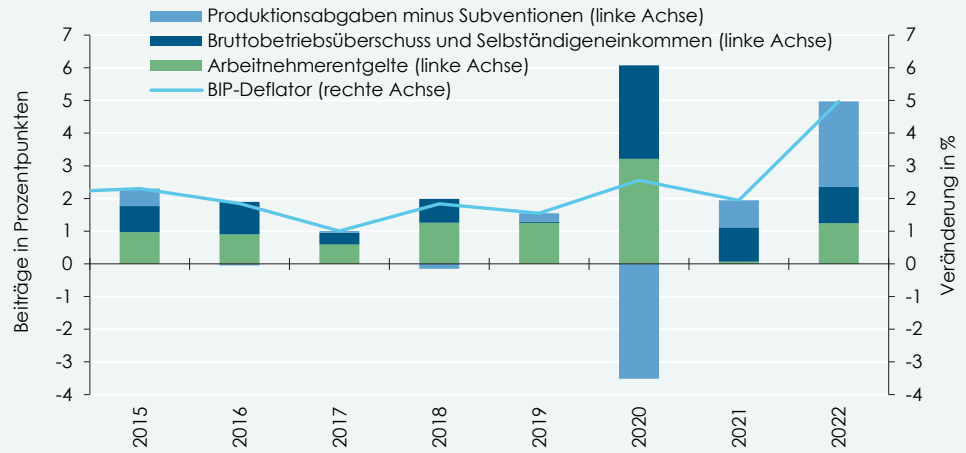
triebsüberschüsse zurückzuführen, etwa die Hälfte auf den Zuwachs der Produktionsabgaben ohne Subventionen (Abbildung 10). Der Anteil der Letzteren war 2022 im langjährigen Vergleich sehr hoch⁷⁾. Nach Wirtschaftsbereichen dürfte es 2022 vor allem in der Energiewirtschaft (ÖNACE 2008, Abschnitte B, D und E), im Bauwesen (Abschnitt F) und in der Land- und Forstwirtschaft (Abschnitt A) zu beträchtlichen Steigerungen des Betriebsüberschusses gekommen sein (Abbildung 11).

⁶⁾ Nach vorläufigen Daten auf der Basis der Vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das IV. Quartal 2022, veröffentlicht am 28. Februar 2023 durch Statistik Austria.

⁷⁾ Es sei darauf hingewiesen, dass die Daten der Vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

bis zur Präsentation der Jahresrechnung im September 2023 noch mehrfach revidiert werden. Bei den Deflatoren der Wertschöpfung sowie den Gütersteuern und Gütersubventionen gab es in der Vergangenheit die größten Revisionen.

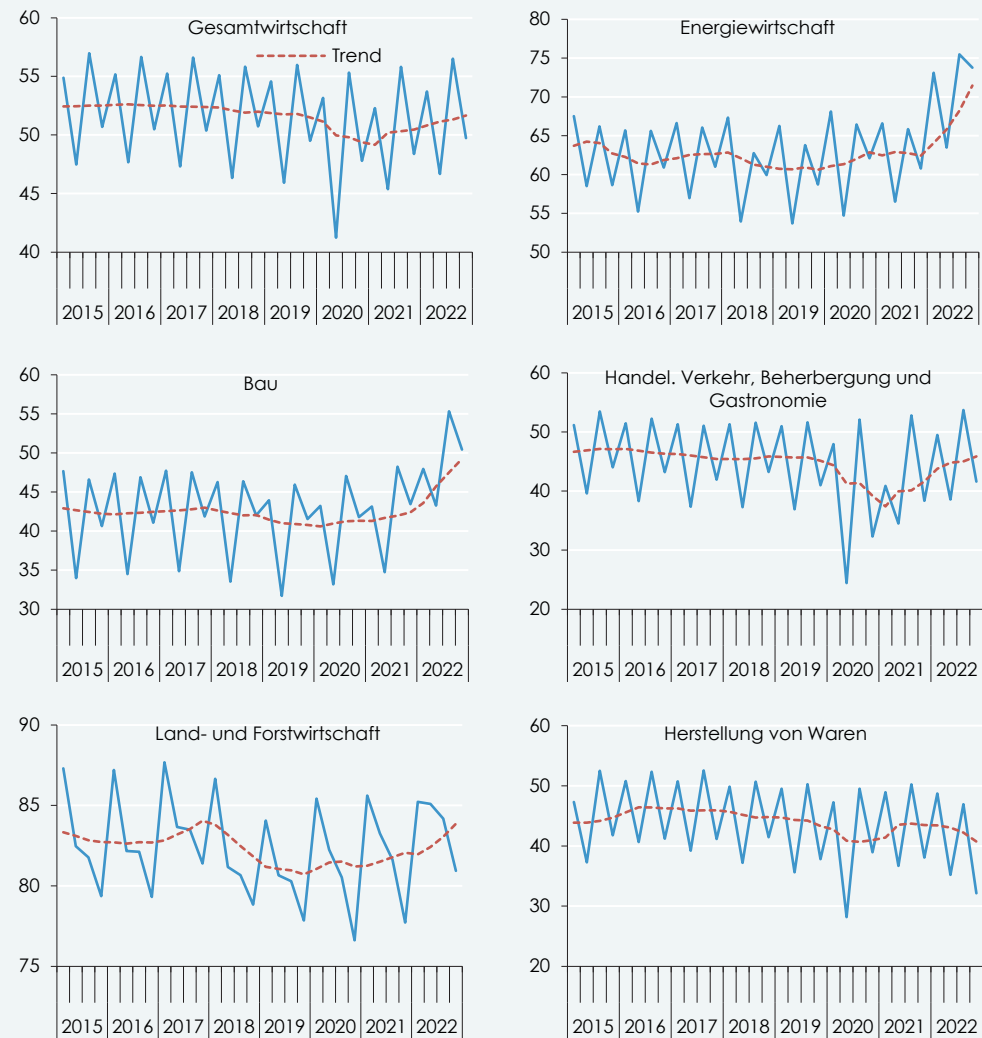
Abbildung 10: Zerlegung des BIP-Deflators



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 11: Anteil des erweiterten Bruttobetriebsüberschusses an der Bruttowertschöpfung in Österreich

In %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen einschließlich Nettosteuern = Bruttowertschöpfung abzüglich Arbeitnehmerentgelte.

3. Literaturhinweise

- Arregui, N., Celasun, O., Iakova, D. M., Mineshima, A., Mylonas, V., Toscani, F., Ching Wong, Y., Zeng, L., & Zhou, J. (2022). Targeted, implementable, and Practical Energy Relief Measures for Households in Europe. *IMF Working Papers*, (262). <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/WP/2022/English/wpica2022262-print-pdf.ashx>.
- Baumgartner, J., Scheiblecker, M., & Url, T. (2022). Maintaining credibility is currently the top priority. *Monetary Dialogue Papers*. Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/733995/IPOL_IDA\(2022\)733995_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/733995/IPOL_IDA(2022)733995_EN.pdf).
- Budgetdienst (2022). *Verteilungswirkung der drei Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich*.
- Ederer, S., Köppl, A., & Schratzenstaller, M. (2023). Europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik 2022/23. Große Herausforderungen durch Inflation und Energiekrise. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 153-165. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70699>.
- Fritz, O., & Burton, A. (2022). Tourismusanalyse: Sommernachfrage 2022 beinahe auf Vorkrisenniveau, gute Buchungslage zu Winterbeginn. *WIFO Research Briefs*, (26). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70470>.
- Kletzan-Slamani, D., Köppl, A., Sinabell, F., Kirchmayr, S., Müller, S., Rimböck, A., Voit, T., Heher, M., & Schanda, R. (2022). *Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69687>.
- Köppl, A., Schleicher, S., & Schratzenstaller, M. (2023). Der Beitrag des österreichischen Abgabensystems zur sozio-ökologischen Transformation. *WIFO Research Briefs*, (3). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70654>.
- Maidorn, S., & Reiss, L. (2022). How Effective Were Fiscal Support Measures in Absorbing the Inflation-induced Rise in Consumption Expenditures in 2022?. *Büro des Fiskalrates, Working Paper*, (8).
- Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2022). Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen. Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 95(12), 795-807. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70479>.
- Prammer, D., & Reiss, L. (2023). Fighting (the effects of) inflation: government measures in Austria and the EU. *Monetary Policy & The Economy*, (Q4/22-Q1/23), 95-106. <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Geldpolitik-und-Wirtschaft/2023/monetary-policy-and-the-economy-q4-22-q1-23/monetary-policy-and-the-economy-q4-22-q1-23.html>.
- Sgaravatti, G., Tagliapietra, S., Trasi, C., & Zachmann, G. (2023). National Fiscal Policy Responses to the Energy Crisis. Bruegel Datasets, first published 4 November 2021. <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>.
- Url, T. (2023). Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik. *WIFO-Monatsberichte*, 96(4), 269-281. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70747>.

Integration von Frauen auf dem niederösterreichischen Arbeitsmarkt

Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Andrea Egger, Felix Kranner, Gabriele Schmied (abif)



Der Projektbericht widmet sich der Beschäftigung von Frauen bzw. von Frauen mit Migrationshintergrund und dem Gender Gap in der Beschäftigung. Der Fokus liegt dabei auf der Beschäftigung von Frauen in Niederösterreich. Die Analyse der verschiedenen Datenquellen aus der abgestimmten Erwerbsstatistik und der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung zur Frauenbeschäftigung liefert ein umfassendes und konsistentes Bild für Niederösterreich. Die Ergebnisse bestätigen einerseits den in der Literatur seit den 1960er-Jahren beschriebenen Trend zur Erhöhung der Frauenbeschäftigungsquote, zeigen andererseits immer noch einen Gender Gap, der vor allem in der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund aus Drittländern sehr stark ausgeprägt ist.

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich • Dezember 2022 • 92 Seiten • 50 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69835>

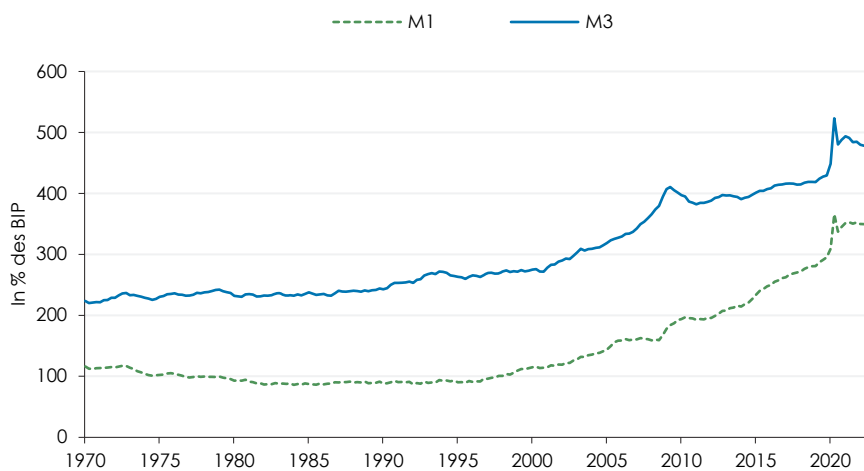
Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik

Thomas Url

- Die Europäische Zentralbank beendete 2022 die lange Phase expansiver Geldpolitik.
- Die privaten Haushalte senkten 2022 ihre Sparquote und milderten damit Realeinkommensverluste.
- Höhere Wertberichtigungen für Kreditrisiken und Kursverluste bei Wertpapieren und Beteiligungen schmälerten den Jahresüberschuss der Kreditwirtschaft.
- Das Finanzmarktstabilitätsgremium verschärfte die Vorgaben für das Mindesteigenkapital systemrelevanter Kreditinstitute.
- Boykottmaßnahmen der EU gegen Russland führten zur Abwicklung der Sberbank Europe.
- Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse sank von 35% (2021) auf 26% des BIP (2022).
- Österreichs real-effektiver Wechselkurs wertete 2022 um 2% ab.

Geldmengenaggregate im Euro-Raum



"Im Euro-Raum ist die Geldmenge M3 seit 2007 um 130 Prozentpunkte des nominellen BIP angewachsen. Die Rückführung auf ein niedrigeres Niveau wird für längere Zeit eine restriktive Geldpolitik erfordern."

Das Verhältnis der Geldmenge zum nominellen BIP wird als inverse Umlaufgeschwindigkeit des Geldes interpretiert. Wenn dieses Verhältnis steigt, nimmt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ab, d. h. für die Summe aller Bezahlvorgänge in der Wirtschaft wird mehr Geld gehalten (Q: WIFO-Berechnungen, OECD. Geldmengen saisonbereinigt. Euro-Raum: 19 Euro-Länder).

Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik

Thomas Url

Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik

Die Zentralbanken der USA und des Euro-Raums beendeten 2022 ihre Wertpapierankaufprogramme und begannen im März bzw. Juli mit der Anhebung ihrer Leitzinssätze. Sie reagierten damit auf den Inflationsanstieg, der im Jahresverlauf auch zu einer Beschleunigung der Kerninflation führte. Das Kreditvolumen legte im 1. Halbjahr 2022 noch deutlich zu, die Eintrübung der Konjunkturaussichten, der abflauende Lageraufbau nach der Wiederherstellung der Lieferketten und der scharfe Zinsanstieg dämpften jedoch gegen Jahresende die Kreditnachfrage. Gleichzeitig verschärften die Kreditinstitute ihre Vergaberichtlinien. Sie entsprachen damit auch den strengeren makroprudenziellen Anforderungen für die Neuvergabe von Immobiliendarlehen, die die Finanzmarktaufsicht ab August 2022 verordnet hatte. Der Jahresüberschuss der Kreditwirtschaft schrumpfte 2022 wegen höherer Vorsorgen für Kreditrisiken und Wertberichtigungen für Wertpapiere und Beteiligungen. Ausgeprägte Kursverluste an den Börsen dämpften nicht nur das Provisionsergebnis der Kreditinstitute, sondern auch die Marktkapitalisierung der Wiener Börse (2022: 26% des BIP). Kursverluste des Euro gegenüber dem Dollar, den daran gebundenen Währungen sowie dem Rubel führten zu einer nominell-effektiven Abwertung um 1,5%. Die im Vergleich zu den Handelspartnern niedrigere Inflationsrate in Österreich verstärkte die Abwertung auf 2%.

JEL-Codes: E52, G21, G32, G52 • **Keywords:** Geldpolitik, Kreditwesen, Unternehmensfinanzierung, Sparen der privaten Haushalte

Begutachtung: Stefan Schiman-Vukan • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer (nathalie.fischer@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Cornelia Schobert (cornelia.schobert@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 12. 4. 2022

Kontakt: Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

High Inflation Rates Trigger Monetary Policy Turnaround

The Federal Reserve Bank and the ECB ended their securities purchase programmes in 2022 and began to raise their key interest rates in March and July, respectively. This was in response to a wave of inflation triggered by the Ukraine war, which carried over into higher core inflation. Credit volume in Austria increased significantly in the first half of 2022, but the worsening economic outlook and the slow-down in inventory build-up dampened demand for credit towards year end. At the same time, banks tightened their lending guidelines, also complying with stricter macroprudential requirements for new real estate lending imposed from August 2022 onwards. The operating income of the banking industry deteriorated in 2022 due to higher provisions for credit risks and valuation allowances for securities and holdings. Pronounced price losses on stock exchanges not only lowered banking income from fees and commissions, but also reduced the market capitalisation of the Vienna Stock Exchange to 26 percent of GDP. Exchange rate losses of the euro against the dollar, the currencies tied to it, and the ruble led to a nominal effective depreciation of 1.5 percent. The relative to its trading partners lower inflation rate in Austria reinforced the devaluation to 2 percent.

Die EZB begann ihre geldpolitische Kurswende mit der Einstellung der Wertpapierankaufprogramme.

1. Europäische Zentralbank beendet ihren expansiven Kurs

Nach der Revision ihrer geldpolitischen Strategie im Jahr 2021 strebt die Europäische Zentralbank (EZB) nunmehr eine Inflationsrate von durchschnittlich 2% in der mittleren Frist an. Gemessen an dieser Zielsetzung konnte der Anstieg der Inflationsrate im Jahresverlauf 2021 als eine willkommene Annäherung an den Zielwert interpretiert werden. Zusätzlich war die Inflationsdynamik zur Jahreswende 2021/22 überwiegend durch Energiepreissteigerungen geprägt, sodass kein unmittelbarer geldpolitischer Handlungsbedarf abgeleitet wurde. Diese Interpretation wurde auch durch die Entwicklung der Kerninflationsrate (ohne Energie, unbearbeitete Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak) bestätigt, die im I. Quartal 2022 mit 2,7% nahe am Zielwert blieb.

Angesichts der zunehmenden Inflationsdynamik bestätigte die EZB in der Sitzung am 10. März 2022 ihren langsamen Schwenk in Richtung einer restriktiveren Geldpolitik. Nach der bereits 2021 angekündigten Beendigung der Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) mit Ende März 2022 wurden mit Juli 2022 auch die Ankäufe im Rahmen der herkömmlichen Wertpapierankaufprogramme eingestellt. Im Juni verschärfte die EZB ihre Rhetorik und bereitete den Markt auf eine Kehrtwende in der Zinspolitik vor; gleichzeitig ließ sie die Sonderbedingungen für die zielgerichteten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations – TLTRO III) mit Ende Juni 2022

auslaufen. In der Sitzung Ende Juli wurden die Leitzinssätze um 0,5 Prozentpunkte angehoben. Danach setzte die EZB zu jedem

Sitzungstermin weitere Zinsschritte, sodass der Hauptrefinanzierungssatz zu Jahresende bei 2,5% lag (Übersicht 1).

Übersicht 1: Änderungen der Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

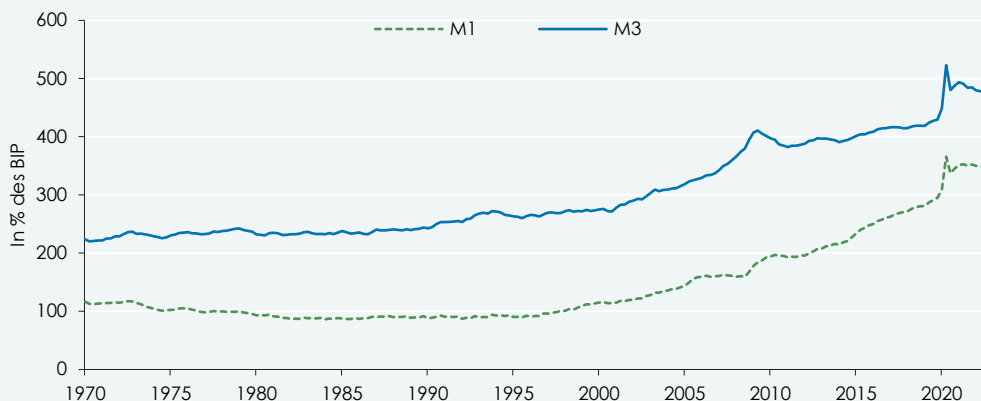
	Einlagefazilität	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäft In %	Basiszinssatz	Referenzzinssatz
27. Juli 2022	0,00	0,75	0,50	- 0,12	0,65
14. September 2022	0,75	1,50	1,25	0,63	1,75
2. November 2022	1,50	2,25	2,00	1,38	2,50
21. Dezember 2022	2,00	2,75	2,50	1,88	3,00
8. Februar 2023	2,50	3,25	3,00	2,38	3,50
16. März 2023	3,00	3,75	3,50	2,88	4,00

Q: EZB, OeNB.

Abbildung 1 zeigt das Verhältnis der Geldmengenaggregate M1 und M3 zum nominalen BIP vom Beginn der 1970er-Jahre bis Ende 2022¹⁾. Es kann als eine vereinfachte Darstellung einer langfristigen Gleichgewichtsbeziehung zwischen Geldvolumen und wirtschaftlicher Aktivität interpretiert werden. Dreger und Wolters (2010) konnten z. B. für die Periode 1983 bis 2004 eine stabile langfristige Beziehung zwischen der realen Geldmenge und dem realen Bruttoinlandsprodukt des Euro-Raums nachweisen, wenn zusätzlich Opportunitätskosten der Geldhaltung in Form von Inflation und Zinsen berücksichtigt werden. Bis zur Gründung der Währungsunion blieben beide Quoten in Abbildung 1 stabil. Mit der Einführung des Euro-Bargeldes im Jänner 2002 stiegen sie leicht an, weil der Euro als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel auch in den umliegenden Ländern verstärkt genutzt wurde. Bereits im

Vorfeld der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise legten beide Quoten wegen der hohen Liquiditätsnachfrage stärker zu. Zuletzt verursachte die breitflächige Einstellung der wirtschaftlichen Aktivität zu Beginn der COVID-19-Pandemie in Europa eine deutlich sichtbare Spitze. Dreger und Wolters (2010) schätzen die Reaktion der realen Geldnachfrage auf Abweichungen vom langfristigen Gleichgewicht als sehr schwach ein; sie ist auch abhängig vom Abstand zum damals noch von der EZB angestrebten Geldmengenwachstum von 4,5% jährlich. Die reale Geldnachfrage reagiert bei konstanten Opportunitätskosten auf einen monetären Überhang mit einem Rückgang von rund 4% jährlich. Ende 2022 lag das Verhältnis beider Geldmengenaggregate zum nominalen BIP noch um rund 230 Prozentpunkte über dem Durchschnitt vor Einführung des Euro-Bargeldes (1970/2001).

Abbildung 1: Geldmengenaggregate im Euro-Raum



Q: WIFO-Berechnungen, OECD. Geldmengen saisonbereinigt. Euro-Raum: 19 Euro-Länder.

¹⁾ Die aggregierten Werte für den Euro-Raum für die Jahre vor 1995 stammen von der OECD.

Die EZB will mit dem neuen "Transmission Protection Instrument (TPI)" die Ausweitung der Zinsabstände zwischen den Euro-Ländern dämpfen.

Während die Kerninflation nach wie vor steigt, erreichte die allgemeine Inflationsrate bereits im Oktober 2022 einen Höchstwert.

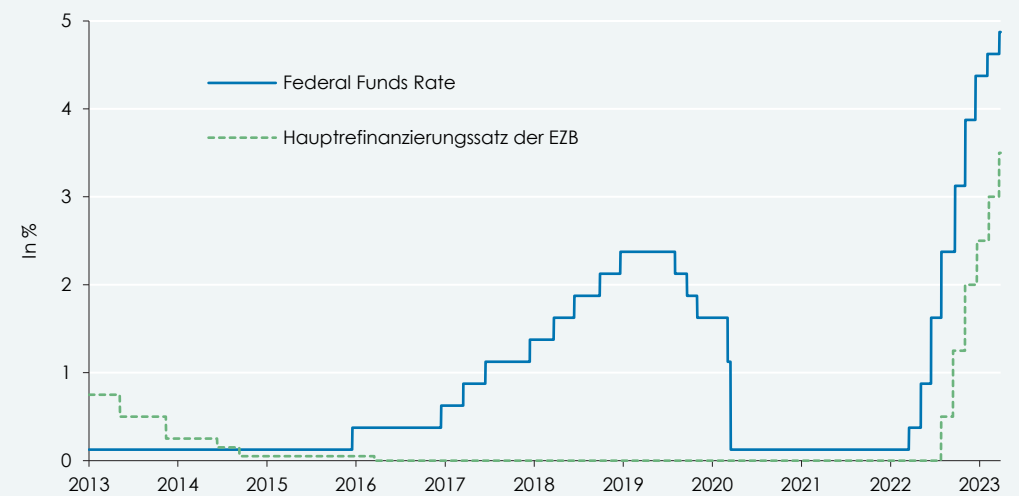
Mit dem geldpolitischen Kurswechsel der EZB waren Befürchtungen über eine Ausweitung der Renditeabstände staatlicher Anleihen innerhalb des Euro-Raums entstanden. Steigende Renditen auf Staatsanleihen erhöhen die Finanzierungskosten bei der Aufnahme von Neuschulden und in Kreditverträgen mit variabler Verzinsung. Risikoaufschläge hätten die geldpolitische Straffung regional verstärken können und damit den geldpolitischen Transformationsmechanismus innerhalb der Währungsunion verzerrt. Deshalb führte die EZB gleichzeitig mit der ersten Anhebung der Leitzinssätze Ende Juli 2022 das Transmission Protection Instrument (TPI) ein. Es sieht vor, dass Abflüsse von Portfolioinvestitionen aus einzelnen Mitgliedsländern durch entsprechende Wertpapierankäufe der EZB kompensiert werden können. Die Ankäufe der EZB im Rahmen des TPI sind jedoch auf Perioden beschränkt, in denen eine ungegerechtfertigte und ungeordnete Marktdynamik die Wirkung der Geldpolitik im gesamten Euro-Raum gefährdet. Die Entscheidung über die Aktivierung des TPI liegt beim EZB-Rat und stützt sich auf vier Kriterien der wirtschaftspolitischen Stabilität des betreffenden Mitgliedslandes (EZB-Pressemeldung vom 21. 7. 2022²⁾). Dazu zählen:

- die Einhaltung des finanzpolitischen Rahmens der EU,

- das Fehlen eines schwerwiegenden makroökonomischen Ungleichgewichts,
- die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, sowie
- eine solide und nachhaltige Wirtschaftspolitik.

Die Inflationsrate für den Euro-Raum legte im Jahresverlauf 2022 deutlich zu und lag im Dezember bei 9,2% (laut HVPI). Der Spitzenwert von 10,6% wurde bereits im Oktober verzeichnet, danach dämpfte der Rückgang der Energiepreise den Verbraucherpreisindex. Im Gegensatz dazu hielt der Anstieg der Kerninflation auch über die Jahreswende hinaus unvermindert an; den unterjährigen Höchstwert wies der Euro-Raum im Dezember 2022 mit +5,2% aus. Wie die Konvergenz der beiden Kennzahlen zeigt, wurde der Preisauftrieb bei energetischen Vorleistungen und Agrarrohstoffen nach dem Abflauen der Energiepreise langsam auf die Konsumentenpreise überwältigt. Dementsprechend erhöhte sich im Jahresverlauf der Beitrag von Nahrungsmitteln, Dienstleistungen und Industriegütern (ohne Energie) zur Gesamtinflation; er bildet nunmehr die bestimmende Komponente der Inflation. In Österreich führte die Geldentwertung 2022 zu deutlich höheren Kollektivvertragsabschlüssen³⁾, die Steigerung der Stundenlöhne im Euro-Raum blieb im IV. Quartal 2022 mit 5,7% noch klar unter der Inflationsrate.

Abbildung 2: Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA



Q: EZB, Federal Reserve Board (Mittelwert der Bandbreite).

²⁾ Europäische Zentralbank (2022). Geldpolitische Beschlüsse. Pressemitteilung. <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220721~53e5bdd317.de.html> (abgerufen am 17. 3. 2023).

³⁾ Der Abschluss für Handwerk und Gewerbe vom 6. Dezember 2022 sieht z. B. für die meisten Verwen-

dungsgruppen eine Erhöhung um 8% ab 1. Jänner 2023 vor (https://www.kollektivvertrag.at/cms/KV/KV_2.a/1342670258281/news/abschluss-handwerk-und-gewerbe).

Die USA konnten sich als wichtiger Produzent von Flüssiggas von der Gaspreisentwicklung in Europa abkoppeln und litten auch kaum unter dem mit hohen Energiepreisen verbundenen Kaufkraftabfluss ins Ausland. Die Verschiebung der europäischen Gasnachfrage von Russland auf den Weltmarkt machte sich aber auch in den USA in Gaspreissteigerungen bemerkbar. Insgesamt werden jedoch die Ursachen des Inflationsschubs in den USA stärker auf der Nachfrageseite (Blanchard et al., 2022; Giovanni et al., 2023) als auf der Angebotsseite (Ball et al., 2023) verortet. Für den kräftigen Preisauftrieb waren vor allem die umfangreichen staatlichen Transfers an private Haushalte verantwortlich. Um die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie abzumildern, gewährte die Re-

gierung der USA Steuererleichterungen und Beihilfen im Ausmaß von rund 22,2% des BIP – der höchste Wert unter den G20-Ländern⁴⁾.

Als Reaktion auf den Preisauftrieb hatte die Federal Reserve Bank bereits 2021 einen geldpolitischen Kurswechsel angekündigt und mit dem Verkauf von Unternehmensanleihen aus ihrem Wertpapierankaufprogramm begonnen, setzte aber erst im März 2022 ihre erste Zinsanhebung um. Damit begann eine der intensivsten Episoden geldpolitischer Straffung in der jüngeren Geschichte (Abbildung 2). Zu jedem Sitzungstermin bis einschließlich 22. März 2023 erhöhte die Federal Reserve Bank ihre Leitzinssätze um ¼ bis ¾ Prozentpunkte.

Da die hohe Teuerung in den USA binnenwirtschaftliche Ursachen hatte, reagierte die dortige Geldpolitik früher auf den Inflationsdruck.

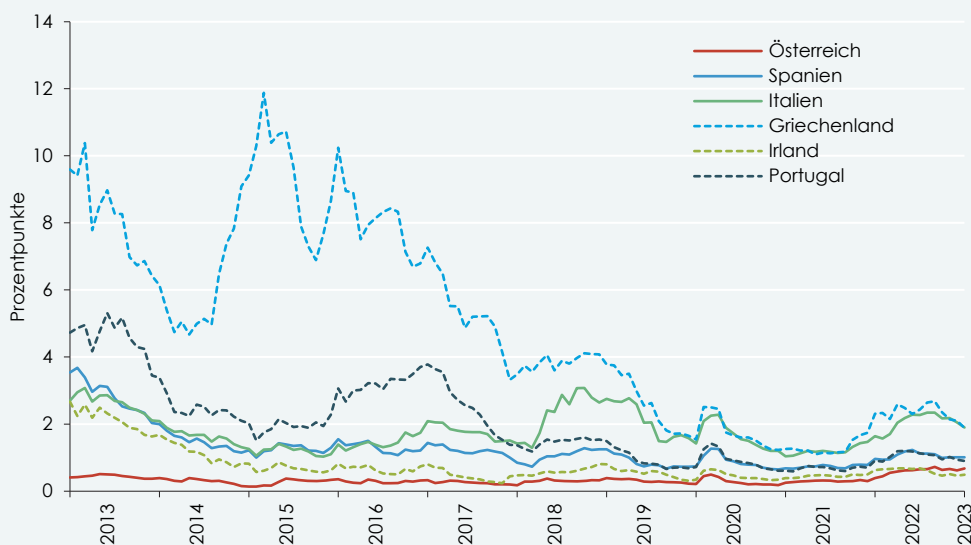
Die Federal Reserve Bank begann im März 2022 mit der Anhebung der Leitzinssätze.

2. Kurswechsel in der Geldpolitik steigert die Geldmarktzinssätze

In der ersten Jahreshälfte 2022 war der Geldmarkt im Euro-Raum noch von der Nullzinspolitik der EZB geprägt. Sowohl der Taggeldsatz als auch der Dreimonatssatz verharrten im negativen Bereich – nahe am Zinssatz für die Einlagenfazilität, weil die Kreditwirtschaft ihre Überschussliquidität nur zum negativen Einlagenzinssatz bei der EZB deponieren konnte (Hartmann & Smets, 2018). Bis

kurz vor der ersten Zinsanhebung am 27. Juli 2022 reagierte der Dreimonatssinssatz kaum auf den Stopp der Ankaufprogramme; erst danach drifteten der Dreimonats- und der Taggeldsatz auseinander. Bis Februar 2023 lag der Dreimonatssinssatz noch unter dem Hauptrefinanzierungssatz, was darauf hindeutet, dass der Geldmarkt weiterhin reichlich mit Liquidität ausgestattet ist.

Abbildung 3: Zinsabstand 10-jähriger Staatsanleihen ausgewählter Länder zu deutschen Staatsanleihen



Q: OeNB.

Auf dem Anleihenmarkt war bereits im Jänner 2022 ein leichter Renditeanstieg zu beobachten. Die Renditen auf festverzinsliche österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren bewegten sich aus dem negativen Bereich und legten im Jahresverlauf um 2,6 Prozentpunkte zu. In

den anderen Euro-Ländern lag der Zinsanstieg bei 1,5 bis 3 Prozentpunkten, womit die Renditen auf österreichische Papiere überdurchschnittlich stiegen. Dementsprechend weitete sich auch der Zinsabstand zwischen österreichischen und deutschen Bundesanleihen bis zum Jahresende auf 0,7 Prozent-

Die Renditen auf österreichische Benchmark-Anleihen stiegen 2022 überdurchschnittlich.

⁴⁾ IMF Fiscal Monitor: Database of Country Fiscal Measures in Response to the COVID-19 Pandemic.

punkte aus (Abbildung 3). Mit ein Grund für die starke Reaktion der Renditen in ganz Europa war der Rückgang der Nettozukäufe von Wertpapieren durch die EZB. 2022 kaufte sie im Rahmen des PEPP nur mehr 116 Mrd. € an Staatsanleihen an, innerhalb des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) waren es 147 Mrd. €. In Summe entsprach dies 2% des nominellen BIP des Euro-Raums, nach 8,8% 2021.

Ratingagenturen stufen die Kreditwürdigkeit Österreichs herab.

Nach den COVID-19-bedingten temporären Ausgabenspitzen sank das Budgetdefizit des österreichischen Gesamtstaates 2022 merklich von 5,9% auf 2,5% des BIP. Die Neuverschuldung der Republik Österreich legte trotzdem auf 71,8 Mrd. € zu (2021: 61,9 Mrd. €); sie war mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 1% ausgestattet, sodass die Effektivverzinsung im gesamten Schuldenbestand leicht auf 1,2% anstieg. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Gesamtschulden erstreckte sich Ende 2022 auf 10,9 Jahre (Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, 2023). Trotz dieser günstigen Entwicklung stufen Standard & Poors (August) und Fitch (Oktober) die Aussichten für das Rating österreichischer Bundesanleihen herab. Der Grund waren neu eingeführte VPI-Indexierungen im österreichischen Einkommensteuerrecht sowie von Sozialleistungen.

Negative ex-post Realzinsen erzeugten 2022 für Investoren Kaufkraftverluste.

Der Anstieg der Renditen auf Benchmark-Anleihen reichte nicht aus, um die hohen Inflationsraten auszugleichen. Für Veranlagungen in festverzinsliche Staatsanleihen brachte das Jahr 2022 daher neuerlich einen Kaufkraftverlust mit sich. In Österreich verringerte sich die Realverzinsung von

Das Geldmengenwachstum im Euro-Raum flachte trotz hoher Unsicherheit ab.

Benchmark-Anleihen bis Dezember 2022 auf -7,5% (Dezember 2021 -4,3%).

Die Zinsstrukturkurve beschreibt den Unterschied zwischen den Renditen auf Benchmark-Anleihen und den Geldmarktzinssätzen für Dreimonatspapiere. Sie spiegelt einerseits die aktuelle geldpolitische Ausrichtung der Zentralbank und ist andererseits ein Vorlaufindikator für wirtschaftliche Abschwünge (Rudebusch & Williams, 2009; Chinn & Kucko, 2015). Ein Anstieg der Leitzinssätze drückt die Zinsstrukturkurve häufig in den negativen Bereich, weil die Erhöhung der Finanzierungs-kosten in der Regel eine Konjunkturabschwächung einleitet. In ihrer mehrstufig gestalteten geldpolitischen Wende setzte die EZB zuerst den Stopp der Wertpapierankaufprogramme ("Quantitative Easing") und erst danach die Anhebung der Leitzinssätze um. Dadurch erreichte die Zinsstrukturkurve zur Jahresmitte 2022 einen Höchstwert von 2,3 Prozentpunkten. Dieser Anstieg wurde aber bis zum Jahresende wieder vollständig ausgeglichen.

Der Ukraine-Krieg führte im Euro-Raum zu einer hohen Unsicherheit über die künftige Wirtschaftsentwicklung. Dennoch flachte das Geldmengenwachstum des M3-Aggregates bis Dezember auf +4,1% ab (Dezember 2021 +7%). Diese Wachstumsabschwächung verdeckte eine deutliche Verschiebung von den täglich fälligen Sichteinlagen zu kurzfristig gebundenen Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren. Handelbare Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von bis zu zwei Jahren profitierten ebenfalls vom Interesse an höheren nominellen Renditen, spielen aber wegen ihres geringen Volumens nur eine kleine Rolle für die Entwicklung der Geldmenge M3.

Die Einlagenzinssätze für private Haushalte blieben 2022 unattraktiv.

Ausgehend von 12% im Vorjahr fiel die Sparquote (einschließlich betrieblicher Versorgungsansprüche) 2022 auf 7,3% des verfügbaren Einkommens, weil die privaten Haushalte einen Teil des realen Einkommensverlustes durch verminderte Spartätigkeit ausglich. Die finanziellen Aktiva lagen nach drei Quartalen knapp unter dem Vorjahresniveau (-1,5%) bei 778 Mrd. €; Kursverluste von Wertpapieren im Bestand überkompensierten den Zufluss ins Geldvermögen von 12 Mrd. €. Die hohe Unsicherheit an den Finanzmärkten verursachte eine leichte Verschiebung im Portfolio zu Bargeld und Einlagen, die am Ende des III. Quartals 42% des Geldvermögens ausmachten (Abbildung 4).

Die privaten Haushalte stockten 2022 gebundene Einlagen und Anteile an Kapitalgesellschaften auf.

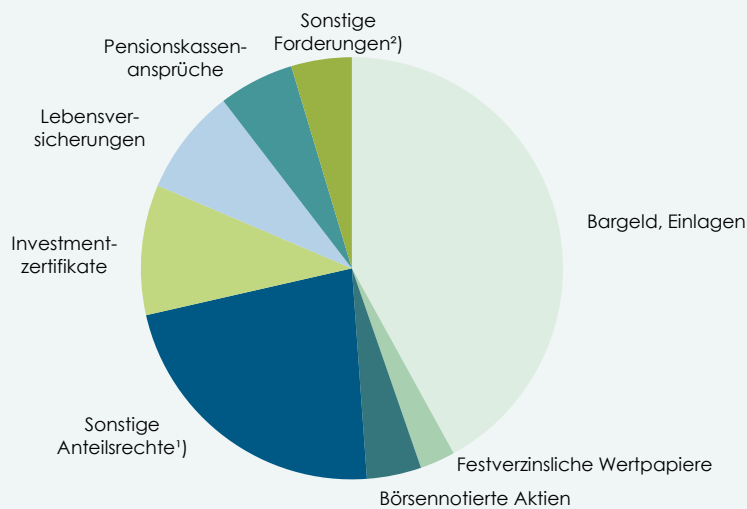
Die finanziellen Anreize zur Aufbewahrung von Geldvermögen in liquiden Einlagen blieben 2022 durch niedrige Einlagenzinssätze gering. Für kurzfristig gebundene Neueinlagen war die Verzinsung bis Mitte 2022

ähnlich unattraktiv wie zu Jahresbeginn (0,1%). Ab Juli reagierte sie dann zügig auf die Anhebung der Leitzinssätze. Im Dezember 2022 erzielten Neueinlagen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr eine Verzinsung von 1,7%, Neueinlagen mit einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren erreichten mit 2% eine Verzinsung nahe am Dreimonatsgeld.

Mit Ausnahme der gebundenen Einlagen und der sonstigen Anteilsrechte (22,6%) verloren 2022 alle anderen Veranlagungsformen innerhalb des Geldvermögens der privaten Haushalte an Bedeutung. Die sonstigen Anteilsrechte, die alle Anteilsrechte an Kapitalgesellschaften mit Ausnahme der Aktiengesellschaften umfassen, profitierten von der günstigen Entwicklung des Betriebsüberschusses (2022 +7,8%, laut VGR) und den damit verbundenen Zuschreibungen zum Eigenkapital.

Abbildung 4: **Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte**

III. Quartal 2022



Q: OeNB. Das Geldvermögen der privaten Haushalte belief sich im III. Quartal 2022 auf insgesamt 778 Mrd. €. –
 ¹) Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²) Kredite, Nicht-Lebensversicherungsansprüche, Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen, sonstige Forderungen einschließlich Finanzderivate.

Die Neuveranlagung des Geldvermögens (Transaktionen) war 2022 stark von Vorsicht geprägt. In den ersten drei Quartalen flossen 4,8 Mrd. € in Bargeld und Einlagen; der Aufbau von Investmentfonds verlangsamte sich auf 4,5 Mrd. €. Gleichzeitig unterbrachen die privaten Haushalte den langjährigen Prozess des Abschmelzens von Anleihebeständen und investierten 0,5 Mrd. € in festverzinsliche Wertpapiere. Die Neuveranlagung in Kapitalgesellschaften (ohne Aktiengesellschaften) blieb annähernd gleich (0,8 Mrd. €), während sich die Investitionen in Aktiengesellschaften gegenüber 2021 mehr als ver-

doppelten (1,7 Mrd. €). Die vorläufigen Daten zu den Einzahlungen in die betriebliche Altersvorsorge über Pensionskassen deuten auf einen starken Rückgang der entsprechenden Prämieinnahmen (–23,5% auf 0,2 Mrd. €). Als einziger Sektor verzeichneten die Lebensversicherungen bis zum III. Quartal 2022 Abflüsse aus dem Bestand (–0,6 Mrd. €). Insgesamt wurden in den ersten drei Quartalen 12 Mrd. € an Geldvermögen aufgebaut, nur etwas weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (12,2 Mrd. €).

Der Aufbau des Geldvermögens konzentrierte sich auf Einlagen und Investmentfonds.

4. Fremdfinanzierung gewinnt für nichtfinanzielle Unternehmen wieder an Bedeutung

Die Finanzschulden der privaten Haushalte stiegen in den ersten drei Quartalen 2022 um 7,3 Mrd. €. Davon entfielen 0,6 Mrd. € auf höhere Konsumkredite; die langfristigen Finanzierungen für Wohnraum wurden um 5,6 Mrd. € aufgebaut. Dieses Muster passt nur bedingt zum Konjunkturumfeld 2022, mit einem Nachfragerückgang nach dauerhaften Konsumgütern bei weiterhin hohen Bauinvestitionen. Hohe Immobilienpreise, steigende Kreditzinsen und die schwache Einkommensentwicklung beschränkten die Schuldentragfähigkeit der privaten Haushalte. Regulatorische Vorgaben verknappten zusätzlich das Kreditangebot. Dennoch zeigten die Immobilienpreise 2022 noch keine Reaktion auf diese Entwicklungen und legten österreichweit um 10,4% zu (2021 +11,8%).

Gemäß den bisher vorliegenden Daten brauchen die neu eingegangenen Wohnbaukredite (Transaktionen in der Finanzierungsrechnung) der privaten Haushalte zwischen dem II. und III. Quartal 2022 um 855 Mio. € oder ein Drittel ein. Da mit Beginn des III. Quartals 2022 erstmals die neuen makroprudenziellen Beschränkungen für die Neuvergabe von Wohnbaudarlehen wirksam wurden (vgl. Url, 2022), könnte dieser Rückgang als Erfolg für das neue wirtschaftspolitische Instrument interpretiert werden. Diese Interpretation ist jedoch nur bedingt zulässig, weil Kreditaufnahmen ins II. Quartal 2022 vorgezogen wurden; damit entstand für den Quartalsvergleich ein überhöhter Basiswert. Gleichzeitig zogen mit dem Einsatz der makroprudenziellen Instrumente die Kreditzinssätze deutlich an. Über alle Konditionen hinweg stieg der Zinssatz für neu vergebene Wohnbaukredite ausgehend von 1,2% im I. Quartal auf 2,1%

Die Wirksamkeit der makroprudenziellen Einschränkungen lässt sich aufgrund von Vorzieheffekten und der gleichzeitigen Anhebung der Leitzinssätze nur schwer abschätzen.

Der Lageraufbau erforderte eine höhere Fremdfinanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen.

Kredite bildeten 2022 erneut die wichtigste Finanzierungsquelle für nichtfinanzielle Unternehmen.

im September und auf 2,9% im Dezember 2022; höhere aktuelle und erwartete Zinsen dämpfen auch ohne regulatorische Vorgaben die Immobiliennachfrage.

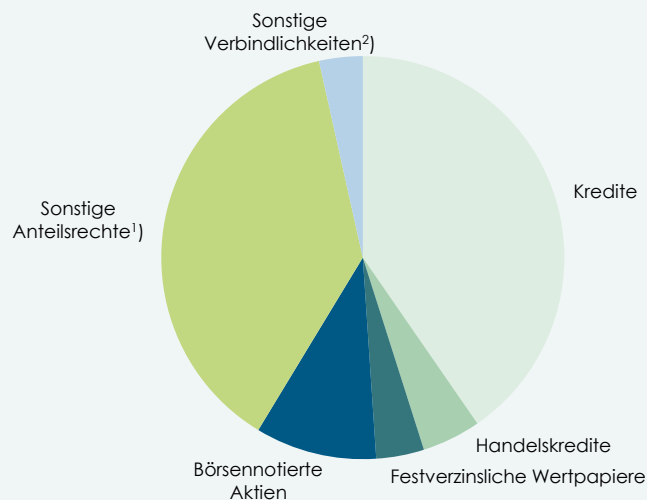
Die nichtfinanziellen Unternehmen sahen sich 2022 einem weiteren Schock ausgesetzt: Während die Störungen der Lieferketten im Zuge von COVID-19-Betriebs- und Hafensperren allmählich ausklangen, entfachte der Angriff Russlands auf die Ukraine in Europa eine Energiekrise mit scharf anziehenden Preisen für Erdöl, Gas und Strom. Eine Strategie zur Vermeidung von Produktionsausfällen im Falle von Lieferunterbrechungen besteht im Aufbau höherer Lagerbestände an Vorprodukten. Diese Strategie wurde z. B. von französischen Unternehmen erfolgreich eingesetzt (Lafrogne-Joussier et al., 2023). Im Laufe des Jahres 2022 erforderte die Verknappung von Erdgas in Verbindung mit der unsicheren Versorgungslage zusätzlich eine Einlagerung von Gas durch Großverbraucher und die Republik Österreich.

Die mit dem Lageraufbau verbundene Finanzierung belebte bereits ab dem II. Quartal 2021 die Kreditnachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen. Das Ende des Lageraufbaus im IV. Quartal 2022 und die im Vorjahresvergleich leicht rückläufigen nominalen Ausrüstungsinvestitionen (-0,8%) dämpf-

ten jedoch Ende 2022 die Kreditnachfrage (Hubmann, 2023). Auf der Angebotsseite setzte um die Jahreswende 2021/22 eine Verschärfung der Kreditbedingungen und eine Ausweitung der Zinsmargen ein. Die Zinssätze für Neukredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr und einem Volumen von über 1 Mio. € kletterten im Jahresverlauf 2022 von rund 1,4% (Jänner) auf 3,1% im Dezember. Die Kreditrichtlinien wurden ab Mitte 2022 verbreitet strenger gefasst. Die Kreditwirtschaft begründete diese Richtungsänderung mit der Konjunkturertrübung und ihrer negativen Rückwirkung auf die Kreditwürdigkeit der Unternehmen. Trotzdem weiteten die nichtfinanziellen Unternehmen 2022 ihr Kreditvolumen im Vorjahresvergleich um 9,2% aus (2021 +8,6%).

Die kräftige Ausweitung des Kreditvolumens machte sich auch in der Finanzierungsstruktur der nichtfinanziellen Unternehmen bemerkbar. Im Gegensatz zum angelsächsischen Raum beruht die Unternehmensfinanzierung in Österreich traditionell stark auf Finanzintermediären, wodurch der Anteil von Krediten an den Passiva hoch ist. Im Jahr 2022 bildeten Kredite mit 40% der Passiva erneut die wichtigste Finanzierungsquelle, knapp vor den sonstigen Anteilsrechten (38%; Abbildung 5).

Abbildung 5: **Struktur der Finanzverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen**
III. Quartal 2022



Q: OeNB. Die Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen beliefen sich im III. Quartal 2022 auf insgesamt 961 Mrd. €. – ¹⁾ Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²⁾ Kapitalgedeckte Pensionsansprüche und sonstige Verbindlichkeiten einschließlich Finanzderivate.

Die Zahl der Insolvenzen erreichte 2022 wieder das Niveau vor der COVID-19-Pandemie; die erwartete Insolvenzwelle blieb aus.

Von den verbleibenden Finanzierungsquellen blieb der Anteil börsennotierter Aktien mit 9,7% der Passiva deutlich hinter dem Vorjahreswert zurück. Dafür waren hauptsächlich hohe Kursverluste infolge des allgemein schlechten Börsenklimas verantwortlich, aber auch das geringe Volumen an Neu-

emissionen. Niedrige Kurse senken den Erlös durch Neuemissionen und machen damit die Außenfinanzierung über Aktienemissionen unattraktiver. Erstaunlicherweise nutzten die nichtfinanziellen Unternehmen die ausklingende Phase niedriger Zinssätze nicht für eine Ausweitung festverzinslicher Wertpa-

piere; auch Handelskredite wurden 2022 weniger intensiv genutzt. Trotzdem dürfte es im Jahr 2022 zu einer Verschiebung von der Eigen- zur Fremdfinanzierung gekommen sein; am Ende des III. Quartals lag der Fremdfinanzierungsanteil bereits bei 52,4%, während Eigenkapital 47,6% der Passiva ausmachte. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreichte im Jahresverlauf 2022 wieder das Niveau vor der COVID-19-Pandemie. Mit rund 4.800 angemeldeten Insolvenzen (laut KSV 1870) blieb jedoch die allgemein erwartete Insolvenzrate nach dem Auslaufen der staatlichen COVID-19-Unterstützungen aus.

Aufgrund der lebhaften Kreditnachfrage nichtfinanzieller Unternehmen verschob sich das Kundenspektrum der Kreditwirtschaft 2022 weiter in deren Richtung. Ihr Anteil am Kreditvolumen (ohne Interbankkredite) stieg

auf 47% (2021: 45%). Die privaten Haushalte weiteten ihre Kreditfinanzierung hingegen nur unterdurchschnittlich aus, sodass ihr Anteil auf 44% zurückging. Stark rückläufig war der Anteil von Krediten an die öffentliche Hand (2022: 5,3%, nach 6,2% 2021).

Das Kreditvolumen (ohne Interbankkredite) stieg 2022 um insgesamt 5,2%, womit Österreich nahe am Vergleichswert für den Euro-Raum lag (+4,8%). Auf dem österreichischen Interbankenmarkt beruhigte sich die Lage nach den Ausnahmejahren 2020 und 2021 wieder; das Kreditvolumen sank auf 212 Mrd. € (2021: 234 Mrd. €). Gleichzeitig reduzierten die österreichischen Kreditinstitute ihre Überschussreserven im System der Europäischen Zentralbanken substanziell von 125 Mrd. € Ende 2021 auf nur noch 1 Mrd. € im Dezember 2022.

Das Wachstum des Kreditvolumens in Österreich entsprach 2022 mit rund 5% jenem im Euro-Raum.

5. Ertragslage im Kreditwesen deutlich verbessert

Die Ertragslage im Kreditwesen verbesserte sich 2022 deutlich. Infolge der Nullzinspolitik und des "Quantitative Easing" durch die EZB waren die Zinssätze für Einlagen und Kredite spürbar gesunken. Der daraus entstehende Ertragsdruck im Kreditwesen wurde durch die ausgiebige Nutzung von Refinanzierungsmöglichkeiten der EZB, die vorsichtiger Zinspolitik auf der Einlagenseite und niedrige Geldmarktzinssätze aufgefangen. Dadurch konnte der Nettozinsertrag als wichtigste Ertragsquelle des Sektors stabilisiert werden. Die Kehrtwende in der Geldpolitik zur Jahresmitte 2022 führte zur Einstellung von Zinszahlungen der Kreditinstitute an die EZB. Gemeinsam mit der dynamischen Ausweitung des Kreditgeschäftes ermöglichte dies im Vorjahresvergleich eine Steigerung des Nettozinsertrags um 18%. Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft litt unter der schwachen Kursentwicklung an den Börsen und gab um 8% nach, während die sonstigen betrieblichen Erträge mit +18% gleich stark zulegen wie das Zinsergebnis.

Filialschließungen ermöglichten einen Abbau des Personalaufwands um 6,7%; der Sachaufwand sank ebenfalls leicht (-2%), während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen deutlich um 10% zulegen. Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis (Cost-Income-Ratio) konnte damit merklich auf 59% gesenkt werden (2021: 67,2%). Angesichts leicht rückläufiger Betriebsaufwendungen stieg das Betriebsergebnis 2022 um 40% auf 9,7 Mrd. € bzw. 11,4% des im Jahresdurchschnitt eingesetzten Eigenkapitals (2021: 8,4%).

Im Hinblick auf das gute operative Ergebnis und die Zunahme der Insolvenzfälle verdreifachte der Sektor die Vorsorgen für Kreditrisiken auf 1,8 Mrd. €. Die schwierige Entwicklung auf den Kapitalmärkten mit gleichzeitig sinkenden Kursen für Anleihen und Aktien

erforderte auch für diese Aktiva deutlich höhere Wertberichtigungen von 1,8 Mrd. €. Damit konnte ein Jahresüberschuss nach Steuern von voraussichtlich 5 Mrd. € erzielt werden, was einer Nettoeigenkapitalrendite (Return on Equity) von 5,9% entspräche (2021: 7,9%).

Finanzdienstleistungen sind von der fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung besonders stark betroffen. Das umfasst nicht nur die Verbuchung von Finanztransaktionen, sondern auch den Kundenkontakt. Transaktionen über digitale Handelsplattformen, Möglichkeiten des mobilen Datentransfers, Internetbanking und Foyerautomaten ersetzen zunehmend den persönlichen Kontakt. Dadurch rücken der Bedienungskomfort digitaler Kommunikationswege sowie die Höhe von Gebühren und Zinssätzen stärker ins Zentrum des Wettbewerbs um Kunden. Die Konkurrenz durch FinTech-Unternehmen führt derzeit noch nicht zu einem Margendruck, sondern es überwiegen Kooperationen zwischen Kreditinstituten und FinTechs, wobei vor allem zusätzliche Dienstleistungen und Produktinnovationen entwickelt werden. Rund 40% der heimischen Kreditinstitute kooperieren bereits mit FinTechs, weitere 20% planen eine Zusammenarbeit. Eine radikale Verschiebung der Geschäftstätigkeit zu neuen Anbietern ist derzeit noch nicht absehbar (Finanzmarkt-aufsicht, 2022).

Der mit der Digitalisierung verbundene leichtere Zugang zu Bankdienstleistungen erfordert auch eine entsprechende Anpassung des Filialnetzes. Im Jahr 2022 konzentrierte sich die Konsolidierung mit dem Abbau von 23 Hauptanstalten auf den Raiffeisensektor. Weiters zogen sich zwei Zweiganstalten ausländischer Bankinstitute vom österreichischen Markt zurück. Im Bereich der Nebenanstalten beschleunigte sich die Bereinigung

Die geringen Provisionserlöse schmälerten die Eigenkapitalrendite.

Die zunehmende Digitalisierung führt weiterhin zu einer Ausdünnung des Filialnetzes.

deutlich. Von den insgesamt 141 Schließungen entfiel der Großteil mit jeweils rund 50 Schließungen auf die Aktienbanken und die Raiffeisenkassen; auch der Sparkassen-sektor dünnte sein Filialnetz um 24 Standorte aus. Gegenüber dem ersten Jahr der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (2008) hat sich die Zahl der Hauptanstalten damit um 374 bzw. 43%, jene der Zweigstellen um 954 bzw. 22% verringert.

Die Finanzmarktaufsicht erhöhte zu Jahresende die Eigenkapitalvorgaben für systemrelevante Kreditinstitute.

Die Sberbank Europe wurde kurz nach Verhängung von Boykottmaßnahmen gegen Russland abgewickelt.

Die von der BIZ errechnete negative Kreditlücke signalisiert eine Unterauslastung des heimischen Kreditmarkts.

Das Ausmaß der Kursverluste an der Wiener Börse entsprach 2022 dem internationalen Durchschnitt.

2022 verlor auch ein weltweit diversifiziertes Portfolio deutlich an Wert.

Im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode gelang es der Kreditwirtschaft, den Anteil der notleidenden oder uneinbringlichen Forderungen am begebenen Kreditvolumen (Non-Performing Loan-Ratio) auf 1,4% zu senken (2021: 1,5%). Daten zu den aggregierten Eigenmitteln und Eigenmittelerfordernissen der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute liegen bisher nur bis zum III. Quartal 2022 vor. Der Eigenkapitalaufbau geriet 2022 wegen des niedrigeren Jahresüberschusses ins Stocken. Da aber gleichzeitig die Aktiva kräftig ausgeweitet wurden, gab die risikogewichtete Kernkapitalquote leicht auf 16,1% nach. Die Finanzmarktaufsicht (FMA) erhöhte zu Jahresende 2022 die Vorgaben für den Systemrisikopuffer und den Systemrelevante Institute-Puffer (O-SII-Puffer) um 0,25 bis 0,5 Prozentpunkte. Die Eigenkapitalzufuhr soll bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Die FMA begründete die Erhöhung mit der gestiegenen Unsicherheit durch den Ukraine-Krieg und der hohen Inflation (Pressemitteilung vom 22. 12. 2022). Das Verhältnis liquider Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten gibt die Widerstandsfähigkeit des Kreditwesens gegenüber einem umfangreichen Abzug von Einlagen an. Es lag Ende des

III. Quartals 2022 mit 67,8% um knapp 11 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau.

Die Finanzmarktaufsicht setzte in Österreich einen Teil des EU-Sanktionspaketes gegen russische Kreditinstitute um. Dieses unter-sagte der Sberbank Europe Anfang März 2022 die Fortführung der Geschäftstätigkeit. Das Institut hatte 3.800 Beschäftigte in acht Niederlassungen in Zentral-, Ost- und Südost-europa und erwirtschaftete eine Bilanzsumme von 13,5 Mrd. €. Die Kund:innen der Sberbank in Österreich konnten vom heimischen Einlagensicherungsfonds die Auszahlung gesicherter Einlagen innerhalb von zehn Arbeitstagen beanspruchen; Kreditnehmer:innen waren durch diesen Schritt weder von der Schuldentilgung noch von der Zinszahlung befreit. Die Verwertung der Aktiva der Sberbank Europe dauerte bis zum Dezember 2022 und ermöglichte eine vollständige Kompensation des Aufwands der Einlagensicherung.

Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berechnete Lücke im Verhältnis zwischen Kreditvolumen und BIP⁵⁾ zeigt bei negativen Werten eine Unteraus-nutzung von Kreditfinanzierungen. Ein positiver Wert würde hingegen eine Überhitzung des Kreditmarktes andeuten. Für das III. Quartal 2022 errechnete die BIZ einen Wert von -3,2% und signalisiert damit ein zu-sätzliches Potenzial zur Kreditvergabe in Ös-terreich. Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) teilte diese Schlussfolgerung in Bezug auf den Gesamtmarkt und setzte den anti-zyklischen Kapitalpuffer weiterhin mit null fest (FMSG, 5. 12. 2022)⁶⁾.

6. ATX fällt im internationalen Gleichklang

Die Entwicklung der Aktienmärkte war in der ersten Jahreshälfte 2022 durch die Zins-wende in den USA gekennzeichnet. Nach der Ankündigung der Einstellung von Wert-papierankäufen im Dezember 2021 setzte die Federal Reserve Bank ab 16. März 2022 mehrere Zinsschritte, die die Finanzierungs-kosten für gehebelte Geschäfte am Aktienmarkt verteuerten. Zusätzlich setzte der Ausbruch des Ukraine-Krieges eine Talfahrt der Börsen in Gang, die den britischen und den japanischen Markt tendenziell schwächer traf als die Aktienmärkte in Kontinentaleu-ropa und den USA (Abbildung 6).

Die Wiener Börse schloss das Jahr mit einem Kursverlust von 17% gegenüber dem End-stand 2021 ab. Der ATX entwickelte sich da-mit in etwa im Gleichklang mit dem deut-schen DAX (-15%) bzw. dem Standard & Poors 500 der USA (-16%). Die intensiveren

Handelsverflechtungen österreichischer Un-ternehmen mit Russland machten sich 2022 nicht in Form eines zusätzlichen Abschlags bemerkbar. In den USA war der Kursverfall je nach Unternehmensgröße unterschiedlich ausgeprägt. Indizes mit einem Schwerpunkt auf Großkonzerne litten weniger unter der allgemeinen Stimmungseintrübung; so schloss z. B. der Dow Jones nur um 6% unter dem Schlusswert des Vorjahres.

Der MSCI-Weltindex sackte 2022 auf Dollar-basis um rund 20% ab; in Euro waren es 14% gegenüber dem Vorjahr. Unter Berücksichti-gung der Dividendenausschüttungen und umgerechnet in Euro verlor ein internationa-les MSCI-gewichtetes Portfolio 2022 12% an Wert. Die Unsicherheit auf den Aktienmärkten nahm 2022 deutlich zu. Die implizite Volatilität von Optionen auf Aktien der Chi-cago Board Options Exchange (VIX) lag im

⁵⁾ Die Lücke ergibt sich aus dem Unterschied zwi-schen dem aktuellen und dem über die Zeit mittels Hodrick- Prescott-Filtern geglätteten Kredit-BIP-Verhältnis.

⁶⁾ <https://www.fmsg.at/publikationen/presseaussendungen/2022/34te-sitzung.html>.

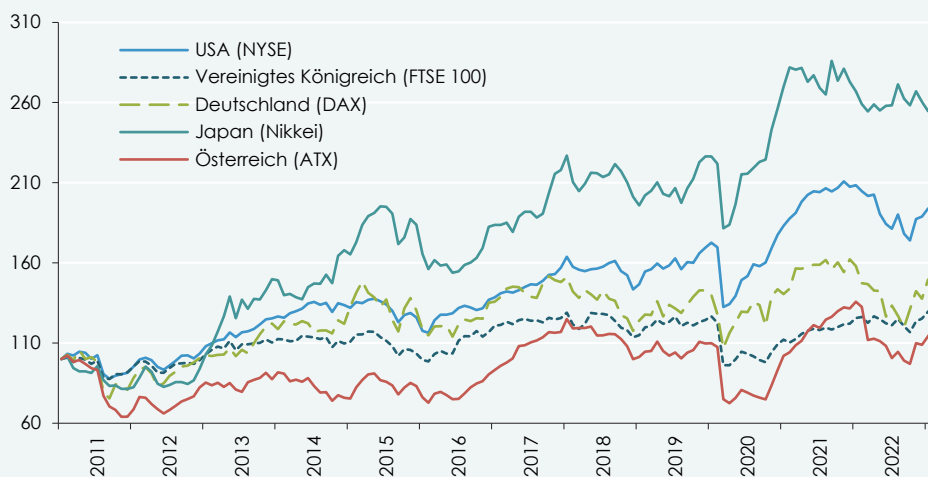
Jahresdurchschnitt bei 25,6% und damit über dem langfristigen Mittel seit der Index-Einführung im Jahr 1986 (20,1%).

Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse sank wegen des Kursverfalls auf 114,9 Mrd. € oder 26% des nominellen BIP (2021: 35,4%). Der durchschnittliche Umsatz je Monat erhöhte sich 2022 hingegen leicht auf

5,9 Mrd. € (2021: 5,7 Mrd. €). Dies lag vor allem am gestiegenen Interesse an inländischen Aktien und Zertifikaten, während sich das Umsatzvolumen ausländischer Aktien abermals verringerte. Weiterhin stark präsentierte sich die Wiener Börse als Emissionsplatz für ausländische Anleihen. Mit 5.700 Emissionen wurde der hohe Vorjahreswert nur wenig unterschritten (2021: 6.700).

Abbildung 6: **Internationale Börsenindizes**

Jänner 2011 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

Im Jahr 2022 fielen sinkende Kurse auf den Aktienmärkten mit Wertverlusten für festverzinsliche Wertpapiere zusammen. Die außergewöhnlich hohe Korrelation erzeugte für institutionelle Investoren schwierige Rahmenbedingungen in der Veranlagung. Die österreichischen Pensionskassen erwirtschafteten 2022 eine Rendite von -9,7% und lagen damit deutlich unter dem durchschnittlichen Ertrag seit der Einführung im Jahr 1997 (+4% p. a.). Die betrieblichen Pensionskassen

konnten ihre Verluste durch einen höheren Anteil von Immobilien im Portfolio etwas geringer halten (-8,8%), während die überbetrieblichen Pensionskassen mit -9,8% ein überdurchschnittlich schwaches Ergebnis erzielten. In den Pensionskassen wurde Ende 2022 ein Vermögen von insgesamt 24,8 Mrd. € oder 5,5% des BIP veranlagt; die Vorsorgekassen verwalteten Ersparnisse im Wert von 16,6 Mrd. € bzw. 3,7% des BIP.

Die Kapitalveranlagung der Pensionskassen schrieb 2022 Verluste, da die Kurse auf den Anleihe- und Aktienmärkten gleichzeitig sanken.

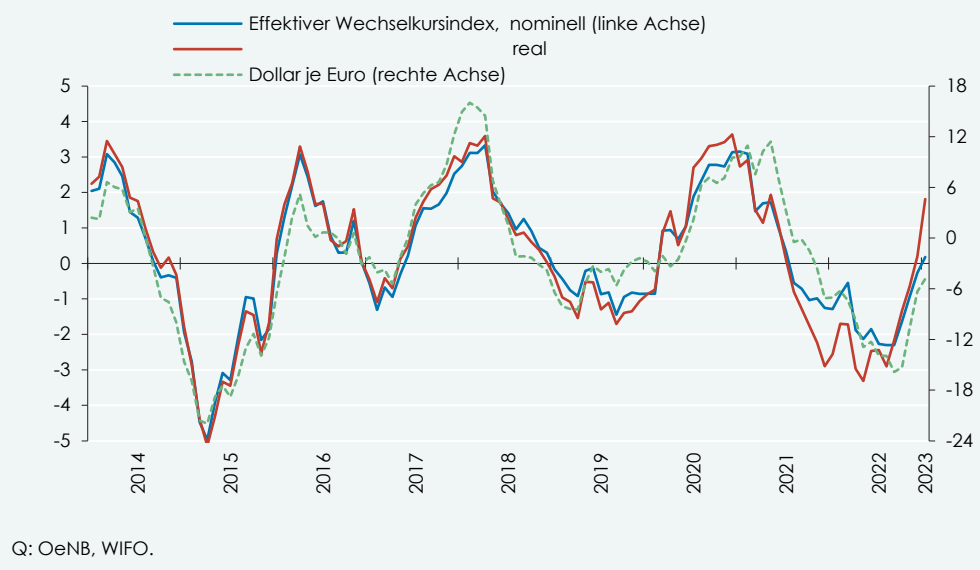
7. Nominell- und real-effektive Abwertung verbessert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Die Entwicklung des effektiven Wechselkursindex wird kurzfristig von Bewegungen des Dollar dominiert, weil es innerhalb der Europäischen Währungsunion keine Wechselkurschwankungen gibt und einige Währungen im asiatischen Raum an den Dollar gebunden sind. Bis zum Herbst 2022 hielt die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar an; danach setzte im November eine Korrekturbewegung ein, die bis ins I. Quartal 2023 andauerte. Der Dollar wurde durch die zeitlich vorgelagerte und intensivere Straffung der Geldpolitik in den USA sowie durch fehlende Aufwendungen für teure Energieimporte gestärkt. Die wirtschaftspolitische Grundströmung des "America First" und umfangreiche

Subventionen von Betriebsansiedelungen durch die Regierung verstärkten ebenso den Kapitalzufluss in die USA. Trotz Anhebung der Leitzinssätze durch die EZB ab Mitte 2022 begann der Euro erst im November mit einer Korrekturbewegung. Insgesamt ergab sich im Jahresdurchschnitt 2022 im Vergleich zum Vorjahr eine nominell-effektive Abwertung um 1,5% (Abbildung 7), die überwiegend durch die Kursverluste des Euro gegenüber dem Dollar geprägt war. Abwertungen gegenüber dem Rubel, dem Renminbi und dem Schweizer Franken verstärkten den Trend, während Aufwertungen gegenüber der türkischen Lira und dem Forint dämpfend wirkten.

Abbildung 7: **Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Die niedrigeren Inflationsraten in Österreich verstärkten 2022 die nominell-effektive Abwertung.

Die Verknüpfung von Veränderungen der relativen Preise zwischen Österreich und seinen Handelspartnern mit dem jeweiligen Wechselkurs liefert ein umfassenderes Bild der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Die Entwicklung der relativen Preise lässt sich näherungsweise ermitteln, indem man den Verbraucherpreisindex in Österreich mit jenem des jeweiligen Handelspartners vergleicht. Mittel- bis langfristig sollten nominelle Wechselkursschwankungen durch

eine gegenläufige Entwicklung der Inflationsraten ausgeglichen werden (Kaufkraftparitätentheorie); allerdings ändern sich Wechselkurse täglich, während der Verbraucherpreisindex nur monatlich erfasst und publiziert wird. Darüber hinaus erfolgen Preisadjustierungen wesentlich langsamer. Da 2022 die Inflation in Österreich schwächer war als bei den Handelspartnern, wurde die nominell-effektive Abwertung noch einmal verstärkt und lag real-effektiv bei 2%.

8. Ausblick

Die Geldpolitik wird bis Ende 2024 sowohl in den USA als auch im Euro-Raum auf die Senkung der Inflationsrate ausgerichtet bleiben. Im Februar 2023 lag der Preisauftrieb mit 8,5% (Euro-Raum) bzw. 6,4% (USA) deutlich über dem angestrebten Zielwert von mittelfristig durchschnittlich 2%. Noch wichtiger für die Einschätzung des kurzfristigen geldpolitischen Kurses ist die nach wie vor hohe Dynamik der Kerninflation. Sie lässt auf eine ausgeprägte Übertragung importierter Rohstoffpreissteigerungen auf die Löhne und Preise im Inland schließen. Der Arbeitsmarkt ist in beiden Regionen angespannt – ablesbar an den sehr niedrigen Arbeitslosenquoten. Das derzeit hohe Volumen des Geldmengenaggregates M3 deutet auch für die nähere Zukunft ein beträchtliches Inflationspotenzial an. Die EZB und die Federal Reserve Bank setzen dementsprechend ihren Kurs regelmäßiger Zinserhöhungen bis zum März 2023 fort; weitere Anhebungen zu den nächsten Sitzungsterminen sind wahrscheinlich. Die scharfe Zinswende im Euro-Raum wurde auch durch das Auseinanderdriften der Inflationsraten zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der Währungsunion notwendig. Im Oktober 2022 betrug der Ab-

stand zwischen dem Land mit der niedrigsten (Frankreich) und jenem mit der höchsten Inflationsrate (Estland) innerhalb des Euro-Raums 18,6 Prozentpunkte. Bis Februar 2023 hat sich der Abstand nur wenig auf 15,3 Prozentpunkte verringert (Baumgartner et al., 2023).

Das hohe Volumen von M3 wurde seit 2007 aufgebaut, wobei die COVID-19-Pandemie 2020 für einen weiteren Schub sorgte. Zusätzlich zur Ausweitung der Geldmenge verlängerte die EZB durch Wertpapierankäufe auch ihre Bilanzsumme und hielt von 2009 bis Ende 2022 die Leitzinssätze niedrig. Laut Grimm et al. (2023) erhöhen lange Perioden expansiver Geldpolitik durch übermäßiges Kreditwachstum und steigende Wertpapier- bzw. Immobilienpreise die Wahrscheinlichkeit für eine Finanzmarktkrise innerhalb der nächsten fünf bis neun Jahre. Jiang et al. (2023) zeigen umgekehrt das Verlustpotenzial einer zinspolitischen Wende für Kreditinstitute mit hoher Fristentransformation, d. h. mit einer sehr kurzfristigen Finanzierung durch täglich fällige Einlagen oder Geldmarktpapiere bei gleichzeitiger Investition dieser Mittel in Veranlagungen mit langer Restlaufzeit.

Im März 2023 zeigten sich erstmals die von Jiang et al. (2023) vorhergesagten Folgen der Zinswende. Neben mehreren mittelgroßen Banken in den USA litt auch die Credit Suisse unter einem Vertrauensverlust und war starken Abflüssen an Sicht- und Spareinlagen ausgesetzt. Durch erfolgreiche Auffangaktionen konnten die jeweiligen Regierungen und Zentralbanken eine großflächige Ausbreitung der Unsicherheit verhindern. Eine umfassende Übertragung auf den Euro-Raum ist auch wegen des niedrigen direkten Veranlagungsvolumens in den insolventen Banken unwahrscheinlich. Indirekte Effekte der Zinswende durch Wertverluste im Anleiheportfolio der Kreditwirtschaft sind hingegen möglich. Die regulatorischen Vorgaben in Basel III geben allerdings einen ausreichenden Bestand an kurzfristigen liquiden Anlagen auf der Aktivseite und eine längere Bindungszeit für die Mittelbeschaffung auf der Passivseite vor, womit sie die Übertragungsfahrgefahr dämpfen.

Während die Aktienkurse im I. Quartal 2023 ihren Anstieg vom Jahresende 2022 fortsetzten, sind die Immobilienpreise in mehreren Euro-Ländern rückläufig. Die restriktive Geldpolitik wirkt sich demnach bereits dämpfend auf die Vermögenspreise aus. Laut Scoreboard der Europäischen Kommission⁷⁾ wurden im III. Quartal 2021 noch in 16 Mitgliedsländern überhöhte Preisanstiege bei Immobilien (mehr als +6% gegenüber dem Vorjahr) beobachtet, im III. Quartal 2022 dagegen nur mehr in Portugal.

Das Geschäftsvolumen der österreichischen Kreditwirtschaft wird 2023 wegen der abflauenden Kreditnachfrage schwächer zulegen als im Vorjahr. Zusätzlich dürfte sich die zuletzt verhaltene Kursentwicklung an den Börsen dämpfend auf die Gebühreneinnahmen der Finanzintermediäre auswirken. Trotzdem rechnet das WIFO für 2023 mit einem weiteren Wachstum der realen Wertschöpfung in den Finanzdienstleistungen.

9. Literaturhinweise

- Ball, L. M., Leigh, D., & Mishra, P. (2023). Understanding U.S. Inflation During the COVID Era. *NBER Working Paper*, (30613).
- Baumgartner, J., Scheiblecker, M., & Url, T. (2023). *Maintaining credibility is currently the top priority*. European Parliament, Monetary Dialogue Papers. https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/258100/Maintaining_credibility_is_currently_the_top_priority.pdf.
- Blanchard, O., Domash, A., & Summers, L. (2022). Bad News for the Fed from the Beveridge Space. *Peterson Institute for International Economics, PIIE Policy Briefs*, (22-7).
- Chinn, M., & Kucko, K. (2015). The Predictive Power of the Yield Curve Across Countries and Time. *International Finance*, 18(2), 129-156. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/inf.12064>.
- Dreger, C., & Wolters, J. (2010). Investigating M3 Money Demand in the Euro Area. *Journal of International Money and Finance*, 29(1), 111-122. <https://doi.org/10.1016/j.jimonfin.2009.02.002>.
- Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2022). *Digitalisierung am österreichischen Finanzmarkt 2021*. <https://www.fma.gv.at/wp-content/plugins/dw-fma/download.php?d=5520&nonce=f780f43b222be2d4>.
- Giovanni, J., Kalemli-Özcan, S., Silva, A., & Yildirim, M. A. (2023). Quantifying the Inflationary Impact of Fiscal Stimulus Under Supply Constraints. *NBER Working Paper*, (30892).
- Grimm, M., Jorda, O., Schularick, M., & Taylor, A. M. (2023). Loose Monetary Policy and Financial Stability. *NBER Working Paper*, (30985).
- Hartmann, P., & Smets, F. (2018). The European Central Bank's Monetary Policy During its First 20 Years. *Brookings Papers of Economic Activity*, 2018(2), 1-146. <https://doi.org/10.1353/eca.2018.0026>.
- Hubmann, G. (2023). *Nachfrage nach Wohnbaukrediten geht weiterhin zurück*. Oesterreichische Nationalbank.
- Jiang, E. X., Matvos, G., Piskorski, T., & Seru, A. (2023). Monetary Tightening and U.S. Bank Fragility in 2023: Mark-to-Market Losses and Uninsured Depositor Runs. *NBER Working Paper*, (31048).
- Lafrogne-Joussier, R., Martin, J., & Mejean, I. (2023). Supply Shocks in Supply Chains: Evidence from the Early Lockdown in China. *IMF Economic Review*, 71(1), 170-215. <https://doi.org/10.1057/s41308-022-00166-8>.
- Österreichische Bundesfinanzierungsagentur – ÖBFA (2023). Republik Österreich Schuldenmanagement – Jahresrückblick 2022. <https://www.oebfa.at/investor-relations/jahresueckblick.html>.
- Rudebusch, G. D., & Williams, J. C. (2009). Forecasting Recessions: The Puzzle of the Enduring Power of the Yield Curve. *Journal of Business & Economic Statistics*, 27(4), 492-503. <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1198/ibes.2009.07213>.
- Url, T. (2022). Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhaftere Kreditnachfrage absorbiert. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), 263-274. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69647>.

⁷⁾ <https://ec.europa.eu/eurostat/web/macroeconomic-imbances-procedure/data/scoreboard> (abgerufen am 28. 2. 2023).

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

6/2023 Economic Recovery to set in in the Second Half of 2023. Economic Outlook for 2023 and 2024

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

The international economic downturn, which unfolded in the second half of 2022 and has also affected the Austrian economy, will continue to dampen GDP growth in the first half of 2023. Around the middle of the year, the economy is forecasted to regain momentum, both in the euro area and in Austria. For the year as a whole, WIFO expects weak real GDP growth of a mere 0.3 percent. In 2024 it is projected to accelerate to 1.8 percent. Due to the significant easing of prices on the energy markets, business and household sentiment has brightened somewhat. However, domestic tariffs for household energy and thus inflation will abate with some delay.

April 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70740>

Frühere Ausgaben

5/2023 Austrian Industrial Production in a Country Comparison

Marcus Scheiblecker

April 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70718>

4/2023 Business Location Quality and Trust in Public Institutions. Executive Opinion Survey 2022

Michael Peneder, Hans Pitlik, Alexandros Charos

April 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70717>

3/2023 Slight Improvement in Economic Sentiment at the Beginning of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

März 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70672>

2/2023 The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2022

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Angela Köppl, Peter Mayerhofer, Thomas Url

Februar 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70623>

1/2023 Global Economic Downturn Hits Austria. Economic Outlook for 2022 to 2024

Stefan Ederer, Christian Glocker

Februar 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70612>

17/2022 Downturn Continues. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of October 2022

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Dezember 2022 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70493>

16/2022 Stagflation in Austria. Economic Outlook for 2022 and 2023

Christian Glocker, Stefan Ederer

Oktober 2022 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70469>

15/2022 Improvement in Unit Labour Cost Position in 2021

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

Oktober 2022 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70468>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_reports_on_austria

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	7,2	6,2	5,0	5,2	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8
USA	8,1	5,4	3,6	3,8	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,6	3,5	3,4	3,6
Japan	2,8	2,8	2,6	2,7	2,6	2,6	2,5	2,6	2,6	2,5	2,5	2,4	2,6
Euro-Raum	8,0	7,7	6,7	6,8	6,7	6,7	6,7	6,6	6,7	6,7	6,7	6,7	.
Belgien	5,6	6,3	5,6	5,3	5,8	5,4	5,7	5,4	5,6	5,7	5,8	5,8	5,8
Deutschland	3,7	3,6	3,1	3,1	3,0	3,1	3,0	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,9
Irland	5,9	6,3	4,5	4,8	4,3	4,4	4,5	4,4	4,5	4,5	4,4	4,4	4,3
Griechenland	17,6	14,8	12,4	13,1	12,6	12,3	11,8	11,9	11,7	11,8	11,8	10,3	11,4
Spanien	15,5	14,8	12,9	13,2	12,7	12,7	13,0	12,9	12,9	13,0	13,0	13,0	12,8
Frankreich	8,0	7,9	7,3	7,3	7,5	7,2	7,2	7,1	7,2	7,2	7,2	7,1	7,0
Italien	9,3	9,5	8,1	8,4	8,1	8,0	7,9	8,0	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0
Luxemburg	6,7	5,4	4,5	4,5	4,4	4,5	4,7	4,6	4,7	4,7	4,7	4,8	4,8
Niederlande	4,9	4,2	3,5	3,4	3,3	3,7	3,6	3,8	3,7	3,6	3,5	3,6	3,5
Österreich	6,1	6,2	4,8	4,6	4,4	5,1	5,0	5,2	4,6	5,5	4,9	5,1	5,0
Portugal	7,1	6,6	6,0	5,7	6,0	6,1	6,4	6,2	6,1	6,5	6,7	7,0	6,8
Slowakei	6,7	6,8	6,2	6,4	6,2	6,0	6,1	6,0	6,0	6,1	6,1	6,1	6,0
Finnland	7,8	7,6	6,8	6,7	6,4	7,2	6,8	7,3	6,4	6,7	7,2	7,1	6,6
Tschechien	2,6	2,8	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,2	2,7	2,3	2,5	2,4
Ungarn	4,1	4,0	3,6	3,6	3,5	3,6	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	3,8	3,9
Polen	3,2	3,4	2,9	2,8	2,8	3,0	2,9	3,0	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8
Schweiz	4,8	5,1	4,3	4,5	4,3	4,2	4,3

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 1,3	+ 4,0	+ 9,5	+ 7,9	+ 9,7	+10,4	+10,1	+10,6	+10,7	+10,3	+ 9,4	+ 9,2	+ 8,8
USA	+ 1,2	+ 4,7	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,6	+ 8,3	+ 7,1	+ 8,2	+ 7,7	+ 7,1	+ 6,5	+ 6,4	+ 6,0
Japan	- 0,0	- 0,2	+ 2,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,3	+ 3,3
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 0,3	+ 2,6	+ 8,4	+ 6,1	+ 8,1	+ 9,3	+10,0	+ 9,9	+10,6	+10,1	+ 9,2	+ 8,7	.
Belgien	+ 0,4	+ 3,2	+10,3	+ 9,1	+ 9,9	+11,0	+11,2	+12,1	+13,1	+10,5	+10,2	+ 7,4	+ 5,4
Deutschland	+ 0,4	+ 3,2	+ 8,7	+ 6,1	+ 8,3	+ 9,4	+10,8	+10,9	+11,6	+11,3	+ 9,6	+ 9,2	+ 9,3
Irland	- 0,5	+ 2,4	+ 8,1	+ 5,9	+ 8,4	+ 9,1	+ 8,8	+ 8,6	+ 9,4	+ 9,0	+ 8,2	+ 7,5	+ 8,1
Griechenland	- 1,3	+ 0,6	+ 9,3	+ 6,6	+10,4	+11,5	+ 8,6	+12,1	+ 9,5	+ 8,8	+ 7,6	+ 7,3	+ 6,5
Spanien	- 0,3	+ 3,0	+ 8,3	+ 7,9	+ 8,9	+10,0	+ 6,5	+ 9,0	+ 7,3	+ 6,7	+ 5,5	+ 5,9	+ 6,0
Frankreich	+ 0,5	+ 2,1	+ 5,9	+ 4,2	+ 5,9	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,1	+ 6,7	+ 7,0	+ 7,3
Italien	- 0,1	+ 1,9	+ 8,7	+ 6,0	+ 7,4	+ 8,9	+12,5	+ 9,4	+12,6	+12,6	+12,3	+10,7	+ 9,8
Luxemburg	+ 0,0	+ 3,5	+ 8,2	+ 6,8	+ 9,5	+ 8,9	+ 7,5	+ 8,8	+ 8,8	+ 7,3	+ 6,2	+ 5,8	+ 4,8
Niederlande	+ 1,1	+ 2,8	+11,6	+ 8,9	+10,4	+14,1	+13,0	+17,1	+16,8	+11,3	+11,0	+ 8,4	+ 8,9
Österreich	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+11,1	+11,0	+11,6	+11,2	+10,5	+11,6	+11,0
Portugal	- 0,1	+ 0,9	+ 8,1	+ 4,4	+ 8,2	+ 9,5	+10,2	+ 9,8	+10,6	+10,2	+ 9,8	+ 8,6	+ 8,6
Slowakei	+ 2,0	+ 2,8	+12,1	+ 8,5	+11,8	+13,3	+14,9	+13,6	+14,5	+15,1	+15,0	+15,1	+15,4
Finnland	+ 0,4	+ 2,1	+ 7,2	+ 4,8	+ 7,0	+ 8,1	+ 8,7	+ 8,4	+ 8,4	+ 9,1	+ 8,8	+ 7,9	+ 8,0
Tschechien	+ 3,3	+ 3,3	+14,8	+10,2	+15,0	+17,4	+16,5	+17,8	+15,5	+17,2	+16,8	+19,1	+18,4
Ungarn	+ 3,4	+ 5,2	+15,3	+ 8,3	+11,0	+18,0	+23,3	+20,7	+21,9	+23,1	+25,0	+26,2	+25,8
Polen	+ 3,7	+ 5,2	+13,2	+ 9,0	+12,8	+14,9	+15,9	+15,7	+16,4	+16,1	+15,3	+15,9	+17,2
Schweiz	- 0,8	+ 0,5	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,2

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2020	2021	2022	2022			2023		2022		2023		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	- 4,3	+ 23,0	- 3,9	- 2,3	- 10,1	- 12,3	- 2,8	- 11,7	- 10,0	- 7,2	- 1,4	+ 0,4	
Euro-Raum, STOXX 50	- 4,7	+ 22,9	- 6,6	- 8,3	- 13,7	- 11,5	+ 3,5	- 10,8	- 7,8	- 3,8	+ 3,8	+ 10,7	
Deutschland, DAX 30	+ 1,9	+ 23,3	- 8,8	- 9,7	- 16,7	- 12,8	+ 1,7	- 11,7	- 9,2	- 5,5	+ 2,1	+ 8,9	
Österreich, ATX	- 20,5	+ 42,5	- 7,0	- 5,3	- 17,8	- 19,6	- 8,2	- 16,9	- 17,2	- 16,0	- 9,7	+ 2,0	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 13,7	+ 11,6	+ 5,1	+ 5,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 4,2	+ 1,4	+ 2,7	+ 3,3	+ 5,0	+ 4,4	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 22,1	+ 20,4	- 14,6	- 10,5	- 27,8	- 28,9	- 15,0	- 25,8	- 22,4	- 21,0	- 15,8	- 7,5	
Tschechien, PX 50	- 11,6	+ 29,1	+ 6,4	+ 16,9	- 3,0	- 13,1	- 3,9	- 9,8	- 15,2	- 10,5	- 3,2	+ 2,2	
Ungarn, BUX Index	- 10,2	+ 29,6	- 9,6	- 9,5	- 17,8	- 18,2	- 8,2	- 16,5	- 11,3	- 12,5	- 9,4	- 1,3	
Polen, WIG Index	- 13,9	+ 29,4	- 12,8	- 9,1	- 24,6	- 25,5	- 9,2	- 23,8	- 16,9	- 13,2	- 8,3	- 6,3	
Russland, RTS Index	- 4,0	+ 28,0	- 27,1	- 25,6	- 30,2	- 38,6	- 27,9	- 35,3	- 35,8	- 32,8	- 28,6	+ 4,6	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 2,0	+ 26,4	- 3,2	- 4,2	- 9,0	- 8,5	- 4,2	- 6,7	- 6,1	- 5,1	- 2,9	- 4,5	
USA, S&P 500 Index	+ 10,5	+ 32,8	- 4,1	- 1,9	- 10,0	- 16,3	- 10,4	- 16,1	- 16,3	- 13,4	- 8,0	- 9,6	
Brasilien, BM&FBOVESPA	- 1,9	+ 18,4	- 6,2	- 12,1	- 11,1	+ 4,6	- 4,1	+ 7,6	+ 1,8	+ 3,8	- 4,0	- 10,9	
Asien													
Japan, Nikkei 225	+ 4,7	+ 27,0	- 5,5	- 7,2	- 3,3	- 5,0	+ 0,5	- 5,0	- 4,6	- 4,7	+ 1,6	+ 4,2	
China, Shanghai Index	+ 7,2	+ 13,1	- 8,9	- 9,5	- 8,7	- 14,0	- 4,9	- 13,0	- 13,6	- 9,6	- 5,6	- 0,5	
Indien, Sensex 30 Index	- 1,1	+ 41,8	+ 7,5	+ 9,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,6	+ 7,1	+ 1,5	+ 4,6	+ 3,7	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2020	2021	2022	2022			2023		2022		2023		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar	
	In %												
USA	0,6	0,1	2,2	1,4	2,8	4,3	4,8	3,9	4,5	4,5	4,6	4,7	4,9
Japan	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	.	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	.
Kanada	0,6	0,2	2,6	1,8	3,4	4,4	4,7	4,2	4,4	4,6	4,8	4,7	4,8
Euro-Raum	- 0,4	- 0,5	0,3	- 0,4	0,5	1,8	2,6	1,4	1,8	2,1	2,3	2,6	2,9
Tschechien	0,9	1,1	6,3	6,0	7,3	7,3	7,2	7,3	7,3	7,3	7,2	7,2	7,2
Dänemark	- 0,2	- 0,2	0,6	- 0,1	0,8	2,1	2,8	1,8	2,1	2,3	2,6	2,9	3,1
Ungarn	0,7	1,4	10,0	6,8	12,1	16,2	16,5	16,7	15,5	16,5	16,7	17,0	15,8
Polen	0,6	0,6	6,2	6,6	7,1	7,3	6,9	7,5	7,3	7,0	7,0	6,9	6,9
Schweden	- 0,1	- 0,2	0,7	0,2	1,1	1,8	3,0	1,6	1,7	2,0	2,7	3,0	3,2
Vereinigtes Königreich	0,3	0,1	2,0	1,3	2,3	3,6	4,2	3,4	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3
Norwegen	0,7	0,5	2,1	1,4	2,6	3,4	3,4	3,3	3,5	3,3	3,3	3,3	3,7
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,6	0,1	0,6	.	0,5	0,5	0,7	1,0	1,0	.

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2020	2021	2022	2022			2023	2022			2023		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
	In %												
USA	0,9	1,4	3,0	2,9	3,1	3,8	3,6	4,0	3,9	3,6	3,5	3,8	3,7
Japan	- 0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	0,5	0,5	0,4
Kanada	0,8	1,4	2,8	3,0	3,0	3,2	3,0	3,4	3,2	2,9	2,9	3,2	3,0
Euro-Raum	0,2	0,2	2,0	2,0	2,3	3,0	3,2	3,2	2,9	3,0	3,0	3,2	3,2
Belgien	- 0,1	- 0,0	1,7	1,7	2,0	2,7	2,9	2,8	2,7	2,7	2,8	3,0	3,0
Deutschland	- 0,5	- 0,4	1,1	1,0	1,3	2,1	2,3	2,2	2,1	2,1	2,2	2,4	2,4
Irland	- 0,1	0,1	1,7	1,7	2,0	2,6	2,8	2,7	2,5	2,6	2,7	2,9	2,9
Griechenland	1,3	0,9	3,5	3,5	3,8	4,5	4,3	4,9	4,4	4,2	4,3	4,3	4,3
Spanien	0,4	0,3	2,2	2,1	2,5	3,1	3,3	3,3	3,1	3,1	3,2	3,4	3,4
Frankreich	- 0,1	0,0	1,7	1,6	1,9	2,7	2,8	2,8	2,6	2,6	2,7	2,9	2,9
Italien	1,2	0,8	3,2	3,0	3,6	4,3	4,3	4,5	4,2	4,3	4,2	4,3	4,2
Luxemburg	- 0,4	- 0,4	1,7	1,7	2,1	2,8	2,9	3,0	2,7	2,7	2,7	2,9	3,0
Niederlande	- 0,4	- 0,3	1,4	1,2	1,7	2,4	2,6	2,5	2,4	2,4	2,5	2,7	2,8
Österreich	- 0,2	- 0,1	1,7	1,6	1,9	2,8	3,0	2,9	2,7	2,7	2,8	3,0	3,1
Portugal	0,4	0,3	2,2	2,2	2,4	3,1	3,2	3,3	3,0	3,1	3,1	3,3	3,3
Finnland	- 0,2	- 0,1	1,7	1,6	2,0	2,8	2,9	2,9	2,7	2,7	2,8	2,9	3,0
Dänemark	- 0,4	- 0,1	1,5	1,4	1,7	2,4	2,5	2,6	2,4	2,3	2,4	2,5	2,6
Schweden	- 0,0	0,3	1,5	1,7	1,7	2,1	2,3	2,3	2,1	2,0	2,1	2,4	2,4
Vereinigtes Königreich	0,3	0,7	2,4	2,0	2,6	3,5	3,5	4,0	3,3	3,4	3,4	3,5	3,5
Norwegen	0,8	1,4	2,8	2,8	3,1	3,3	3,1	3,5	3,2	3,0	3,0	3,2	3,1
Schweiz	- 0,5	- 0,3	0,8	0,9	0,8	1,2	1,3	1,3	1,1	1,3	1,3	1,4	1,2

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2020	2021	2022	2022				2023	2022		2023		März
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,14	1,18	1,05	1,12	1,07	1,01	1,02	1,07	1,02	1,06	1,08	1,07	1,07
Yen	121,78	129,86	138,01	130,46	138,14	139,20	144,22	141,98	145,12	142,82	140,54	142,38	143,01
Schweizer Franken	1,07	1,08	1,01	1,04	1,03	0,97	0,98	0,99	0,98	0,99	1,00	0,99	0,99
Pfund Sterling	0,89	0,86	0,85	0,84	0,85	0,86	0,87	0,88	0,87	0,87	0,88	0,89	0,88
Schwedische Krone	10,49	10,14	10,63	10,48	10,47	10,62	10,94	11,20	10,88	10,99	11,21	11,17	11,23
Dänische Krone	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,45
Norwegische Krone	10,72	10,16	10,10	9,93	10,02	10,06	10,39	10,98	10,34	10,45	10,71	10,95	11,29
Tschechische Krone	26,46	25,65	24,56	24,64	24,63	24,58	24,39	23,78	24,37	24,27	23,96	23,71	23,68
Russischer Rubel	82,65	87,23	73,88	98,28	71,97	60,66	64,61	78,64	62,30	70,53	75,37	78,73	81,81
Ungarischer Forint	351,21	358,46	390,94	364,10	385,33	403,46	410,89	388,65	406,68	407,68	396,03	384,91	385,01
Polnischer Zloty	4,44	4,56	4,68	4,62	4,65	4,74	4,73	4,71	4,70	4,68	4,70	4,74	4,69
Neuer Rumänischer Leu	4,84	4,92	4,93	4,95	4,94	4,91	4,92	4,92	4,91	4,92	4,92	4,91	4,93
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,87	7,63	7,08	7,13	7,04	6,90	7,26	7,34	7,32	7,39	7,32	7,32	7,38
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,5	+ 0,6	- 1,5	- 0,9	- 2,0	- 2,3	- 0,9	+ 0,0	- 0,9	- 0,3	+ 0,2	± 0,0	- 0,2
Industriewaren	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	- 1,1	- 2,0	- 2,3	- 0,7	+ 0,3	- 0,7	- 0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Real	+ 1,8	+ 0,2	- 2,0	- 2,0	- 2,9	- 2,5	- 0,6	.	- 0,7	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,4	.
Industriewaren	+ 1,7	+ 0,2	- 1,7	- 2,0	- 2,7	- 2,2	+ 0,0	.	+ 0,0	+ 0,8	+ 2,4	+ 2,0	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2020	2021	2022	2022			2023	2022			2023		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 23,3	+ 87,6	+ 57,2	+ 80,3	+ 63,6	+ 14,2	- 26,5	+ 7,2	+ 19,6	+ 16,5	- 7,1	- 20,7	- 44,9
Ohne Energierohstoffe	+ 2,9	+ 43,2	+ 4,8	+ 9,2	- 4,0	- 9,1	- 18,6	- 9,5	- 8,1	- 9,6	- 12,6	- 16,7	- 25,6
Auf Euro-Basis	- 24,9	+ 82,4	+ 76,4	+ 104,1	+ 91,7	+ 28,1	- 23,4	+ 26,6	+ 33,8	+ 24,3	- 2,5	- 16,1	- 43,4
Ohne Energierohstoffe	+ 0,8	+ 38,5	+ 17,4	+ 23,5	+ 12,4	+ 1,9	- 15,0	+ 6,9	+ 2,7	- 3,6	- 8,3	- 11,9	- 23,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,6	+ 33,5	+ 33,8	+ 46,1	+ 36,0	+ 17,8	- 2,2	+ 30,4	+ 16,5	+ 7,7	+ 5,3	+ 2,4	- 12,5
Industrierohstoffe	- 0,7	+ 41,3	+ 8,7	+ 12,3	+ 0,0	- 7,0	- 22,1	- 5,7	- 5,3	- 10,0	- 15,7	- 19,7	- 29,6
Energierohstoffe	- 31,4	+ 98,6	+ 91,7	+ 130,7	+ 111,2	+ 33,1	- 25,0	+ 30,0	+ 40,0	+ 29,8	- 1,3	- 17,0	- 46,6
Rohöl	- 33,4	+ 60,3	+ 56,0	+ 83,7	+ 55,7	+ 22,1	- 13,0	+ 29,6	+ 21,9	+ 14,1	+ 1,4	- 7,7	- 28,0

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2021				2022			
									III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)															
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes															
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 5,4	+ 6,0	+ 9,4	+ 6,4	+ 2,1	+ 2,6		
Exporte	+ 5,2	+ 4,0	- 10,7	+ 9,6	+ 11,1	+ 2,0	+ 3,3	+ 12,8	+ 13,7	+ 19,0	+ 11,5	+ 10,5	+ 4,7		
Importe	+ 5,3	+ 2,1	- 9,2	+ 13,7	+ 5,7	+ 2,1	+ 3,2	+ 15,9	+ 14,5	+ 12,6	+ 4,1	+ 6,0	+ 1,1		
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	+ 0,4	- 5,5	+ 6,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,7	+ 6,7	+ 6,2	+ 5,8	+ 2,4	- 0,6	+ 0,6		
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 0,7	- 6,0	+ 4,8	+ 3,8	+ 1,0	+ 1,6	+ 7,5	+ 7,2	+ 10,7	+ 5,5	- 0,9	+ 0,8		
Private Haushalte ²⁾	+ 1,1	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 4,1	+ 1,3	+ 2,0	+ 6,9	+ 6,6	+ 13,0	+ 7,1	- 1,6	- 0,2		
Staat	+ 1,3	+ 1,3	- 0,5	+ 7,8	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 9,2	+ 8,4	+ 5,9	+ 2,0	+ 0,8	+ 3,1		
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 6,1	- 0,7	- 4,8	+ 11,4	- 2,0	- 1,5	+ 2,0	+ 4,7	+ 4,5	- 4,1	- 4,3	+ 0,5	- 0,0		
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,4	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	- 0,9	+ 0,0	+ 1,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 1,7	- 3,9	+ 0,1	- 1,0		
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 1,2	+ 1,6	- 9,5	+ 16,0	- 4,5	- 1,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 7,3	- 2,2	- 14,8	- 0,4	+ 0,7		
Bauten	+ 5,6	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	- 1,0	- 0,8	- 1,4	+ 1,9	- 0,1	+ 3,7	- 0,0	- 2,6	- 3,6		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 6,8	+ 10,8	- 3,4	+ 5,1	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,0	+ 6,4	+ 7,6	+ 4,8	+ 5,3	+ 6,5	+ 1,9		
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen															
Herstellung von Waren	+ 4,5	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,5	- 1,9	+ 1,6	+ 7,1	+ 5,4	+ 5,6	+ 5,6	+ 2,1	+ 0,9		

Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

Verwendung des Bruttoinlandsproduktes														
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,2	- 0,8	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,1	- 0,0								
Exporte	+ 2,8	+ 4,0	+ 0,8	+ 3,6	+ 2,4	- 0,7								
Importe	+ 0,4	+ 3,5	+ 1,6	- 1,3	+ 1,8	+ 0,5								
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 3,0	- 1,1	+ 1,3	- 0,8	- 0,4	+ 0,7								
Konsumausgaben insgesamt	+ 6,2	- 1,8	+ 1,5	- 0,2	- 0,3	- 0,1								
Private Haushalte ²⁾	+ 8,4	- 2,9	+ 2,5	- 0,8	- 0,4	- 1,2								
Staat	+ 1,4	+ 0,6	- 1,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,4								
Bruttoinvestitionen ³⁾	- 6,0	+ 3,2	- 0,6	- 0,1	- 2,1	+ 2,9								
Bruttoanlageinvestitionen	- 4,6	+ 1,4	+ 2,0	- 1,8	- 1,5	+ 0,7								
Ausrüstungen und Waffensysteme														
Bauten	- 13,4	+ 3,0	+ 1,6	- 3,7	- 2,3	+ 5,3								
Sonstige Anlagen ⁴⁾	- 0,6	- 0,5	+ 2,8	- 1,8	- 2,6	- 1,3								
Herstellung von Waren	+ 0,8	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,7	- 1,1								
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen														
Herstellung von Waren	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,2	- 1,0	- 0,0								

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2023 und 2024: Prognose. – 1) Einschließlich statistischer Differenz. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – 4) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2021				2022			
									III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %															
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,3	+ 3,8	- 2,9	+ 6,1	+ 9,3	+ 7,5	+ 6,3								
Arbeitnehmerentgelte	+ 5,1	+ 4,2	- 0,3	+ 4,7	+ 7,6	+ 8,9	+ 9,1	+ 6,5	+ 6,7	+ 9,8	+ 8,6	+ 6,0	+ 6,3		
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,4	+ 7,2	+ 7,8	+ 7,5	- 1,8	+ 6,5	- 2,3	+ 5,8	+ 4,0	+ 8,8	+ 12,2		
Gesamtwirtschaftliche Produktivität BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,2	- 4,6	+ 2,1	+ 1,8	- 0,5	+ 0,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,0	+ 2,8	+ 0,2	+ 0,5		
BIP nominell	Mrd. €	385,27	397,17	381,04	406,15	447,65	480,63	509,89	104,26	108,44	104,27	112,71	112,30	118,38	
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	43.594	44.738	42.733	45.372	49.444	52.685	55.550	11.639	12.085	11.584	12.466	12.375	13.012	
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 4,8	+ 2,9	+ 0,4	+ 1,0	+ 3,5	+ 3,8	+ 6,5	+ 2,7	- 0,9	+ 3,5		
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,5	- 0,2	+ 2,0	- 0,1	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,0	- 0,8		

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2023 und 2024: Prognose. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2022				2023		2022				2023		
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März		
Indexpunkte (saisonbereinigt)													
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	+ 15,6	+ 20,2	+ 8,1	+ 4,2	+ 5,6	+ 2,9	+ 4,2	+ 5,6	+ 6,4	+ 5,5	+ 4,9		
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 16,6	+ 25,9	+ 13,2	+ 8,5	+ 10,1	+ 7,8	+ 7,5	+ 10,3	+ 11,4	+ 10,9	+ 7,9		
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 14,7	+ 14,6	+ 3,0	- 0,1	+ 1,2	- 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,3	+ 2,1		
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche													
Sachgütererzeugung	+ 17,5	+ 17,9	+ 5,8	- 1,9	- 1,1	- 2,2	- 1,6	- 2,0	- 1,4	- 0,5	- 1,3		
Bauwirtschaft	+ 39,7	+ 39,2	+ 29,6	+ 27,6	+ 19,3	+ 29,8	+ 26,5	+ 26,3	+ 23,0	+ 19,9	+ 15,0		
Dienstleistungen	+ 14,3	+ 23,3	+ 9,7	+ 6,5	+ 9,4	+ 3,8	+ 6,7	+ 9,0	+ 10,4	+ 8,7	+ 9,0		

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnev@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2019	2020	2021	2022	2021	2022				2022			2023	
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Marktentwicklung														
Milchanlieferung ¹⁾	3.378	3.384	3.403	3.500	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,8	
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.691	2.962	2.736	2.453	
BEE ³⁾ Rindfleisch	215	205	200	196	+ 0,3	- 3,4	+ 1,2	- 2,5	- 2,6	- 0,9	- 7,4	+ 1,6	+10,0	
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	6	+17,6	+11,1	+17,8	-47,9	-16,1	-15,0	-17,9	-12,5	-12,5	
BEE ³⁾ Schweinefleisch	468	475	479	456	- 1,1	- 4,6	- 3,7	- 5,5	- 4,9	+ 1,1	- 8,1	- 7,1	- 2,6	
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	116	125	129	125	+ 3,8	- 2,0	- 5,3	- 8,6	+ 1,8	- 8,5	+ 5,6	+ 7,8	+ 2,5	
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)														
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	359	366	384	494	+ 5,5	+12,3	+24,3	+35,4	+40,3	+41,1	+43,1	+37,0	+41,1	
Qualitätsweizen ⁵⁾	166	161	225	338	+70,0	+85,1	+83,4	+34,7	+18,2	+45,8	+16,3	- 0,7	- 1,4	
Körnermais ⁵⁾	143	143	204	298	+51,0	+44,0	+55,2	+34,4	+53,6	+52,1	+51,7	+57,0	+16,7	
Jungtiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾⁷⁾	3.703	3.650	3.990	4.788	+14,9	+20,2	+26,1	+19,1	+15,3	+17,1	+15,0	+13,9	+12,9	
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.757	1.678	1.565	1.983	+ 4,2	+10,1	+22,5	+32,1	+41,6	+39,9	+39,9	+45,0	+46,6	
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.665	2.385	2.419	2.880	+ 1,3	+ 4,3	+10,9	+26,3	+35,1	+28,8	+42,3	+34,3	+34,3	

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchanlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitslagsbereinigt)													
Insgesamt	- 7,1	+11,0	+ 6,0	+ 8,0	+ 7,7	+ 5,0	+ 3,4	+ 6,3	+ 4,7	+ 4,1	+ 1,4	+ 0,3	+ 3,4
Vorleistungen	- 4,6	+10,9	+ 6,2	+10,6	+ 8,5	+ 4,9	+ 1,3	+ 3,8	+ 6,0	- 0,9	- 1,6	- 3,8	- 2,9
Investitionsgüter	-12,4	+15,4	+ 6,6	+ 5,2	+ 7,8	+ 8,3	+ 5,4	+12,8	+ 3,8	+ 9,5	+ 2,8	+ 5,4	+11,2
Kfz	-17,7	+ 8,3	+ 0,5	-17,4	+ 2,7	+10,0	+10,3	+23,3	+ 8,4	+14,0	+ 8,4	- 3,1	+15,2
Konsumgüter	- 3,0	+ 4,4	+ 5,2	+ 7,3	+ 5,8	+ 3,1	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,7	+ 5,4	+ 2,8	+ 4,0	+ 5,9
Langlebige Konsumgüter	- 0,5	+13,3	+ 6,0	+10,7	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,6	+ 9,0	+11,6	+ 6,7	- 4,9	+ 6,6	+13,1
Kurzlebige Konsumgüter	- 3,6	+ 2,1	+ 5,0	+ 6,5	+ 6,1	+ 2,7	+ 4,8	+ 4,1	+ 4,2	+ 5,2	+ 5,0	+ 3,4	+ 4,0
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	- 1,3	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	.	.
Geleistete Stunden	- 4,6	+ 5,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,6	- 2,5	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 5,9	+10,3	+ 3,9	+ 5,9	+ 5,6	+ 2,9	+ 1,3	+ 4,1	+ 2,4	+ 1,9	- 0,6	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 2,1	+ 5,2	+ 3,5	+ 6,8	+ 6,3	+ 2,4	+ 0,7	+ 4,9	+ 3,2	+ 1,0	+ 0,6	.	.
Aufträge													
Auftragseingänge	- 7,4	+30,0	+ 9,1	+13,5	+ 7,3	+14,1	+ 2,1	+18,1	+ 4,9	+ 4,3	- 2,5	.	.
Inland	- 4,5	+28,7	+10,3	+21,1	+11,5	+ 2,7	+ 7,2	+ 1,1	+ 0,7	+10,6	+10,1	.	.
Ausland	- 8,3	+30,4	+ 8,7	+11,3	+ 6,0	+17,9	+ 0,5	+23,7	+ 6,3	+ 2,4	- 6,0	.	.
Auftragsbestand	- 1,6	+20,4	+22,0	+28,9	+25,2	+20,1	+15,3	+20,1	+17,6	+15,4	+13,1	.	.
Inland	+ 6,2	+23,5	+23,3	+34,0	+31,0	+19,7	+11,7	+15,9	+12,0	+11,6	+11,5	.	.
Ausland	- 3,2	+19,7	+21,7	+27,7	+23,8	+20,2	+16,2	+21,1	+19,0	+16,3	+13,4	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: tim.slickers@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2022				2023		2022				2023		
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März		
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾												
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	+17,5	+17,9	+ 5,8	- 1,9	- 1,1	- 2,2	- 1,6	- 2,0	- 1,4	- 0,5	- 1,3		
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+20,6	+25,4	+12,6	+ 4,6	+ 2,2	+ 5,8	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,5	+ 3,5	+ 0,8		
Index der unternehmerischen Erwartungen	+14,4	+10,4	- 1,0	- 8,5	- 4,3	-10,1	- 7,2	- 8,1	- 5,5	- 4,2	- 3,4		
	In % der Unternehmen (saisonbereinigt)												
Auftragsbestände zumindest ausreichend	81,8	87,8	80,3	74,9	71,6	75,0	74,4	75,3	72,0	73,1	69,6		
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	76,2	81,3	74,8	70,0	66,5	71,4	68,6	69,9	66,7	67,8	64,9		
	Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)												
Fertigwarenlager zur Zeit	- 6,3	- 4,4	+ 1,8	+ 7,3	+ 8,2	+ 6,3	+ 5,2	+10,3	+ 8,9	+ 8,1	+ 7,7		
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+16,4	+12,8	+ 0,6	- 4,7	- 0,6	- 6,0	- 4,4	- 3,8	- 0,8	+ 0,4	- 1,5		
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	+ 8,0	+ 1,5	-13,7	-23,2	-14,8	-26,7	-21,2	-21,6	-16,7	-15,8	-12,0		
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+59,1	+67,3	+54,1	+51,2	+32,2	+58,6	+51,4	+43,7	+40,0	+32,9	+23,7		

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2020	2021	2022	2022			2023		2022			2023	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	- 1,7	+ 16,7	+ 13,0	+ 14,9	+ 11,5	+ 9,9	.	+ 12,7	+ 11,7	+ 5,6	.	.	.
Hochbau	- 2,9	+ 20,8	+ 13,8	+ 18,2	+ 12,1	+ 5,5	.	+ 6,9	+ 10,3	- 0,5	.	.	.
Tiefbau	- 2,4	+ 14,5	+ 11,9	+ 8,0	+ 11,9	+ 11,7	.	+ 12,1	+ 13,2	+ 9,5	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	- 0,6	+ 14,7	+ 12,9	+ 14,8	+ 11,0	+ 12,2	.	+ 16,8	+ 12,1	+ 8,6	.	.	.
Auftragsbestände	- 0,9	+ 18,4	+ 8,3	+ 6,3	+ 6,5	+ 7,1	.	+ 7,9	+ 8,0	+ 5,4	.	.	.
Auftragseingänge	+ 2,3	+ 33,0	+ 2,0	- 1,3	+ 9,3	+ 6,5	.	+ 13,2	+ 12,1	- 3,2	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 0,1	+ 5,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,4	- 0,5	+ 0,4	- 0,3	- 0,0
Arbeitslose	+ 29,9	- 18,7	- 12,8	- 19,9	- 10,6	- 1,5	+ 3,0	- 4,1	- 6,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 3,8	+ 6,2
Offene Stellen	+ 2,2	+ 24,9	+ 3,1	+ 2,3	- 6,7	- 7,2	- 21,1	- 12,8	- 5,6	+ 0,5	- 22,2	- 21,0	- 20,4
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,6	+ 5,3	+ 9,8	+ 9,9	+ 10,3	+ 10,0
Hochbau	+ 3,2	+ 8,2	+ 15,5	+ 15,9	+ 16,4	+ 15,6
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,2	+ 8,0	+ 15,0	+ 15,3	+ 15,8	+ 15,2
Sonstiger Hochbau	+ 3,1	+ 8,6	+ 16,3	+ 16,8	+ 17,3	+ 16,2
Tiefbau	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: Fortschreibung der endgültigen Werte 2021 mit den Veränderungsdaten der vorläufigen Datenstände 2021 und 2022. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Nettoumsätze nominell	- 5,3	+ 11,2	+ 11,6	+ 15,2	+ 11,0	+ 11,8	+ 9,0	+ 13,2	+ 13,5	+ 8,1	+ 9,9	+ 9,1	+ 9,6
Kfz-Handel und -Reparatur	- 10,7	+ 12,1	- 1,5	- 1,8	- 9,0	+ 0,1	+ 5,6	+ 3,9	+ 3,9	- 1,0	+ 6,6	+ 12,4	+ 13,9
Großhandel	- 7,0	+ 14,9	+ 17,0	+ 24,1	+ 18,7	+ 16,6	+ 9,9	+ 18,8	+ 16,3	+ 11,7	+ 10,3	+ 7,7	+ 9,7
Einzelhandel	+ 0,1	+ 5,1	+ 8,1	+ 8,3	+ 7,1	+ 8,2	+ 8,9	+ 7,5	+ 12,7	+ 5,8	+ 10,7	+ 10,2	+ 7,7
Nettoumsätze real ¹⁾	- 4,8	+ 4,7	- 1,2	+ 3,5	- 3,3	- 2,2	- 2,3	- 0,9	- 0,2	- 4,8	- 1,3	- 0,8	- 1,1
Kfz-Handel und -Reparatur	- 12,5	+ 9,2	- 10,8	- 8,5	- 17,2	- 10,6	- 5,6	- 7,2	- 7,6	- 11,9	- 4,7	+ 1,0	+ 2,6
Großhandel	- 5,3	+ 4,6	+ 1,1	+ 7,7	- 0,3	- 0,2	- 1,9	+ 1,9	+ 0,2	- 3,0	- 1,2	- 1,6	- 0,7
Einzelhandel	- 0,2	+ 3,0	- 0,8	+ 2,2	- 1,6	- 2,0	- 1,6	- 2,6	+ 2,3	- 4,8	± 0,0	- 0,2	- 2,9
Beschäftigte ²⁾	- 1,7	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1
Kfz-Handel und -Reparatur	- 1,8	- 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,4
Großhandel	- 1,5	+ 0,4	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,3
Einzelhandel	- 1,8	+ 1,1	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,0	- 0,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2020	2021	2022	2022			2023		2022			2023	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Privater Konsum	- 8,0	+ 3,6	+ 4,1	+ 7,1	- 1,6	- 0,2
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,2	+ 4,4	- 3,9	- 4,2	+ 1,8	- 9,1
Sparquote ¹⁾	13,3	12,0	8,8	8,2	9,7	8,8
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 10,1	- 4,9	- 24,5	- 23,9	- 32,0	- 29,5	- 24,1	- 30,2	- 29,0	- 29,3	- 24,5	- 23,9	- 23,8
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 2,7	- 5,5	- 17,2	- 14,9	- 23,4	- 24,1	- 22,0	- 22,7	- 23,8	- 25,7	- 21,0	- 21,7	- 23,3
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 0,3	+ 2,7	- 18,8	- 17,8	- 26,6	- 23,1	- 14,1	- 26,2	- 21,3	- 21,8	- 14,5	- 14,8	- 13,0
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 21,8	- 3,1	- 34,7	- 39,3	- 44,3	- 38,6	- 28,1	- 41,0	- 39,7	- 35,2	- 29,9	- 27,4	- 27,1
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 16,0	- 13,6	- 27,2	- 23,6	- 33,7	- 32,2	- 32,1	- 31,0	- 31,3	- 34,3	- 32,6	- 31,7	- 31,9

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2020	2021	2022	2022				2023		2022			2023	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Güterverkehr														
Verkehrsleistung														
Straße	- 0,9	+ 4,4	.	- 2,5	- 4,8	+ 1,4
Schiene	- 5,7	+ 6,3	.	+ 0,3	- 2,2
Luffahrt ¹⁾	- 26,6	+ 19,4	- 4,4	- 8,4	- 1,3	- 9,0	.	- 2,3	- 6,6	- 17,9
Binnenschifffahrt	- 10,2	- 1,5	.	+ 6,4	- 56,7
Lkw-Fahrleistung ²⁾	- 4,6	+ 8,8	+ 0,1	+ 0,5	- 1,0	- 1,6	- 1,3	- 0,5	- 1,0	- 3,7	+ 1,4	- 2,5	- 2,4	.
Neuzulassungen Lkw ³⁾	- 17,1	+ 60,5	- 66,2	- 72,0	- 68,2	- 64,5	.	- 82,7	- 22,5	- 42,5	+ 35,1	+ 26,7	.	.
Personenverkehr														
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 24,5	- 3,6	- 10,3	- 20,7	- 1,6	+ 3,8	.	+ 8,9	+ 3,8	- 0,3	+ 20,7	+ 11,1	.	.
Bahn (Personenkilometer)	- 44,4	+ 13,7
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	- 74,3	+ 20,1	+137,6	+383,2	+ 71,3	+ 75,6	.	+ 56,0	+ 70,5	+113,5
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei														
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 3,8	- 0,4	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	.
Arbeitslose	+ 52,0	- 22,6	- 22,9	- 26,5	- 14,9	- 6,9	- 1,2	- 6,6	- 7,6	- 6,6	- 3,3	- 1,2	+ 1,3	.
Offene Stellen	- 31,4	+ 63,8	+ 41,6	+ 63,9	+ 26,1	+ 6,1	- 5,5	+ 14,3	+ 6,3	- 2,3	+ 0,2	- 2,2	- 14,1	.
Kraftstoffpreise														
Dieselmotorkraftstoff	- 12,8	+ 17,4	+ 47,7	+ 60,1	+ 55,8	+ 34,8	+ 6,5	+ 48,5	+ 34,8	+ 21,3	+ 23,9	+ 14,2	- 12,6	.
Normalbenzin	- 12,4	+ 17,9	+ 35,6	+ 48,9	+ 42,0	+ 17,6	+ 0,9	+ 27,6	+ 18,1	+ 7,1	+ 10,9	+ 6,9	- 12,0	.

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2020	2021	2022	2022				2023		2022			2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
	In %													
Geld- und Kapitalmarktzinssätze														
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,6	- 0,6	0,3	1,6	2,5	1,4	1,6	1,9	2,3	2,5	.
Taggeldsatz (€STR)	- 0,6	- 0,6	1,6	- 0,6	- 0,6	0,4	1,6	2,6	1,4	1,6	1,9	2,3	2,6	.
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,5	0,3	- 0,5	- 0,2	1,0	2,1	2,9	1,8	2,1	2,3	2,6	2,9	.
Sekundärmarktzinssätze														
Benchmark	- 0,2	- 0,1	1,7	0,7	2,1	2,5	2,7	3,1	2,7	2,7	2,8	3,0	3,1	.
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	- 0,3	- 0,3	1,3	0,3	1,4	1,8	2,4	3,0	2,6	2,4	2,7	2,7	3,0	.
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
An private Haushalte														
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,3	4,9	4,5	4,7	5,2	5,7	.	5,3	5,7	6,0	6,1	.	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,5	1,3	2,1	1,4	2,0	2,4	2,8	.	3,2	2,8	3,0	3,2	.	.
An nichtfinanzielle Unternehmen														
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,6	2,0	1,6	1,6	2,1	3,2	.	3,1	3,2	3,7	4,1	.	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,3	1,8	1,3	1,3	2,0	3,2	.	2,9	3,2	3,5	3,9	.	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen														
In Yen	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,4	1,5	.	1,1	1,5	1,1	1,0	.	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,1	0,8	1,1	1,0	1,4	.	1,4	1,4	1,7	2,0	.	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
Einlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,5	0,1	0,1	0,8	1,7	.	1,4	1,7	1,9	2,1	.	.
Über 2 Jahre	0,5	0,4	1,0	0,6	0,8	1,1	2,0	.	2,0	2,0	2,4	2,4	.	.
Spareinlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,5	0,1	0,1	0,8	1,5	.	1,4	1,5	1,8	2,0	.	.
Über 2 Jahre	0,4	0,5	1,2	0,6	1,0	1,3	2,1	.	2,1	2,1	2,4	2,4	.	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %														
Einlagen und Kredite														
Einlagen insgesamt	+ 8,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,8	+ 1,7
Spareinlagen	+20,0	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,1	- 1,3	- 1,0	+ 0,0
Einlagen ohne Bindung	+13,5	+ 8,6	- 0,1	+ 7,6	+ 5,6	+ 7,1	- 0,1
Einlagen mit Bindung	- 2,2	- 7,9	+ 7,1	- 9,0	- 5,1	- 1,8	+ 7,1
Forderungen an inländische Nichtbanken														
	+ 3,8	+ 6,5	+ 5,0	+ 6,3	+ 7,4	+ 7,7	+ 5,0

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2021		2022		2023		2022		2023		2023		
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Arbeitslose	- 10,8	- 7,7	- 6,5	- 2,0	+ 1,7	- 2,3	- 0,2	+ 0,2	- 4,1	+ 1,4	+ 0,7	- 0,4	- 0,1
Offene Stellen	+ 18,3	+ 8,9	+ 9,0	+ 1,6	- 2,9	+ 1,6	- 5,9	+ 0,1	+ 3,8	+ 0,7	- 5,1	- 2,5	- 2,6
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,5	6,9	6,4	6,3	6,4	6,2	6,2	6,3	6,1	6,1	6,2	6,2	6,1
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	5,7	5,3	4,6	4,4	5,1	5,0	.	4,6	5,5	4,9	5,1	5,0	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2020	2021	2022	2022		2023		2022		2023		2023	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.717	3.805	3.914	3.910	3.964	3.921	3.922	3.939	3.934	3.890	3.894	3.921	3.950
Männer	1.991	2.042	2.098	2.103	2.133	2.097	2.085	2.121	2.115	2.053	2.059	2.082	2.114
Frauen	1.726	1.763	1.816	1.807	1.832	1.825	1.837	1.818	1.819	1.837	1.834	1.839	1.836
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.644	3.734	3.845	3.840	3.897	3.853	3.853	3.872	3.866	3.822	3.825	3.854	3.880
Männer	1.983	2.035	2.090	2.095	2.125	2.090	2.078	2.114	2.109	2.048	2.052	2.077	2.106
Frauen	1.661	1.699	1.754	1.745	1.772	1.763	1.775	1.757	1.758	1.775	1.773	1.778	1.774
Ausländische Arbeitskräfte	777	840	927	922	953	940	962	945	945	930	948	966	973
Herstellung von Waren	620	623	637	634	643	641	643	641	644	638	640	643	645
Bauwesen	271	285	289	299	303	286	269	304	300	252	252	267	290
Private Dienstleistungen	1.707	1.756	1.832	1.818	1.865	1.833	1.845	1.832	1.828	1.841	1.842	1.849	1.846
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	970	993	1.009	1.008	1.003	1.018	1.021	1.016	1.018	1.021	1.019	1.022	1.023
Arbeitslose	410	332	263	240	241	272	290	249	258	310	317	294	259
Männer	224	181	147	129	126	155	175	133	140	192	199	179	148
Frauen	186	151	116	111	114	117	115	116	117	117	118	115	112
Personen in Schulung	57	70	70	72	63	69	74	70	73	65	73	76	75
Offene Stellen	63	95	126	136	133	115	111	123	113	110	108	111	113
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	- 80,1	+ 87,8	+ 108,7	+ 104,2	+ 71,2	+ 74,9	+ 62,6	+ 67,6	+ 80,4	+ 76,7	+ 71,5	+ 61,1	+ 55,0
Männer	- 43,1	+ 51,4	+ 55,4	+ 52,0	+ 35,8	+ 35,4	+ 27,0	+ 33,7	+ 37,6	+ 34,8	+ 32,7	+ 24,6	+ 23,6
Frauen	- 37,1	+ 36,4	+ 53,3	+ 52,1	+ 35,4	+ 39,5	+ 35,6	+ 33,8	+ 42,8	+ 41,9	+ 38,8	+ 36,5	+ 31,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 105,9	+ 72,9	+ 77,3	+ 65,3	+ 70,0	+ 82,4	+ 79,5	+ 73,9	+ 65,5	+ 56,7
Männer	- 43,0	+ 51,6	+ 55,1	+ 51,6	+ 35,5	+ 35,4	+ 27,9	+ 34,0	+ 37,5	+ 34,8	+ 32,7	+ 27,1	+ 23,8
Frauen	- 33,1	+ 38,8	+ 55,1	+ 54,2	+ 37,4	+ 41,9	+ 37,5	+ 36,1	+ 44,8	+ 44,7	+ 41,1	+ 38,4	+ 32,9
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 83,5	+ 68,8	+ 71,4	+ 68,7	+ 65,3	+ 73,9	+ 75,0	+ 73,4	+ 69,5	+ 63,1
Herstellung von Waren	- 9,5	+ 3,9	+ 13,6	+ 12,5	+ 12,9	+ 14,0	+ 13,5	+ 13,2	+ 14,5	+ 14,3	+ 14,1	+ 13,6	+ 12,8
Bauwesen	- 0,3	+ 13,9	+ 4,3	+ 3,2	+ 1,7	+ 0,5	± 0,0	+ 1,7	+ 1,1	- 1,3	+ 0,9	- 0,8	± 0,0
Private Dienstleistungen	- 73,6	+ 48,7	+ 75,7	+ 75,2	+ 45,7	+ 46,5	+ 35,2	+ 40,1	+ 51,2	+ 48,4	+ 41,5	+ 35,7	+ 28,5
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 7,1	+ 23,1	+ 15,4	+ 13,2	+ 11,9	+ 14,7	+ 14,6	+ 13,7	+ 14,1	+ 16,2	+ 15,5	+ 15,0	+ 13,4
Arbeitslose	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	- 79,9	- 38,8	- 26,2	- 9,0	- 20,2	- 31,8	- 26,6	- 15,8	- 8,6	- 2,5
Männer	+ 57,3	- 43,1	- 33,8	- 39,4	- 18,6	- 10,9	- 1,4	- 8,5	- 13,3	- 10,7	- 5,0	- 1,0	+ 1,7
Frauen	+ 51,0	- 34,8	- 34,8	- 40,5	- 20,2	- 15,4	- 7,5	- 11,7	- 18,5	- 15,9	- 10,8	- 7,6	- 4,2
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	- 3,0	- 0,4	- 1,3	+ 1,0	- 1,7	- 1,2	- 0,9	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,5
Offene Stellen	- 14,3	+ 32,3	+ 30,4	+ 40,1	+ 19,8	+ 10,2	- 7,0	+ 10,6	+ 12,4	+ 7,6	- 2,0	- 7,6	- 11,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2020	2021	2022	2022		2023		2022		2023		2023	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	9,9	8,0	6,3	5,8	5,7	6,5	6,9	6,0	6,1	7,4	7,5	7,0	6,2
Männer	10,1	8,1	6,6	5,8	5,6	6,9	7,8	5,9	6,2	8,6	8,8	7,9	6,5
Frauen	9,7	7,9	6,0	5,8	5,9	6,0	5,9	6,0	6,1	6,0	6,0	5,9	5,7
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	11,2	9,6	7,8	7,4	7,1	8,0	8,5	7,5	7,7	8,8	9,1	8,6	7,8
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,6	9,1	9,7	9,3	10,5	10,2	9,9	10,3	10,1	10,2	10,0	9,8	9,8
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	28,5	39,7	34,0	37,9	34,5	28,8	26,4	31,4	29,6	26,0	24,5	25,9	29,1
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	6,5	3,5	2,1	1,8	1,8	2,4	2,6	2,0	2,3	2,8	2,9	2,6	2,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2020	2021	2022	2022				2023	2022			2023	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Harmonisierter VPI	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,9	+ 9,9	+ 11,1	+ 10,6	+ 11,6	+ 11,2	+ 10,5	+ 11,6	+ 11,0	+ 9,2
Verbraucherpreisindex	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,9	+ 9,8	+ 10,6	+ 10,4	+ 11,0	+ 10,6	+ 10,2	+ 11,2	+ 10,9	+ 9,2
Ohne Saisonwaren	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,5	+ 7,8	+ 9,8	+ 10,6	+ 10,4	+ 11,0	+ 10,6	+ 10,2	+ 11,2	+ 10,9	+ 9,2
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,3	+ 0,8	+ 10,7	+ 9,6	+ 13,1	+ 15,2	+ 15,9	+ 14,4	+ 15,2	+ 16,1	+ 17,0	+ 16,2	+ 14,5
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,2	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,3	+ 6,3	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,5	+ 7,1	+ 7,4
Bekleidung und Schuhe	- 0,1	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,1	+ 4,5	+ 6,5	+ 3,9	+ 4,5	+ 5,2	+ 6,4	+ 6,0	+ 7,0
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,4	+ 3,6	+ 12,6	+ 9,7	+ 15,4	+ 17,7	+ 16,7	+ 19,2	+ 18,2	+ 15,6	+ 19,3	+ 16,6	+ 14,1
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,9	+ 1,8	+ 7,6	+ 6,3	+ 8,4	+ 11,6	+ 11,0	+ 11,8	+ 11,3	+ 11,7	+ 12,2	+ 11,1	+ 9,8
Gesundheitspflege	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,6	+ 5,1	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,1
Verkehr	- 1,7	+ 6,6	+ 16,2	+ 19,7	+ 18,7	+ 13,9	+ 8,6	+ 16,6	+ 14,4	+ 10,8	+ 11,1	+ 10,9	+ 4,1
Nachrichtenübermittlung	- 3,0	- 2,9	- 0,7	- 0,1	- 1,4	- 2,5	- 4,8	- 1,9	- 2,5	- 3,1	- 4,6	- 4,7	- 5,2
Freizeit und Kultur	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,8	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,3	+ 4,6	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,7	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,7
Erziehung und Unterricht	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,6
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,3	+ 8,9	+ 7,4	+ 9,9	+ 11,7	+ 13,0	+ 11,0	+ 11,4	+ 12,7	+ 12,3	+ 13,4	+ 13,2
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,8	+ 4,9	+ 7,1	+ 4,6	+ 4,8	+ 5,2	+ 6,8	+ 7,2	+ 7,3
Großhandelspreisindex	- 4,1	+ 10,4	+ 20,9	+ 25,9	+ 21,6	+ 17,3	+ 7,4	+ 21,2	+ 16,5	+ 14,4	+ 13,2	+ 10,2	- 0,4
Ohne Saisonprodukte	- 4,3	+ 10,5	+ 21,1	+ 26,1	+ 21,8	+ 17,4	+ 7,3	+ 21,3	+ 16,5	+ 14,5	+ 13,2	+ 10,0	- 0,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2020	2021	2022	2022				2023	2022			2023	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Beschäftigte	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 6,6	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,7	+ 6,5	+ 6,7	+ 6,6
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,6	+ 6,5	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,8	+ 6,4	+ 6,4	+ 6,6
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,4	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,9	+ 6,2	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,1	+ 6,2	+ 6,2	+ 6,2
Angestellte	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,3	+ 6,6	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,6	+ 6,5	+ 6,6	+ 6,8
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 7,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 7,3	+ 7,5	+ 7,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	- 0,2	+ 4,8	+ 7,7	+ 9,9	+ 8,7	+ 6,0	+ 6,3						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 0,5	+ 4,0	.										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,0	+ 4,1						
Netto	+ 3,0	+ 1,7	.										
Netto, real ²⁾	+ 1,6	- 1,1	.										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	- 1,1	+ 4,1	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 6,0	+ 8,1	+ 5,7	+ 6,3	+ 5,9	+ 7,0	+ 8,1	+ 9,3
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 0,2	+ 3,5	+ 4,7	+ 4,8	+ 4,1	+ 3,9	+ 5,8	+ 3,6	+ 4,3	+ 3,7	+ 4,7	+ 5,8	+ 7,0
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,2	+ 2,7	+ 5,1	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,5	+ 6,8	+ 6,4	+ 2,7	+ 4,4	+ 4,4	+ 6,0	+ 10,1
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 4,6	+ 6,8	+ 7,0	+ 8,7	+ 7,3	+ 6,1	+ 6,2	+ 3,7	+ 8,8	+ 5,8	+ 8,3	+ 6,5	+ 3,9
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,4	+ 2,7	+ 4,5	+ 4,1	+ 5,2	+ 4,4	+ 4,7	+ 2,0	+ 7,1	+ 4,2	+ 6,7	+ 5,0	+ 2,3
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 3,1	+ 1,8	+ 4,7	+ 3,9	+ 4,9	+ 5,0	+ 5,3	+ 5,2	+ 4,8	+ 5,1	+ 5,7	+ 4,6	+ 5,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. -¹⁾ Laut ESVG 2010. -²⁾ Referenzjahr 2015. -³⁾ Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). -⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.341	2.364	2.380	2.419	2.467	2.450	1.143	1.175	1.212	1.213	1.307	1.352
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.945	1.966	1.980	2.016	2.058	2.078	1.155	1.187	1.224	1.277	1.321	1.366
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.069	1.073	1.076	1.086	1.092	1.089	892	917	945	986	1.021	1.055
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	877	893	904	930	966	954	1.464	1.500	1.543	1.602	1.649	1.700
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	360	362	364	368	374	372	1.079	1.110	1.145	1.195	1.233	1.273
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	188	193	196	202	211	208	1.315	1.344	1.377	1.423	1.455	1.487
Landwirtschaft ²⁾	171	170	168	166	163	164	811	835	863	912	945	980
Neuzuerkennungen insgesamt	117	123	132	145	143	146	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	97	102	111	121	120	122	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	54	56	58	62	61	68	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	44	47	52	60	59	54	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	18	19	20	22	21	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	12	12	13	16	15	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft ²⁾	6	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at, lydia.grandner@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	2.467	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264	1.308
Direktpensionen	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.977	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394	1.440
Invalidityspensionen ¹⁾	165	159	153	147	142	133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230	1.255
Alle Alterspensionen ²⁾	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.844	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407	1.454
Normale Alterspensionen	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.759	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367	1.410
Vorzeitige Alterspensionen	88	79	74	75	83	85	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250	2.364
Bei langer Versicherungsdauer	3	2	2	2	2	2	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462	2.515
Korridorpensionen	17	18	20	21	23	24	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995	2.047
Für Langzeitversicherte ³⁾	53	18	20	21	25	26	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685	2.875
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	9	11	14	18	21	24	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221	2.291
Witwen- bzw. Witwerpensionen	455	452	449	447	444	443	738	747	742	762	787	808
Waisenpensionen	48	47	47	47	47	47	368	373	382	393	407	422
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	143	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422	1.429
Direktpensionen	84	86	91	101	113	108	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620	1.654
Invalidityspensionen ¹⁾	19	17	16	17	17	13	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197	1.256
Alle Alterspensionen ²⁾	65	69	75	84	96	95	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696	1.710
Normale Alterspensionen	37	42	46	56	62	65	984	1.035	1.098	1.232	1.327	1.386
Vorzeitige Alterspensionen	28	27	29	28	34	30	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371	2.417
Bei langer Versicherungsdauer	3	1	0	0	0	1	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463	2.542
Korridorpensionen	7	8	9	9	10	10	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951	2.015
Für Langzeitversicherte ³⁾	12	11	11	9	15	11	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801	2.880
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	3	4	5	6	6	1	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270	2.354
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26	26	26	26	27	30	725	732	745	769	801	800
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	297	300	286	305	320	326

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at, lydia.grandner@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	61,9	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5	59,9
Invalidityspensionen	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	55,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4	51,6
Alle Alterspensionen	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	63,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6	60,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at, lydia.grandner@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	5.787,8	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4	15,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	1.563,1	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2	37,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft ²⁾	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	1.654,2	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6	84,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at, lydia.grandner@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2020	2021	2022	II. Qu.	2022 III. Qu.	IV. Qu.	2023 I. Qu.	Oktober	2022 Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	2023 Februar	März
	In 1.000												
Österreich	410	332	263	240	241	272	290	249	258	310	317	294	259
Wien	150	127	105	99	100	105	110	100	100	116	115	110	105
Niederösterreich	65	52	41	37	37	41	46	36	37	49	51	47	40
Burgenland	11	9	7	6	7	8	9	7	7	10	10	10	8
Steiermark	48	37	30	26	27	31	36	27	28	39	40	37	31
Kärnten	27	21	17	14	14	19	21	16	17	23	24	21	17
Oberösterreich	47	36	29	25	27	30	33	26	26	37	38	34	28
Salzburg	20	15	10	10	9	12	11	11	12	12	13	11	10
Tirol	29	23	15	15	11	17	15	18	19	15	17	15	13
Vorarlberg	14	12	9	9	9	10	9	9	10	9	9	9	8
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+108,3	-77,9	-68,6	-79,9	-38,8	-26,2	-9,0	-20,2	-31,8	-26,6	-15,8	-8,6	-2,5
Wien	+34,8	-23,0	-21,8	-28,3	-16,3	-9,9	-4,7	-8,8	-10,3	-10,6	-6,8	-5,0	-2,2
Niederösterreich	+14,2	-13,0	-11,0	-12,8	-7,4	-6,1	-3,3	-5,6	-6,5	-6,3	-4,9	-3,0	-2,1
Burgenland	+2,5	-1,9	-1,6	-1,9	-0,9	-0,7	-0,0	-0,5	-0,8	-0,6	-0,3	+0,1	+0,0
Steiermark	+13,9	-10,7	-7,1	-8,0	-3,9	-2,5	+0,3	-2,0	-3,0	-2,6	-0,4	+0,4	+1,0
Kärnten	+6,0	-5,8	-4,0	-4,5	-1,3	-1,5	-0,4	-0,6	-2,3	-1,4	-1,0	-0,3	-0,0
Oberösterreich	+12,5	-10,6	-7,2	-8,4	-4,0	-2,5	-0,1	-2,0	-3,5	-2,0	-0,6	-0,0	+0,4
Salzburg	+7,4	-5,0	-4,9	-4,9	-1,5	-0,8	+0,1	-0,2	-1,5	-0,7	-0,2	+0,2	+0,4
Tirol	+12,6	-5,8	-8,4	-8,0	-2,3	-1,6	-0,8	-0,2	-3,1	-1,6	-1,2	-0,9	-0,2
Vorarlberg	+4,4	-2,2	-2,6	-3,0	-1,2	-0,6	-0,2	-0,3	-0,8	-0,7	-0,4	-0,2	+0,1

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	II. Qu.	2022 III. Qu.	IV. Qu.	2023 I. Qu.	Oktober	2022 Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	2023 Februar	März
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	9,9	8,0	6,3	5,8	5,7	6,5	6,9	6,0	6,1	7,4	7,5	7,0	6,2
Wien	15,1	12,7	10,5	10,0	10,0	10,4	10,8	9,9	9,9	11,5	11,3	10,9	10,3
Niederösterreich	9,4	7,5	5,9	5,3	5,4	5,9	6,6	5,2	5,4	7,1	7,3	6,8	5,7
Burgenland	9,4	7,7	6,3	5,4	5,5	6,5	7,7	5,4	5,9	8,1	8,6	8,0	6,4
Steiermark	8,4	6,5	5,2	4,6	4,7	5,5	6,2	4,7	4,9	6,8	7,0	6,3	5,3
Kärnten	11,3	8,8	7,1	5,9	5,7	7,8	8,8	6,6	7,3	9,6	10,1	9,0	7,4
Oberösterreich	6,5	5,0	4,0	3,4	3,7	4,1	4,6	3,5	3,6	5,1	5,2	4,7	3,8
Salzburg	7,3	5,6	3,7	3,5	3,0	4,2	4,0	4,0	4,4	4,1	4,5	4,0	3,4
Tirol	8,1	6,5	4,0	4,1	3,0	4,8	4,0	4,9	5,3	4,0	4,5	3,9	3,5
Vorarlberg	7,7	6,5	5,0	4,8	4,8	5,3	4,8	5,3	5,4	5,1	5,1	4,8	4,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,8	48,7	56,8	56,1	52,7
Staatseinnahmenquote	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	48,8	50,3	49,5
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,9	43,2	42,7	43,8	43,5
Indikator 2	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,7	42,1	43,3	43,1
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,8	-3,2
Bund	-3,3	-2,3	-2,1	-2,0	-2,8	-1,2	-1,2	-0,9	-0,1	0,4	-7,2	-5,2	-3,8
Länder	0,2	-0,5	-0,4	0,4
Gemeinden	-0,1	-0,1	0,1	0,2
Wien	0,0	-0,2	-0,3	0,0
Sozialversicherungsträger	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1
Struktureller Budgetsaldo laut Europäischer Kommission ¹⁾	-3,2	-2,6	-1,9	-1,1	-0,7	-0,1	-1,2	-1,1	-0,8	-0,6	-4,9	-4,6	-3,2
Primärsaldo	-1,5	0,2	0,5	0,7	-0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	-6,6	-4,7	-2,2
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	82,9	82,3	78,4
Bund	.	.	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,9	71,7	71,1	68,4
Länder	5,3	5,9	6,0	5,3
Gemeinden	2,3	2,5	2,4	2,2
Wien	1,9	2,2	2,5	2,2
Sozialversicherungsträger	.	.	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5	0,3	0,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

- 6/2022** Konjunkturaufschwung verlangsamt sich • Unternehmensinvestitionen wachsen 2022 nur gedämpft. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2022 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, Breitbandinfrastruktur und die Rolle der Open-Access-Netze • Schwächerer Aufschwung in tourismusintensiven Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2021
- 7/2022** Wirtschaftliche Erholung verliert an Schwung. Prognose für 2022 und 2023 • Ukraine-Krieg bremst Erholung Mittel-, Ost- und Südosteuropas von der COVID-19-Krise • Qualifizierung als Mittel zur Hebung der Beschäftigungsquote • Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2022
- 8/2022** Konjunkturindikatoren gehen zurück • Konjunkturerwartungen verschlechtern sich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2022 • Kräftige Erholung der Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2022
- 9/2022** Kräftiger Aufschwung im 1. Halbjahr 2022 • Schadenversicherungen deckten 2021 hohe Schäden aus Naturkatastrophen • Die österreichische Land- und Forstwirtschaft in einem neuen agrarpolitischen Umfeld • Landwirtschaft und Ernährungssicherheit im Kontext des Klimawandels
- 10/2022** Stagflation in Österreich. Prognose für 2022 und 2023 • Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten. Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027 • Verbesserung der Lohnstückkostenposition im Jahr 2021 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich
- 11/2022** Österreichs Wirtschaft im Sog des internationalen Konjunkturabschwungs • Abschwung setzt sich fort. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2022 • Teuerung und geopolitische Unsicherheit belasten Tourismus • Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten • Welcher Kurs wirkt für wen? Effektivität der Qualifizierungsförderungen des Arbeitsmarktservice Österreich
- 12/2022** Konjunktur trotz schlechter Stimmung • Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen. Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022 • Privatkonkurse in Österreich. Institutionen, Entwicklung und Charakteristika seit 1995
- 1/2023** Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende • Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich. Prognose für 2022 bis 2024 • Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022 • Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"
- 2/2023** Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung • Leichte Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023 • Europäisches Bauwesen steht vor Stagnation. Euroconstruct-Prognose bis 2025 • Krieg mit anderen Mitteln
- 3/2023** Schwache Baukonjunktur belastet die Wirtschaftsentwicklung • Europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik 2022/23. Große Herausforderungen durch Inflation und Energiekrise • Standortqualität und Vertrauen in öffentliche Institutionen. Executive Opinion Survey 2022 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich • Kohlenstoffsequestrierung in Österreichs Acker- und Grünlandböden. Bedeutung und ökonomische Effekte ausgewählter Maßnahmen



Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Ranja Reda Kouba, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Tobias Schweitzer, Hermann Schultes, Andreas Stangl, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walsler, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Alexander Loidl, MSc, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Johannes Amann, Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Marian Fink, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudeetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Corina van Dyck, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulent:innen

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Paul Höfle, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellinger, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Verena Kraushofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Sarah Ledl, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

